

Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher, Armin Schäfer
November 2025

Überraschende Wahl, überraschende Stimmen

*Junge Menschen und die vorgezogene
Bundestagswahl 2025*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion in der FES

Nicole Loew und Jonathan Overmeyer

Kontakt

Jonathan Overmeyer
jonathan.overmeyer@fes.de

Bestellungen

apb-publikation@fes.de

Lektorat

Sönke Hallmann

Design

Bergsee, blau

Titelbild

picture alliance / Christian Charisius/dpa | Christian Charisius

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Der dieser Studie zugrunde liegende Datensatz wird nach Abschluss der Auswertungen, sofern vertragliche Regelungen oder interne Richtlinien der Friedrich-Ebert-Stiftung dem nicht entgegenstehen, im Archiv der sozialen Demokratie veröffentlicht. Forschungsdaten veröffentlichen wir unter <https://collections.fes.de>.

November 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

↗ www.fes.de/publikationen

Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher, Armin Schäfer
November 2025

Überraschende Wahl, überraschende Stimmen

*Junge Menschen und die vorgezogene
Bundestagswahl 2025*

Inhalt

Vorwort und Politikempfehlungen der Friedrich-Ebert-Stiftung	3
Executive Summary	5
1. Die Bundestagswahl 2025 – eine außergewöhnliche Wahl, gerade für die Jüngsten	8
2. Daten und Erhebung	10
3. „Ich dachte, ich dürfe wählen, durfte dann aber doch nicht“: Wahlalter und die vorgezogene Bundestagswahl 2025	12
3.1 Freude und Ärger rund um die eigene (Nicht-)Wahlberechtigung	12
3.2 Einstellungen rund um das Wahlalter bei Bundestagswahlen	13
3.3 Zwischenfazit	18
4. „Das habe ich auf TikTok gesehen“: Informationsumgebungen junger Menschen	19
4.1 Informationsquellen im Vergleich	19
4.2 Social-Media-Plattformen	21
4.3 Zwischenfazit	29
5. „Das sehe ich anders“: Thematische Positionen junger Menschen	30
6. „I am serious“: Wie junge Menschen zu ihren Wahlentscheidungen kommen	34
6.1 Der Prozess der Wahlentscheidung	34
6.2 Optionen für die Wahlentscheidung	36
6.3 Zwischenfazit	40
7. Zusammenfassung	41
Anhang	43
Abbildungsverzeichnis	44
Literaturverzeichnis	45
Die Autor:innen	46

Vorwort und Politikempfehlungen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Demokratie lebt von der aktiven und gleichen Teilhabe der Bürger:innen. Ein Grundsatz, der mit Blick auf junge Menschen eine besondere Relevanz hat. Erstmals erfahren sie wirklich gleiche Teilhabe mit der Wahlberechtigung und der damit verbundenen Erstwahlerfahrung. Diese kann nicht nur die individuelle politische Orientierung nachhaltig prägen, sondern auch das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse insgesamt.

Im vergangenen Jahr veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Anschluss an die erste bundesweite Wahl ab 16 Jahren – die Europawahl 2024 – eine Studie zu den Einstellungen junger Menschen rund um ihre Wahlteilnahme. Mit der vorliegenden Untersuchung zu den Erfahrungen bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2025, bei der wieder ein Wahlalter ab 18 galt, setzen Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher und Armin Schäfer ihre wichtige Arbeit fort. Ihnen gilt unser herzlicher Dank!

Die empirischen Befunde der Studie bestätigen: Junge Menschen treffen ihre Wahlentscheidung mit Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein und unterscheiden sich damit nicht von anderen Altersgruppen. Dennoch trauen wir ihnen ab einem Alter von 16 Jahren nur bei bestimmten Wahlen sowie nicht in allen Teilen Deutschlands zu, ihre politischen Präferenzen auch an der Wahlurne mitzuteilen. Stattdessen sind politische Debatten über das Wahlalter und die politischen Einstellungen junger Menschen oft von deren vermeintlicher Manipulierbarkeit durch Social Media geprägt. Dabei könnten wir stattdessen über dringend benötigte Investitionen in die politische Bildung, die Förderung von Medienkompetenz und eine bessere Regulierung von Social Media Plattformen sprechen.

Auch junge Menschen wünschen sich, dass die Schule stärker als Ort politischer Bildung wirkt und sie gezielt auf Wahlen vorbereitet. Das Interesse an Politik ist vorhanden, und zwar an Themen des gesamten politischen Spektrums und nicht nur an sogenannten „Jugendthemen“. Gleichzeitig zeigt sich innerhalb dieser Altersgruppe eine große Vielfalt: Geschlecht, Bildungsstand und Wohnort beeinflussen politische Einstellungen und thematische Prioritäten deutlich. Pauschale Annahmen über eine einheitliche „junge Generation“, die extreme Positionen vertritt, sind daher nicht nur vereinfachend, sondern schlichtweg falsch. In ihrer Heterogenität und Differenziertheit unterscheidet sich die junge Wählerschaft kaum vom Rest der Bevölkerung.

Als Teil dieser Bevölkerung sollte sie auch politisch adressiert werden.

Diese Studie leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte über junge Wähler:innen. Sie hört zu, statt nur über sie zu sprechen, und bietet die empirische Grundlage, um politische Teilhabe junger Menschen gerechter zu gestalten.

Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse sowie unserer vorangegangenen Studien „Krisenerwachsen – Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?“ sowie „Jugend wählt – Perspektiven junger Menschen auf Wahlalter, politische Informationen und Parteien bei der Europawahl 2024“ haben wir als Friedrich-Ebert-Stiftung fünf Politikempfehlungen formuliert. Diese werden im Anschluss an dieses Vorwort vorgestellt. Sie zeigen Wege auf, wie Demokratie durch frühe, faire und inklusive Beteiligung junger Menschen gestärkt werden kann.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Team Empirische Sozial- und Trendforschung
Nicole Loew und Jonathan Overmeyer

Team Jugend und Politik
Kerstin Ott und Yvonne Lehmann

1. Widersprüche im Wahlrecht beseitigen: Einheitliches Wahlrecht ab 16.

Die vorgezogene Bundestagswahl 2025 hat die Widersprüchlichkeit des Wahlrechts in Deutschland erneut verdeutlicht. So waren junge Menschen bei der Europawahl erstmals bundesweit ab 16 Jahren wahlberechtigt, verloren dieses Wahlrecht zur Bundestagswahl jedoch wieder. Bei Landtagswahlen leisten wir uns einen Flickenteppich an Altersregelungen. Diese Widersprüchlichkeit kann nachweislich zu Frustration und Vertrauensverlust in demokratische Prozesse führen. Die Daten der Studie zeigen: Junge Menschen empfinden diese ungleiche Behandlung als willkürlich und ungerecht. Empirisch zeigt sich, dass die Entscheidungsfindung vor Wahlen ähnlich motiviert ist wie bei älteren Wählergruppen. Es finden sich in den Daten keine Hinweise darauf, dass jüngere Wähler:innen leichtfertig oder weniger ernsthaft zu ihrer Wahlentscheidung kommen.

Um diese Widersprüche zu beseitigen, politische Teilhabe früh zu ermöglichen und das Demokratievertrauen langfristig zu stärken, sollte das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 Jahre gesenkt werden. Auch wenn die abgesenkten Altersgrenze von älteren Wähler:innen skeptisch gesehen wird, sollte der positive Effekt bei den Jüngeren bei der Entscheidung überwiegen. Außerdem kann so der Vorteil des schulischen Umfelds als vorbereitender Ort für die erste Wahl für alle Erstwähler:innen besser genutzt werden.

2. Schule als Schlüssel demokratischer Teilhabe: Politische und mediale Bildung stärken.

Schule ist, zumindest bis zur 9. Klasse, der Ort, an dem alle jungen Menschen erreicht werden können – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund oder dem von ihnen eingeschlagenen Bildungsweg. Sie sollte deshalb auch als Ort verstanden werden, an dem demokratische Kompetenzen gefördert und erste Erfahrungen mit politischer Teilhabe vor der ersten Wahl ermöglicht werden. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen zudem, dass sich junge Menschen eine gezielte Vorbereitung auf das Wählen durch die Schule wünschen.

Politische Bildung und demokratische Teilhabe sollte daher an allen Schulen mehr Bedeutung bekommen. Ein besonderer Fokus auf demokratische Diskussionskultur sowie auf Wahl- und Entscheidungsprozesse fördert das Verständnis für den Wert der Demokratie nachhaltig. Die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Informationsquellen und das systematische Einbeziehen von Medienkompetenz helfen in einer sich wandelnden Informationslandschaft, autonome und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Lehrer:innen benötigen dafür unbedingt strukturelle Unterstützung sowie Spielraum für Aktivitäten außerhalb des Unterrichts auch in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Bereits in der Ausbildung müssen Lehrkräfte aller Fachbereiche dafür Kompetenzen erwerben.

3. Politische Kommunikation an die Lebenswelten junger Menschen anpassen.

Die Studie zeigt erneut, dass junge Menschen zum überwiegenden Teil eine differenzierte Wahlentscheidung treffen, das heißt auf Grundlage von Themen, die sie betreffen, und nicht nur aufgrund von Trends. Wenn Parteien junge Menschen erreichen wollen, dann sollten sie ihre Ansprache deshalb an den Lebensrealitäten und Problemwahrnehmungen dieser Gruppe ausrichten.

Die für junge Wähler:innen relevanten Themen unterscheiden sich nicht grundlegend von anderen Gruppen. Auch hier sind soziale Sicherung, zukunftsfähige Arbeitsplätze und die Frage nach verfügbarem Wohnraum omnipräsent im Alltag und entscheidend für die erste Phase ihrer Eigenständigkeit. Wie alle anderen Altersgruppen sorgen sich junge Menschen aber auch um Zukunftsfragen wie Krieg in Europa, die Spaltung der Gesellschaft und die fortschrei-

tende Klimakrise. Junge Menschen wollen keine eigenen Themen, sondern in allen relevanten Themen berücksichtigt und angesprochen werden. Politische Akteure sollten deshalb nicht einfach ein paar Jugendthemen entwickeln, sondern eher Jugendmainstreaming vornehmen. Junge Menschen müssen ihre Interessen in Programmen wiederfinden können.

4. Sichtbarkeit auf Social Media strategisch und verantwortungsvoll gestalten.

Social Media prägt die Informationswelt unserer gesamten Gesellschaft. Für junge Menschen sind Plattformen wie TikTok und Instagram dabei besonders relevant. Damit politische Akteure in diesen Räumen wahrgenommen werden, müssen sie die Logiken der jeweiligen Plattform verstehen und Formate gezielt einsetzen und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Reichweite allein reicht nicht aus.

Die Studie zeigt: Die Social-Media-Umwelt ist schnelllebig und Reichweiten können sich rasch verändern. So erhöhte etwa die Linke ihre politische Sichtbarkeit innerhalb eines Jahres im Vergleich zu den Europawahlen 2024 deutlich. Zentral dafür ist eine gezielte, demokratische Kommunikation, die politische Inhalte verständlich und nachvollziehbar macht und die Vielfalt junger Zielgruppen berücksichtigt.

Gleichzeitig müssen unbedingt auch regulatorische Rahmenbedingungen adressiert werden: Transparente Algorithmen und die Bekämpfung von Desinformation und Hassreden sollten dringend priorisiert werden – nicht, weil junge Menschen besonders anfällig sind, sondern um die Gesellschaft insgesamt resilenter zu machen.

5. Vielfalt der jungen Generation anerkennen und eine gerechte Politik für alle Generationen umsetzen.

Das Wahlverhalten junger Menschen ist heute vielfältig und volatil. Zwischen 2021 und 2025 haben sich die Präferenzen an der Wahlurne beispielsweise mehrfach verschoben – von der FDP und den Grünen zu den Linken und der AfD. Dies weist darauf hin, dass sich der gesamtgesellschaftliche Trend nachlassender Parteibindungen gerade bei jungen Menschen besonders deutlich zeigt. Sie reagieren flexibler auf politische Angebote und gesellschaftliche Trends. Auch zeigt sich in der Präferenz für Parteien der Opposition die Unzufriedenheit über die mangelnde Wahrnehmung der Interessen junger Menschen durch die jeweiligen Regierungsparteien. Gleichzeitig zeigt die Studie aber auch, dass Parteien links der Mitte ein großes Potenzial bei jungen Menschen haben, insbesondere bei jungen Frauen mit höherer Bildung, aber auch in anderen Milieus. Um diese Vielfalt zu adressieren, ist eine differenzierte politische Kommunikation (siehe 3.) erforderlich, aber darüber hinaus auch eine Erzählung und politische Praxis, die junge Generationen einbindet.

Executive Summary

- **Ärger über die vorgezogene Wahl:** Die vorgezogene Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 war in vielerlei Hinsicht besonders. Für viele junge Menschen hatte sie ganz besonders unerfreuliche Konsequenzen: All jene, die erst zwischen dem schlussendlichen Termin einer vorgezogenen Bundestagswahl und dem ursprünglich angedachten Wahltermin ihren 18. Geburtstag feiern konnten, blieben – plötzlich und unerwartet – am Wahltag außen vor. Unsere Ergebnisse zeigen: Die Betroffenen haben das nicht kalt gelassen, sie haben sich über die ihnen genommene Möglichkeit zur Teilnahme geärgert.
- **Flickenteppich Wahlalter:** Unabhängig vom Vorziehen des Wahltermins von September auf Februar 2025 hat die Konstellation mit der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 auch nochmals gezeigt, dass der aktuelle Zustand rund um das Wahlalter in Deutschland unbefriedigend ist. Bei der Europawahl 2024 galt erstmals bei einer bundesweiten Wahl in Deutschland ein auf 16 Jahre abgesenktes Wahlalter; bei der Bundestagswahl 2025 – wie auch bei einigen Landtags- und Kommunalwahlen in manchen Bundesländern – gilt weiterhin ein Wahlalter ab 18. Zwar sehen nicht alle jungen Menschen – obwohl unmittelbar davon betroffen – in diesem Flickenteppich ein Problem. Gleichwohl sehen wir ein beachtliches Maß an Freude über die eigene Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl 2025, die das Ausmaß an empfundener Freude, das wir im vergangenen Jahr bei der Europawahl sehen konnten, deutlich übersteigt. Umgekehrt ist der Ärger über eine nicht gegebene Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl 2025 deutlich größer als bei der Europawahl 2024. Der Flickenteppich des Wahlalters führt dazu, dass junge Menschen gerade bei der wichtigsten Wahl in Deutschland – der Bundestagswahl – außen vor bleiben, obwohl sie bei anderen Wahlen mitmachen dürfen. Genau das aber führt im föderalen deutschen System gerade bei den ersten, potenziell prägenden Wahlerfahrungen regelmäßig zu Frustrationserlebnissen. Diese sollte man durchaus ernst nehmen, da sie das Potenzial haben, auch über den (frustrierenden) Wahltag hinaus die Wahrnehmung des politischen Systems bis hin zur Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt einzutragen.
- **Mehrheit junger Menschen befürwortet Wahlalter ab 16:** Ein einheitliches Wahlalter wäre wünschenswert, ohne dass sich daraus unmittelbar ein konkretes Wahlalter ableiten ließe. Unsere Ergebnisse zeigen allerdings, dass junge Menschen selbst für ein Wahlalter ab 16 Jahren auch bei Bundestagswahlen eintreten. Besonders deutlich sehen wir dies bei jungen Menschen unter 18. Bei älteren Menschen ist dagegen die Skepsis gegenüber einem abgesenkten Wahlalter groß. Im Lichte unserer Ergebnisse allerdings scheint diese Skepsis eher un begründet, wie insbesondere eine Betrachtung der Motive junger Menschen rund um das Wählen gezeigt hat. So gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass junge Menschen ihre Wahlentscheidungen weniger ernst nehmen oder von gänzlich anderen Motiven geleitet werden als ältere Wähler:innen. Diesbezüglich sehen wir vielmehr große Ähnlichkeiten über alle Altersgruppen hinweg. Als häufigstes Motiv wird dabei von Jung und Alt der Wunsch genannt, dass nach der Wahl in konkreten Problemfeldern eine bestimmte Politik gemacht wird.
- **Schule als Schlüssel für politische Bildung und Vorbereitung fürs Wählen:** Eine der großen Chancen, die auch in wissenschaftlichen Debatten rund um die Absenkung des Wahlalters immer wieder angeführt wird, ist die Möglichkeit, junge Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft gerade über die Schule früher an Politik und insbesondere Wahlen und das Wählen heranzuführen. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen jüngerer wie älterer Befragter wider: „Die Schule sollte wahlberechtigte Schülerinnen und Schüler gezielt auf das Wählen vorbereiten“ – diese Aussage findet flächendeckend hohe Zustimmung bei Jung und Alt. In den politischen Debatten rund um mögliche Absenkungen des Wahlalters ist dieser Aspekt aber bislang bestenfalls am Rande diskutiert worden – er sollte prominent im Fokus stehen.
- **Klassische Medienkanäle bleiben wichtig:** Wenn die politischen Einstellungen und das politische Verhalten junger Menschen diskutiert werden, spielen immer auch Informationsumwelten, gerade Social Media, eine zentrale Rolle. Der Vergleich unserer Ergebnisse zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 zeigt dabei, dass erwartungsgemäß digitale Medien für junge Menschen eine zentrale Rolle spielen (auch wenn zugleich deutlich wurde, dass Podcasts eher ein Nischenphänomen sind), dass aber Abgesänge auf traditionelle Medien mitunter verfrüht sind: Für alle Kanäle, gerade auch klassische Medien wie das Fernsehen, hat sich eine viel intensivere Nutzung im Jahr 2025 rund um die Bundestagswahl gezeigt. Es sind keineswegs nur zeitlich gerichtete Entwicklungen („Online wird immer wichtiger!“), die wir beobachten können, sondern auch kontextuelle Umstände, die bei der medialen Informationsversorgung der

Bürger:innen eine entscheidende Rolle spielen. Bei Be- trachtung der Bevölkerung insgesamt gelang es dem gu- ten alten Fernsehen 2025 immer noch am ehesten, breit in die Bevölkerung hineinzureichen.

→ **TikTok verbindet Reichweite mit politischem Gehalt:**

Was Social Media betrifft, dominieren bei jungen Menschen Instagram, WhatsApp, YouTube und TikTok. TikTok liegt dabei in seiner Reichweite noch etwas hinter den anderen drei Plattformen, holt aber zunehmend auf, was sich gerade bei den jüngsten Befragten zeigt. Ge- genüber älteren Befragten jenseits der 20 tut sich eine riesige Lücke auf. Die digitale TikTok-Welt ist derzeit noch generational getrennt. Schaut man sich den von den Nutzer:innen wahrgenommenen Politikgehalt der jeweiligen Plattformen an, zeigt sich gerade bei TikTok eine sehr bemerkenswerte Kombination: Die Plattform verbindet eine hohe Reichweite (die wir ansonsten bei WhatsApp, YouTube und Instagram sehen) mit dem Po- litikgehalt der Plattform X/Twitter, die bislang als „poli- tischste“ Plattform in Deutschland galt. Zudem zeigt sich für TikTok ein besonderes Potenzial, junge Men- schen, die kein Abitur haben oder anstreben, zu errei- chen und mit politischen Inhalten zu versorgen.

→ **Linke und AfD dominieren Social Media:** Was parteipo- litische Wahrnehmungen von Social-Media-Inhalten be- trifft, konnten wir zur Bundestagswahl 2025 eine beson- ders hohe Präsenz von AfD und Linken dort feststellen, bezogen auf die Linke noch dazu in besonders positiver Weise. Das ist per se bemerkenswert, aber gerade auch im Vergleich zu unseren Befunden aus unserer Europa- wahlstudie: 2024 dominierte noch klar die AfD; keine andere Partei konnte ihr 2024 auch nur annähernd Kon- kurrenz machen. 2025 dagegen liegen AfD und Linke sehr nah beieinander. Andere Parteien spielen dagegen weiterhin kaum eine Rolle, obwohl auch sie ihre Social- Media-Ausgaben und -Aktivitäten zur Bundestagswahl 2025 erheblich erhöht haben. Die Verschiebungen inner- halb eines Jahres sind bemerkenswert, zeigen sie doch, dass auch auf den sozialen Netzwerkplattformen vieles möglich ist. Dass es aber Parteien jenseits von AfD und Linken nicht in gleichem Maße gelungen ist, 2025 als besonders präsent (und positiv) wahrgenommen zu wer- den, zeugt auch davon, dass die Linke etwas „anders“ gemacht haben muss (und auch die AfD weiterhin etwas anders macht) als die anderen Parteien. Vieles ist mög- lich, auch in Social Media, aber es ist keineswegs ein Automatismus.

→ **Die junge Generation ist nicht homogen:** Wenn von „jungen Menschen“ die Rede ist, mitunter gar von einer „jungen Generation“, schwingt häufig eine gewisse Ho- mogenitätsannahme mit, so als würden alle jungen Menschen das Gleiche wollen und tun. Unsere Ergebni- se zu den thematischen Präferenzen, aber auch den Par- teipräferenzen junger Menschen zeigen dagegen sehr deutlich: Von einer „jungen Generation“ zu sprechen (und damit zu suggerieren, die Gruppe junger Menschen

teile viele inhaltliche Positionen), ist empirisch schlicht falsch und zeichnet ein irreführendes Bild der Gruppe junger Menschen. Vielmehr sehen wir deutliche Ge- schlechts-, Bildungs- und Wohnkontextunterschiede. Be- trachtet man zwei Kontrastgruppen – junge Frauen mit hoher Bildung in Großstädten vs. junge Männer ohne formal hohe Bildung außerhalb von Großstädten –, so zeigen sich für die erstgenannte Gruppe deutlich linkere, progressivere Positionen als für die Vergleichsgruppe, die sich eher rechts einstuft. Besonders groß sind die Unter- schiede dabei bei den „kulturellen“ Themen: Gleichstel- lung, Zuwanderung, Klima vs. Wirtschaft. Hier liegt ein tiefer Graben zwischen diesen Gruppen, der seinen Ursprung in allen drei Merkmalen – Geschlecht, Bildung, Wohnkontext – hat. Entsprechend schwer wird es sein, diesen Graben kurzfristig zu überbrücken.

→ **Vielfältige Parteipräferenzen bei jungen Menschen:**

Unser abschließender Blick auf die Parteipräferenzen junger Menschen hat ebenfalls große Vielfalt und Dyna- mik zutage gefördert. Das haben schon die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik gezeigt. Bis einschließ- lich 2017 lagen immer entweder SPD oder Union auf Platz eins bei den 18- bis 24-jährigen Wähler:innen. Das war erstmals bei der Bundestagswahl 2021 anders, als die ersten beiden Plätze an Grüne und FDP gingen (ver- bunden mit der Besonderheit, dass die FDP bei jungen Männern, die Grünen bei jungen Frauen ganz vorn la- gen). Für die Wahl 2025 weist die Statistik abermals ein anderes Muster aus: Die Linke liegt nun auf Platz eins, die AfD auf Platz zwei. Und auch 2025 gibt es ge- schlechtsspezifische Unterschiede: Während die Linke bei jungen Frauen – sogar mit deutlichem Abstand – ganz vorne liegt, ist es bei jungen Männern die AfD. So bemerkenswert solche Verschiebungen zwischen und Be- wegungen hin zu einzelnen Parteien auch sind, so wich- tig ist es zugleich anzuerkennen, dass das Wahlverhalten in der Gruppe junger Menschen zunehmend heterogen und vielschichtig ist. Die Stimmen junger Menschen ver- teilen sich auf mehr Parteien und das noch dazu gleich- mäßiger, als das bei anderen Gruppen der Fall ist. Das Wahlverhalten der jungen Generation – im Sinne eines einheitlichen Wahlverhaltens – gibt es nicht, auch wenn zuweilen ein anderer Eindruck vermittelt wird.

→ **Starke, aber konkurrierende Potenziale links der Mitte:**

Das bestätigen auch unsere Analysen, die auf einer Po- tenzialfrage aufbauen: „Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen?“ Diese Potenzialfrage hat einerseits den Vorteil, ein grundlegenderes Bild der Bindungen junger Menschen an verschiedene Parteien zu zeichnen. Andererseits kön- nen wir mit diesem Indikator auch nicht-wahlberechtigte junge Menschen in der Analyse berücksichtigen. Im Ver- gleich der Europawahl 2024 mit der Bundestagswahl 2025 zeigen sich Stabilität und Wandel: So sieht man durchweg hohe Potenzialwerte für SPD und Grüne; bei anderen Parteien – allen voran der Linken – dagegen viel Dynamik: Der Anteil junger Menschen in unserer Stich-

probe, die sich vorstellen können, die Linke zu wählen, hat sich in diesem kurzen Zeitraum fast verdoppelt! Wie schon bei den Themen sehen wir aber auch gravierende Gruppenunterschiede: Bei jungen Frauen mit formal hoher Bildung, die in Großstädten leben, liegen Linke, Grüne und SPD weit vorne und sind für sehr viele Mitglieder dieser Gruppe wählbar. Für die drei Parteien liegt hier ein großes Potenzial. Diese sich überlagernden Potenziale bedeuten aber auch eine massive Konkurrenz zwischen SPD, Grünen und Linken. Alle anderen Parteien spielen in dieser Gruppe nur eine nachgeordnete Rolle. In der Kontrastgruppe junger Männer ohne formal hohe Bildung außerhalb von Großstädten prägt keine Partei in gleichem Maße das Bild. Die Parteien kommen hier insgesamt weniger gut an. Gleichwohl zeigt sich, dass die AfD hier am besten abschneidet und sich ihr Abstand zu den anderen Parteien 2025 im Vergleich zu 2024 sogar noch vergrößert hat. Bemerkenswert ist, dass die Linke zwar auch hier Boden gutgemacht hat, aber gleichwohl weit von ihren in anderen Gruppen erkennbaren Spitzenwerten entfernt bleibt. Die geringste Wählbarkeit in dieser Gruppe erreichen 2025 die Grünen.

Hinweis zur Datengrundlage der „Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025“:

Zur Teilnahme an der Studie wurden Personen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit eingeladen. Die Auswahl der Personen erfolgte zweistufig: Im ersten Schritt wurden Kommunen (unterschiedlicher Größe) ausgewählt, um von den dortigen Einwohnermeldeämtern Postadressen junger Menschen zu beziehen; insgesamt wurden Kommunen aus sechs Bundesländern einbezogen, nämlich die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie die Flächenländer Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Um an einer Stelle die Möglichkeit zu haben, die für junge Menschen resultierenden Ergebnisse mit dem Rest der (wahlberechtigten) Bevölkerung zu vergleichen, haben wir für Berlin auch Menschen im Alter zwischen 21 und 79 Jahren angeschrieben. Insgesamt haben 4.801 Menschen an der Befragung (mindestens teilweise) teilgenommen. Darin enthalten sind 878 Befragte aus Berlin im Alter zwischen 21 und 79 Jahren. Die Befragung liefert ein vielschichtiges Bild zu den politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten junger Menschen in ausgewählten Kommunen in sechs deutschen Bundesländern, im Falle Berlins noch dazu im Vergleich zum Rest der Wahlbevölkerung. Darüber hinaus können wir den Kontext der Bundestagswahl 2025 unmittelbar mit jenem der Europawahl 2024 vergleichen. Allerdings liefern beide Stichproben kein perfekt repräsentatives Abbild der Jugend in ganz Deutschland – dafür ist die Zahl der einbezogenen Bundesländer, Städte und Gemeinden offensichtlich nicht groß genug. Da unser Anliegen aber vor allem darin besteht, Unterschiede und Muster sichtbar zu machen und zu erklären, weniger punktgenaue Schätzungen abzugeben, sind unsere Stichproben für diesen Zweck gleichwohl sehr gut geeignet.

1.

Die Bundestagswahl 2025 – eine außergewöhnliche Wahl, gerade für die Jüngsten¹

Dass vorgezogene Bundestagswahlen außergewöhnlich sind, ergibt sich schon aus ihrer Seltenheit. Für manche junge Menschen haben sie aber auch ganz besondere und noch dazu wenig erfreuliche Konsequenzen: All jene, die erst zwischen dem schlussendlichen Termin einer vorgezogenen Bundestagswahl und dem ursprünglich angedachten Wahltermin ihren 18. Geburtstag feiern können, bleiben – plötzlich und unerwartet – am Wahltag außen vor. 2025 betraf das die jungen Menschen, die ihren 18. Geburtstag zwischen dem 24. Februar 2025 und dem 28. September 2025 feiern konnten – insgesamt rund 400.000 junge Menschen. Nun dürfen sie (voraussichtlich) erst 2029 erstmals wählen, dann fast 22 Jahre alt und in einer vermutlich gänzlich anderen Lebenslage.

Diese Muster gab es auch schon bei früheren vorgezogenen Neuwahlen. 2025 aber kommt noch ein weiterer Faktor hinzu, der die Situation für junge Menschen weiter zuspritzt: Als im Juni 2024 die Europawahl stattfand, durften erstmals bei einer bundesweiten Wahl in Deutschland auch 16- und 17-Jährige daran teilnehmen. Wie wir in unserer Studie „**Jugend wählt**“ (Faas et al. 2024) zeigen konnten, haben sich viele junge Menschen damals über diese neue Möglichkeit der Beteiligung sehr gefreut. Dass diese Freude anlässlich der Europawahl 2024 angesichts der Umstände der Wahl 2025 in großen Ärger umschlägt, ist zumindest vorstellbar.

Man sollte solchen Ärger nicht als Petitesse abtun, wie wir an anderer Stelle anhand einer besonderen Konstellation in Schleswig-Holstein haben zeigen können: 2017 gab es in Schleswig-Holstein nämlich eine Landtagswahl (mit Wahlalter 16) im Mai und eine Bundestagswahl (mit Wahlalter 18) im September. Diese Konstellation, die wir für junge Menschen, die bei der Landtagswahl wählen durften, bei der Bundestagswahl dann aber nicht, als „temporären Wahlrechtsverlust“ bezeichnet haben, hat zu gravierenden, auch längerfristig wirksamen Folgen, etwa in Form geringerer Demokratiezufriedenheit, geführt (Leininger et al. 2023).

Die Situation rund um die Europawahl 2024 und die Bundestagswahl 2025 ist dieser Konstellation sehr ähnlich – allerdings angesichts der gesamtdeutschen Betroffenheit von noch größerer Relevanz. Klar ist jedenfalls, dass solche Erfahrungen offenkundig gerade bei jungen Menschen sehr

prägend sein können. Ob sie wählen dürfen oder nicht, lässt sie nicht einfach kalt.

Dass erste Wahlerfahrungen lang anhaltende Nachwirkungen haben können, gilt nicht nur für Fragen von Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung (Franklin 2004). Die prägenden Wirkungen können sich ebenso auf den Aspekt der Parteiwahl erstrecken. Welchen Parteien junge Menschen 2025 ihre Stimme gegeben haben, hat schon am Wahlabend wie auch in den Tagen und Wochen danach für großes Aufsehen gesorgt. Die *Frankfurter Rundschau* (2025) etwa titelte „Wahlergebnisse zeigen klaren Trend: Jung wählt radikal – warum Linke und AfD so beliebt sind“, der *BR* (2025) schrieb auf seiner Internetpräsenz „TikTok-Wahlkampf: Die politischen Ränder gewinnen die Jugend“, die *Welt* (2025) wählte die Schlagzeile „Zwischen Angst und Algorithmen – Warum junge Wähler Extreme lieben“ – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zwischenzeitlich hat die Bundeswahlleiterin Ergebnisse der von ihr eigens durchgeführten „repräsentativen Wahlstatistik“ veröffentlicht, die in sehr präziser Weise Aufschluss über die Wahlbeteiligung und die Parteiwahl verschiedener Altersgruppen geben, also auch von jungen Menschen. Dabei zeigt der Blick auf die Wahlbeteiligung, dass die Beteiligungslücke zwischen „jung“ (bis 21 Jahre) und „alt“ (über 60 Jahre), die etwa bei der Bundestagswahl 2009 noch bei rund 15 Prozentpunkten lag, bei der Wahl 2025 auf weniger als fünf Prozentpunkte geschrumpft ist. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die gestiegene Wahlbeteiligung junger Menschen.

Auch mit Blick auf die gewählten Parteien bestätigt sich für die Bundestagswahl 2025 Bemerkenswertes: Bei allen Bundestagswahlen bis einschließlich 2017, für die eine repräsentative Wahlstatistik vorliegt, lagen jeweils entweder die SPD oder die Union auf Platz eins bei den 18- bis 24-jährigen Wähler:innen. Das war erstmals bei der Bundestagswahl 2021 anders, als die ersten beiden Plätze an Grüne und FDP gingen (verbunden mit der Besonderheit, dass die FDP bei jungen Männern, die Grünen bei jungen Frauen ganz vorn lagen). Für die Wahl 2025 weist der Bericht der Bundeswahlleiterin abermals ein anderes Muster aus: Die Linke liegt nun auf Platz eins, die AfD auf Platz zwei. Und auch 2025 gibt es geschlechtsspezifische Unter-

¹ Unser Dank gilt Petra Lipski, Jasmin Hemann, Hermine Schütz, Luke Moldenhauer, Alexander Aragón Berger, Mona Plenker, Matthias Sand sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort insbesondere Jan Engels, Nicole Loew, Jonathan Overmeyer und Catrina Schläger für ihre Unterstützung bei der Realisierung der Studie und dem Verfassen des Berichts.

schiede: Während die Linke bei jungen Frauen – sogar mit deutlichem Abstand – ganz vorne liegt, ist es bei jungen Männern die AfD (Bundeswahlleiterin 2025, siehe auch Faas 2025).

Ein wenig Vorsicht ist hier allerdings geboten: So eingängig solche Betrachtungen von Rangplätzen, gerade mit Blick auf den ersten Platz, und so bemerkenswert Verschiebungen zwischen und Bewegungen hin zu einzelnen Parteien auch sind, so wichtig ist es zugleich anzuerkennen, dass das Wahlverhalten in der Gruppe junger Menschen insgesamt zunehmend heterogen und vielschichtig ist. Die Stimmen junger Menschen verteilen sich auf mehr Parteien und das noch dazu gleichmäßiger, als das bei anderen Gruppen der Fall ist. Das Wahlverhalten der jungen Generation – im Sinne eines einheitlichen Wahlverhaltens – gibt es nicht, auch wenn zuweilen ein anderer Eindruck vermittelt wird.

Vielschichtige Muster kann die repräsentative Wahlstatistik zwar aufzeigen, aber keine Hintergründe und Erklärungen dafür liefern. Über das Geschlecht, das Alter und die regionale Herkunft der Teilnehmenden hinaus erfasst sie keine weiteren Faktoren. Für tiefergehende, erklärende Perspektiven sind vielmehr Umfragen nötig, idealerweise gezielte Jugendwahlstudien, in deren Rahmen eine große Zahl junger Menschen befragt wird.

Der vorliegende Bericht basiert auf einer solchen Jugendwahlstudie, die wir im Nachgang zur Bundestagswahl 2025 durchgeführt haben. Dabei knüpft die Studie unmittelbar an die Studie „**Jugend wählt**“ an, die wir anlässlich der Europawahl 2024 realisiert haben (Faas et al. 2024). Zudem steht sie in der Tradition früherer Studien mit ähnlichem Ansatz und ähnlicher Stoßrichtung (Faas/Leininger 2020, 2023; Leininger et al. 2023, 2024; Roßteutscher et al. 2022).

Die Logik und Erhebung unserer Studie zur Bundestagswahl 2025 baut auf diesen Vorarbeiten auf, geht aber zugleich an verschiedenen Stellen über diese früheren Studien hinaus. So werden wir erstmals punktuelle Vergleichsmöglichkeiten zur Wahlbevölkerung insgesamt haben und zudem die besonderen Umstände des Wahljahres 2025 in den Blick nehmen. Methodische Details werden wir im nächsten Abschnitt nochmals genauer vorstellen, ehe wir dann zu den substanzuellen Ergebnissen kommen, die sich in vier Teile gliedern:

- Wahlalter: Wir werden zunächst den eingangs skizzierten Aspekt der Wahlberechtigung aufgreifen und betrachten, inwieweit sich junge Menschen über ihre Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl gefreut bzw. über deren Fehlen geärgert haben. Darauf aufbauend betrachten wir dann insgesamt ihre Vorstellungen rund um das Wahlalter.
- Informationsverhalten: An diese Fragen der Wahlberechtigung anschließend werden wir das Informationsumfeld junger Menschen in den Blick nehmen. Wählen findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern begleitet von ei-

ner Flut politischer Informationen. Aber auf welchen Wegen informieren sich junge Menschen über Politik? Welche Rolle spielen dabei insbesondere Social Media? Und wie politisch sind die Informationen aus verschiedenen Quellen?

- Themen: Kommunikation ist letztlich nur ein Mittel zum Zweck, im Fokus der Politik stehen Inhalte. Welche inhaltlichen Positionen vertreten welche jungen Leute bei zentralen politischen Streitfragen unserer Zeit? Welche Unterschiede finden wir zwischen verschiedenen Teilgruppen, etwa zwischen jungen Frauen und jungen Männern?
- (Prozess der) Wahlentscheidung: Darauf aufbauend wollen wir uns schlussendlich den Wahlentscheidungen und Parteipräferenzen junger Menschen widmen – sowohl aus einer Prozesssicht als auch vom Ergebnis her. Wie kommen junge Menschen zu ihren Wahlentscheidungen? Welche Überlegungen leiten sie dabei? Und welche Parteien kommen für junge Menschen bei ihrer Wahl überhaupt infrage, welche nicht?

Für diese Fragen wollen wir nicht nur beschreibend darstellen, was junge Menschen denken, sondern auch Unterschiede und Differenzierungen aufzeigen, was angesichts der großen Zahl befragter junger Menschen auch gut möglich ist. Anknüpfend an unsere Studie zur Europawahl (und eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherstellend) interessiert uns, ob es Unterschiede nach dem Alter der befragten jungen Menschen, nach dem Grad ihrer formalen Bildung, ihrem Geschlecht und ihrem Wohnort (Stadt/Land) gibt. Dabei werden wir hier nicht jede Differenzierung immer explizit ausweisen, sondern nur auf bemerkenswerte Unterschiede eingehen. Gleichwohl – so viel kann hier schon gesagt werden – zeigen sich an vielen Stellen Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Bildung und mitunter auch Wohnkontext. Noch dazu verstärken sich diese Unterschiede wechselseitig, wie wir durch den Vergleich von zwei Kontrastgruppen zeigen werden. Das sind einerseits junge Frauen mit formal hoher Bildung, die in Großstädten leben, und andererseits junge Männer, die kein Abitur haben oder anstreben und außerhalb von Großstädten leben. Zwischen diesen beiden „Kontrastgruppen“ liegen mitunter Welten.

2.

Daten und Erhebung

Ziel der „Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025“ war es, das Informationsumfeld, die politischen Einstellungen und das politische Verhalten junger Menschen zu erfassen und zu erklären. Wir haben dazu Personen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren zu unserer Umfrage eingeladen. Wir haben absichtlich nicht nur Wahlberechtigte ab 18 Jahren und solche, die aufgrund des Vorziehens der Wahl die Wahlberechtigung verpasst haben, für unsere Umfrage ausgewählt. Auch jüngere Kohorten, die etwa bei der Europawahl 2024, aber auch bei anderen Kommunal- oder Landtagswahlen schon wahlberechtigt waren, oder aber, wie die 15-Jährigen, noch nie wählen durften, haben wir zur Teilnahme eingeladen. Dies eröffnet uns die Möglichkeit, systematisch zu untersuchen, wie sich Altersgrenzen auf Wahrnehmungen, Präferenzen und das Verhalten junger Menschen auswirken.

Insgesamt haben wir ein zweistufiges Auswahlverfahren gewählt: Im ersten Schritt wurden Kommunen (unterschiedlicher Größe) ausgewählt, um von den dortigen Einwohnermeldeämtern Postadressen junger Menschen zu beziehen. Für die „Jugendstudie zur Europawahl 2024“ hatten wir Kommunen in allen 16 Bundesländern kontaktiert; insgesamt waren damals 46 Kommunen in unserer Stichprobe. Die besonderen Umstände der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 haben diesbezüglich allerdings ihren Tribut gefordert, sodass wir aus finanziellen und logistischen Gründen für die „Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025“ nur sechs Bundesländer einbeziehen konnten, nämlich die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie die Flächenländer Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Gleichwohl wollten wir mit dieser Auswahl an Bundesländern wie auch mit der Auswahl an Kommunen innerhalb der Flächenländer eine große Varianz sicherstellen – etwa zwischen Ost und West oder auch zwischen großstädtischen und anderen, eher ländlichen Kontexten.

Von Kommunen kleiner und mittlerer Größe haben wir bis zu 500 Adressen angefragt; für Großstädte grundsätzlich 1.000 Adressen. Für die Stadtstaaten Hamburg und Berlin haben wir die Zahl auf 4.000 bzw. 5.000 erhöht, um dort auch differenzierte Binnenanalysen innerhalb der Städte vornehmen zu können – auch wenn dies nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts ist.² Um schließlich zumindest

an einer Stelle die Möglichkeit zu haben, die für junge Menschen resultierenden Ergebnisse mit dem Rest der (wahlberechtigten) Bevölkerung zu vergleichen, haben wir für Berlin weitere 5.000 Adressen für die restliche Wahlbevölkerung (im Alter zwischen 21 und 79 Jahren) angefragt.

Schlussendlich sind 28 Städte und Gemeinden aus den sechs ausgewählten Bundesländern Teil unserer Stichprobe zur Bundestagswahl geworden. Die Liste aller einbezogenen Städte und Gemeinden für die Europawahl- wie auch die Bundestagswahlstudie findet sich im Anhang. Einige Gemeinden – auch über die drei Stadtstaaten hinaus – sind dabei in beiden Jugendwahlstudien vertreten, also sowohl zur Europawahl 2024 als auch zur Bundestagswahl 2025. Das erlaubt uns, die Ergebnisse (und vor allem etwaige Unterschiede) zwischen den beiden Wahlen und Wahljahren noch genauer und robuster erkennen zu können. Wichtig zu erwähnen ist gleichwohl, dass es sich dabei nicht um ein Panel handelt. Die Befragten aus diesen in beiden Studien enthaltenen Gemeinden sind andere.

Insgesamt haben wir dieses Mal rund 32.000 junge Menschen postalisch (und datenschutzkonform) zu unserer Befragung eingeladen. Die Anschreiben beinhalteten einen personalisierten Zugangscode zu einer Onlineumfrage, die unter www.wahlstudie.de erreichbar war. Insgesamt nahmen 4.801 Menschen (mindestens teilweise) teil, was einer Quote von rund 15 Prozent entspricht. Darin enthalten sind für die skizzierten Vergleichszwecke auch 878 Befragte aus Berlin im Alter zwischen 21 und 79 Jahren. Teilgenommen haben die Befragten vom 6. März 2025 bis zum 4. Mai 2025, wobei 90 Prozent der Rückläufe bis zum 3. April eingegangen sind. Das Beantworten unserer Fragen dauerte im Mittel rund 23 Minuten. An unserer Studie zur Europawahl nahmen 7.970 junge Menschen (mindestens teilweise) teil, was damals ebenfalls einer Quote von rund 15 Prozent entsprach.

Als Produkt dieses Stichprobendesigns wie auch der hohen Fallzahl liefert unsere Befragung ein vielschichtiges Bild zu den politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten junger Menschen in ausgewählten Kommunen in sechs deutschen Bundesländern, im Falle Berlins noch dazu im Vergleich zum Rest der Wahlbevölkerung. Darüber hinaus können wir den Kontext der Bundestagswahl 2025 unmit-

² Ein großer Dank gebührt Matthias Sand von GESIS an dieser Stelle, der die Stichprobe der Gemeinden und Städte gezogen hat und uns auch während der Feldzeit wie auch im Nachgang stets mit Expertise, Rat und Tat zur Seite stand.

telbar mit jenem der Europawahl 2024 vergleichen. Allerdings liefern beide Stichproben kein perfekt repräsentatives Abbild der Jugend in ganz Deutschland – dafür ist die Zahl der einbezogenen Bundesländer, Städte und Gemeinden offensichtlich nicht groß genug. Zudem sind sowohl auf Ebene der Städte und Gemeinden als auch der eingeladenen jungen Menschen nicht alle unserer Bitte nach Teilnahme nachgekommen. Da unser Anliegen aber vor allem darin besteht, Unterschiede und Muster sichtbar zu machen und zu erklären, und weniger darin, punktgenaue Schätzungen abzugeben, sind unsere Stichproben für diesen Zweck gleichwohl sehr gut geeignet.

Das Programm beider Studien bestand aus Fragen zum Wahlverhalten bei den jeweiligen Wahlen, Fragen rund um das Wahlalter, zum Informations- und Kommunikationsverhalten, zu Einstellungen bezüglich verschiedener aktueller politischer Sachfragen, zu Parteien und der Demokratie insgesamt sowie zur persönlichen Situation der Befragten. Diese persönliche Situation erfassen wir vor allem durch das Alter der Befragten, ihr Geschlecht, ihre formale Bildung (haben sie oder streben sie das Abitur an oder nicht) und ihren Wohnkontext (Großstadt oder nicht). Zudem verdichten wir diese Hintergründe an verschiedenen Stellen zu zwei Kontrastgruppen, indem wir junge Frauen mit formal hoher Bildung, die in Großstädten leben, mit jungen Männern vergleichen, die kein Abitur haben oder anstreben und außerhalb von Großstädten leben. Die für die folgenden Analysen und Ergebnisse verwendeten abhängigen Variablen und die Indikatoren, mit denen wir diese erfassen, werden an der entsprechenden Stelle unter den Ergebnisgrafiken jeweils im Wortlaut dokumentiert.

3.

„Ich dachte, ich dürfe wählen, durfte dann aber doch nicht“: Wahlalter und die vorgezogene Bundestagswahl 2025

Im ersten Schritt wollen wir uns den eingangs skizzierten Besonderheiten und Auswirkungen der vorgezogenen Bundestagswahl auf die Gruppe junger Menschen widmen. Wie groß fällt die Freude über die eigene Wahlberechtigung, wie groß der Ärger über die Nicht-Wahlberechtigung bei jungen Menschen aus? Im Fokus steht dabei zuvorderst die Bundestagswahl 2025, aber uns interessiert auch im Vergleich, welche Unterschiede sich zur Europawahl 2024 ergeben, für die die damalige Ampelregierung das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre abgesenkt hatte. Ein auf 16 Jahre abgesenktes Wahlalter gilt auch für viele andere Landtags- und Kommunalwahlen in Deutschland. Gleichzeitig sind Bundestagswahlen – auch in den Augen der Bürger:innen – die mit Abstand wichtigsten Wahlen in Deutschland. Wie fällt vor diesem Hintergrund der Blick junger Menschen auf den Status ihrer Wahlberechtigung, aber auch allgemeiner ihr Blick auf Wahlaltersgrenzen aus?

3.1 Freude und Ärger rund um die eigene (Nicht-)Wahlberechtigung

Die Freude über eine gegebene Wahlberechtigung zur Bundestagswahl 2025 fällt bemerkenswert groß aus.³ Im Mittel resultiert für die 18- bis 20-Jährigen im Kontext der Bundestagswahl 2025 ein Wert von 1,5 auf der fünfstufigen Antwortskala von -2 bis +2.

Davon, dass die Bundestagswahl 2025 junge Menschen kalt gelassen hat, kann also keine Rede sein. Dagegen sprechen sowohl die relativ hohe Wahlbeteiligung in ihrer Gruppe (ausweislich der repräsentativen Wahlstatistik der Bundeswahlleiterin) als auch die in unseren Daten gemessene große Freude über die eigene Wahlberechtigung.⁴ Wenn wir dieses Ausmaß an Freude mit jenem vergleichen, das wir rund um die Europawahl 2024 gemessen haben, so zeigt sich, dass die Bundestagswahl mehr Grund zur Freu-

de liefert – genau genommen rund einen halben Skalenpunkt mehr (Abbildung 1).⁵

Die gerade skizzierten Tendenzen bestätigen sich, wenn wir anstelle der „freudigen“ Ergebnisse unser Fokus auf den Ärger richten, den junge Menschen empfinden, die nicht wahlberechtigt sind (Abbildung 2). Wenn wir zunächst nur 15-Jährige betrachten (weil nur diese Gruppe sowohl bei der Europawahl 2024 als auch der Bundestagswahl 2025 nicht wahlberechtigt war), so fällt selbst bei ihnen der Ärger rund um die Bundestagswahl 2025 größer aus als der Europawahl-Ärger 2024, obwohl die Wahlberechtigung 2025 für sie noch in weiter Ferne lag. Diese Ferne mag auch das insgesamt eher mäßige Ausmaß an Ärger in dieser Gruppe erklären. Das ändert sich rund um die Bundestagswahl allerdings, wenn wir den Blick auf 16- und 17-Jährige richten. Deren Ärger erreicht mit einem Mittelwert von 0,8 (auf einer Skala von -2 bis +2) eine beachtliche Größenordnung. Positiv wie negativ löst die Bundestagswahl offenkundig Emotionen bei den von uns befragten jungen Menschen aus – und das auch über verschiedene Teilgruppen nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung hinweg, wie weitergehende Analysen zeigen.

Beschließen wollen wir dieses Teilkapitel mit einem Blick auf die speziellen Umstände der vorgezogenen Bundestagswahl 2025: Finden diese ihren Niederschlag in den empfundenen Emotionen? Wir können dazu die Befragten, die im Jahr 2007 geboren wurden, in zwei Gruppen aufteilen – und zwar in Abhängigkeit davon, ob sie am ursprünglich geplanten, regulären Termin der Bundestagswahl im September 2025 wahlberechtigt gewesen wären oder nicht. Wenn man also 2007 geborene junge Menschen mit Geburtsmonaten zwischen März und September (sie wären im September 2025 wahlberechtigt gewesen) mit jenen vergleicht, die erst zwischen Oktober und Dezember 2007 geboren wurden (sie wären nicht wahlberechtigt gewesen),

³ In unserem Bericht zur Europawahl 2024 sind wir auch explizit auf die Frage eingegangen, ob junge Menschen den Status ihrer eigenen Wahlberechtigung überhaupt kennen. Dies war insbesondere im Lichte der damaligen Reform des Wahlalters von Interesse: Wussten die 16- und 17-Jährigen, dass sie wählen dürfen? Zudem fanden am Tag der Europawahl in mehreren Bundesländern auch Kommunalwahlen statt, in manchen Fällen mit Wahlalter 16, in anderen mit Wahlalter 18. All dies war mit gewissen Konsequenzen für das Wissen um die eigene Wahlberechtigung verbunden, wie unsere Ergebnisse zur Europawahl gezeigt haben. Eine vergleichbare Konstellation gab es für die Bundestagswahl 2025 nicht. Unsere Analysen zum Wissen um die eigene Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl 2025 fördern auch keine bemerkenswerten Unterschiede zutage. Weder finden sich Effekte des Vorziehens des Wahltermins noch Ausstrahlungseffekte des gesunkenen Wahlalters bei der Europawahl auf das (Nicht-)Wissen um den eigenen Status der Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl 2025.

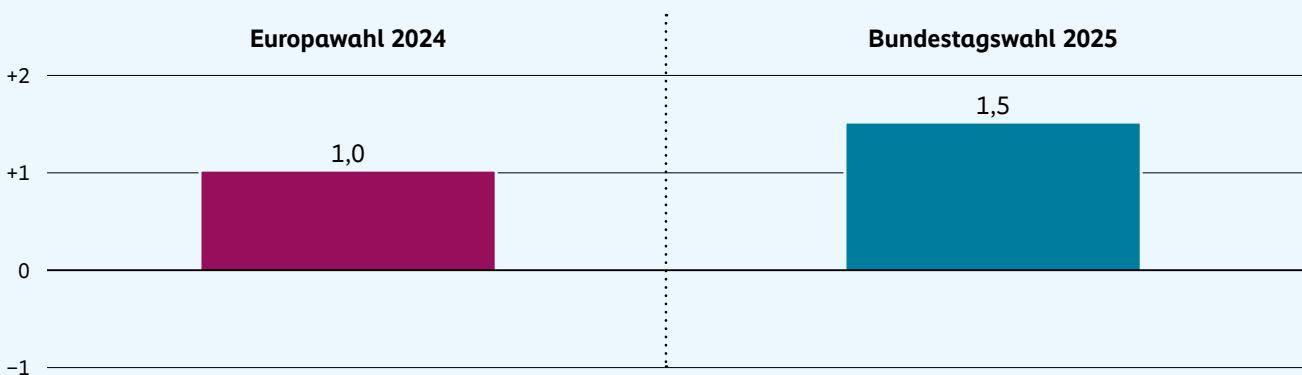
⁴ Für die Berliner Stichprobe können wir dabei auch die Freude über die eigene Wahlberechtigung über alle Altersgruppen hinweg vergleichen. Die Altersunterschiede hinsichtlich der empfundenen Freude fallen dabei nicht sehr groß aus. Wenn überhaupt, so zeigt sich aber auch an dieser Stelle, dass die Freude bei den jüngsten Wahlberechtigten etwas größer ausfiel als bei älteren Berliner:innen.

⁵ Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn man die Analyse nur auf Gemeinden beschränkt, die in beiden Studien – Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025 – Teil unserer Stichprobe waren. Der Unterschied zwischen beiden Wahlen liegt auch nicht darin begründet, dass die Studie zur Europawahl 2024 vor, die Studie zur Bundestagswahl 2025 nach der jeweiligen Wahl durchgeführt wurde. Wir werden Hinweise dieser Art bei den folgenden Analysen nicht jedes Mal geben, haben aber für alle Analysen das entsprechende Muster jeweils dahingehend auch überprüft, um entsprechende Fehlschlüsse auszuschließen.

Abb. 1

Freude über die eigene Wahlberechtigung

Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025 im Vergleich, nur 18- bis 20-Jährige (Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Wenn Sie noch einmal an die Bundestagswahl denken, die am 23. Februar 2025 stattgefunden hat: Haben Sie sich darüber gefreut, dass Sie bei dieser Bundestagswahl wahlberechtigt waren?“; Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „Habe mich überhaupt nicht gefreut“ (-2) bis „Habe mich sehr gefreut“ (+2). Die Frage zur Europawahl 2024 wurde vor der Wahl gestellt und in der Formulierung entsprechend angepasst.

so zeigen sich im Vergleich dieser beiden Gruppen bemerkenswerte Unterschiede. Der Ärger in der ersten Gruppe fällt deutlich und signifikant größer aus als jener in der zweiten Gruppe, obwohl die beiden Gruppen ja an sich sehr ähnlich sind. Dass man die erste Gruppe ihres Wahlrechts 2025 „beraubt“ hat, führt offenkundig zu einer deutlichen Verstärkung des empfundenen Ärgers. Bei Menschen mit formal hoher Bildung sehen wir das Muster sogar noch etwas pointierter als bei anderen. All das zeigt jedenfalls: Wahlberechtigt zu sein bedeutet jungen Menschen sehr wohl etwas. Wählen und Wählen haben für sie einen hohen Wert.

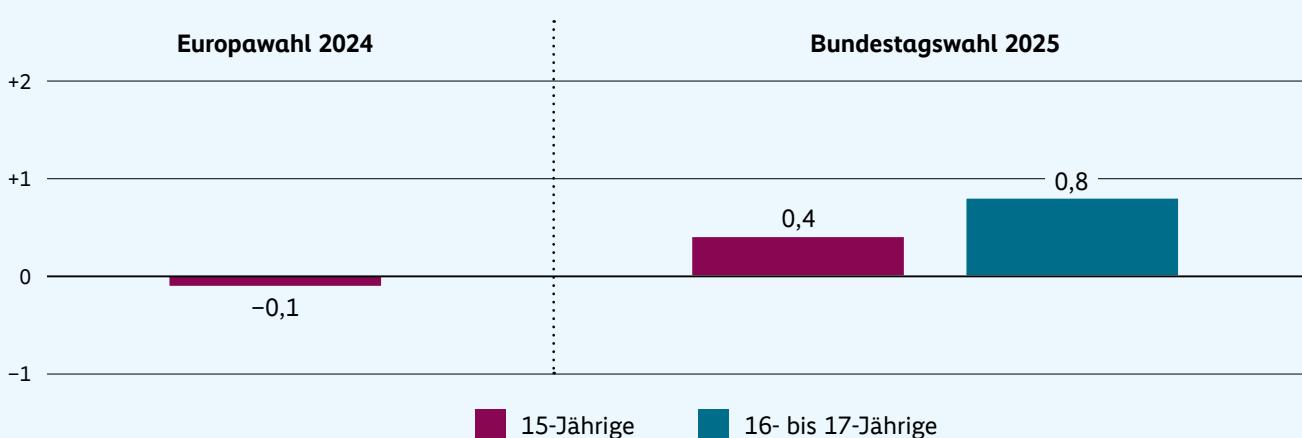
3.2 Einstellungen rund um das Wahlalter bei Bundestagswahlen

Aufbauend auf diesem spezifischen Emotionsempfinden rund um die eigene (Nicht-)Wahlberechtigung bei der Bundestagswahl 2025 wollen wir als Nächstes die Frage in den Blick nehmen, ob mit diesen Konstellationen gegebenenfalls auch weitergehende Einstellungsmuster rund um das Wahlalter verknüpft sind. Im ersten Schritt wollen wir uns anschauen, welches Wahlalter sich junge Menschen für verschiedene Wahlen wünschen. Wir hatten diesbezüglich schon im vergangenen Jahr in unserer Studie zur Europa-

Abb. 2

Ärger über die eigene Nicht-Wahlberechtigung

Europawahl 2024 (15-Jährige) und Bundestagswahl 2025 (15- bis 17-Jährige) im Vergleich
(Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)

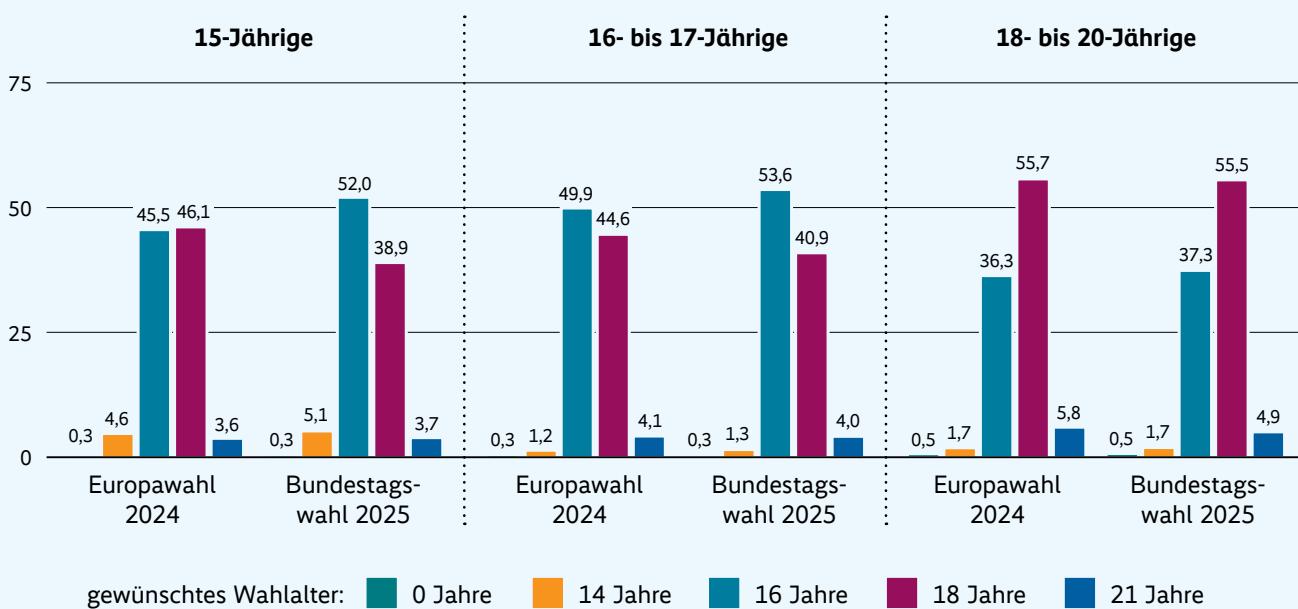


Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Wenn Sie noch einmal an die Bundestagswahl denken, die am 23. Februar 2025 stattgefunden hat: Haben Sie sich darüber geärgert, dass Sie bei dieser Bundestagswahl nicht wahlberechtigt waren?“; Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „Habe mich überhaupt nicht geärgert“ (-2) bis „Habe mich sehr geärgert“ (+2). Die Frage zur Europawahl 2024 wurde vor der Wahl gestellt und in der Formulierung entsprechend angepasst.

Gewünschtes Wahlalter bei Bundestagswahlen

Erfasst im Kontext der Europawahl 2024 (mit Wahlalter 16) bzw. der Bundestagswahl 2025 (mit Wahlalter 18) (Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)



Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Hin und wieder wird ja diskutiert, was das Mindestwahlalter bei verschiedenen Wahlen sein sollte. Ab welchem Alter sollten Ihrer Meinung nach Menschen bei den folgenden Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen?“; vorgegebene Antwortkategorien: 0 Jahre, 14 Jahre, 16 Jahre, 18 Jahre, 21 Jahre.

wahl 2024 zeigen können, dass diese Wunschwahlalter ganz erheblich variieren, einerseits in Abhängigkeit von der jeweiligen Wahlebene, andererseits in Abhängigkeit von Merkmalen der Befragten selbst, gerade auch ihrem eigenen Alter.

Die größte Unterstützung für ein auf 16 Jahre abgesenktes Wahlalter zeigte sich für Kommunalwahlen, gefolgt von Landtags- und Europawahlen. Dabei lag der Anteil junger Menschen, die für ein Wahlalter ab 16 Jahren auf diesen drei Wahlebenen eintreten, durchweg höher als der jeweilige Anteil für ein Wahlalter ab 18 Jahren. Bezogen auf Bundestagswahlen war dem allerdings nicht so. Diesbezüglich unterstützten selbst bei unseren jungen Befragten im Alter zwischen 15 und 20 Jahren mehr Befragte ein Wahlalter von 18 als von 16 Jahren. Gerade 18- bis 20-jährige Befragte konnten einem abgesenkten Wahlalter weniger abgewinnen und plädierten mit recht großer Mehrheit für ein Wahlalter erst ab 18 Jahren, zumindest für Bundestagswahlen.

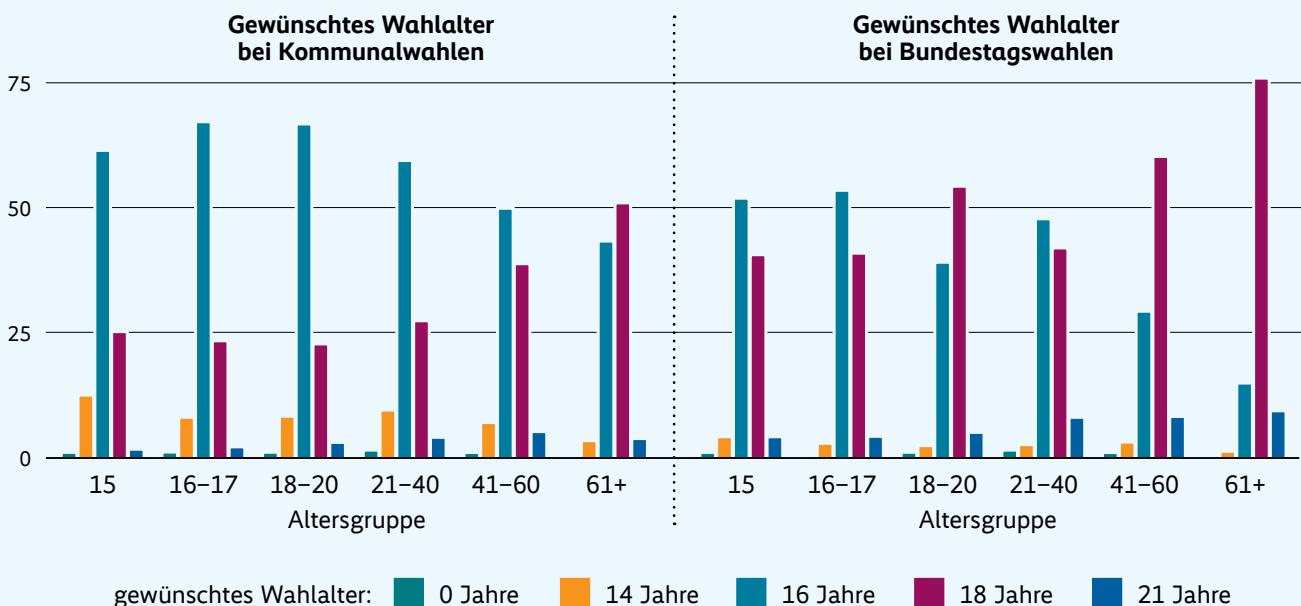
Viele dieser Befunde bestätigen sich auch in unserer neuen Studie zur Bundestagswahl 2025. Gerade die resultierenden Muster für alle Wahlen jenseits von Bundestagswahlen bleiben praktisch unverändert. Wir legen unseren Fokus daher hier auf das gewünschte Wahlalter bei Bundestagswahlen, für das wir tatsächlich (gewisse) Verschiebungen zwischen beiden Studien sehen (Abbildung 3). Das gilt weniger für Befragte zwischen 18 und 20 Jahren, die – weiterhin – mehrheitlich ein Wahlalter erst ab 18

Jahren bei Bundestagswahlen unterstützen. Die Verschiebungen zeigen sich bei Befragten im Alter zwischen 15 und 17 Jahren. Sie treten im Kontext der Bundestagswahl 2025 – bei der sie außen vor bleiben mussten – in noch stärkerem Maße als noch ein Jahr zuvor für ein abgesenktes Wahlalter ein.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Unterstützung für eine Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen schon bei 18- bis 20-Jährigen zurückgeht, verwundert es nicht, dass dies auch für den noch älteren Teil der Wahlbevölkerung gilt. Das zeigen die erweiterten Daten der Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025. Abbildung 4 stellt – nur für die Befragten aus Berlin – die Verteilung des Wunschwahlalters für Bundestagswahlen über alle Altersgruppen hinweg dar. Bemerkenswert ist dabei zweierlei: Erstens fällt die Unterstützung für ein auf 16 Jahre abgesenktes Wahlalter bei 21- bis 40-Jährigen höher aus als bei 18- bis 20-Jährigen. Offenkundig spielen gerade in der Gruppe der 18- bis 20-Jährigen gewisse Reziprozitätslogiken nach dem Motto „Wir mussten 18 Jahre lang warten, also ihr bitte auch“ eine größere Rolle. Zweitens geht die Unterstützung für ein Wahlalter ab 16 Jahren bei Menschen über 40 (und erst recht bei Menschen 60+) drastisch zurück. Vor allem in letztgenannter Gruppe ist die Präferenz für ein Wahlalter ab 18 Jahren geradezu dominant. Ruft man sich die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung insgesamt in Erinnerung, so bedeutet das natürlich auch, dass der Rückhalt für eine Absenkung des Wahlalters in der

Gewünschtes Wahlalter bei Kommunal- und Bundestagswahlen

Erfasst im Kontext der Bundestagswahl 2025, über alle Altersgruppen hinweg, nur Berlin
(Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 3.

Wahlbevölkerung insgesamt gering ist und letztlich keinen Anreiz für eine entsprechende Reform bietet.

Ein Blick auf die linke Seite von Abbildung 4, die die Wahlauspräferenzen über alle Altersgruppen hinweg für Kommunalwahlen zeigt, zeichnet allerdings ein etwas anderes Bild. Die Unterstützung für ein Wahlalter ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen fällt nämlich deutlich größer aus. Zwar zeigt sich auch hier ein ähnlicher, mit dem Alter abnehmender Verlauf über Altersgruppen hinweg, aber eben auf einem gänzlich anderen, deutlich höheren Unterstützungs niveau. Das Faktische – denn bei Kommunalwahlen gilt ja in nahezu allen Bundesländern in Deutschland ein Wahlalter ab 16 Jahren – entfaltet hier möglicherweise eine gewisse Kraft.

Beschließen wollen wir dieses Kapitel mit einem nochmals erweiterten Blick vor allem junger Menschen auf die aktuelle Situation rund um das Wahlalter in Deutschland. Aufbauend auf einer Liste von Aussagen aus der Jugendstudie zur Europawahl haben wir den Befragten auch in der Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025 verschiedene Aussagen rund um das Wahlalter vorgelegt, jeweils verbunden mit der Frage, inwieweit sie diesen verschiedenen Aussagen zustimmen. Die entsprechenden Ergebnisse, differenziert nach Altersgruppen, zeigt Abbildung 5.

Die mit Abstand größte Zustimmung findet dabei die Aussage „Die Schule sollte wahlberechtigte Schülerinnen und

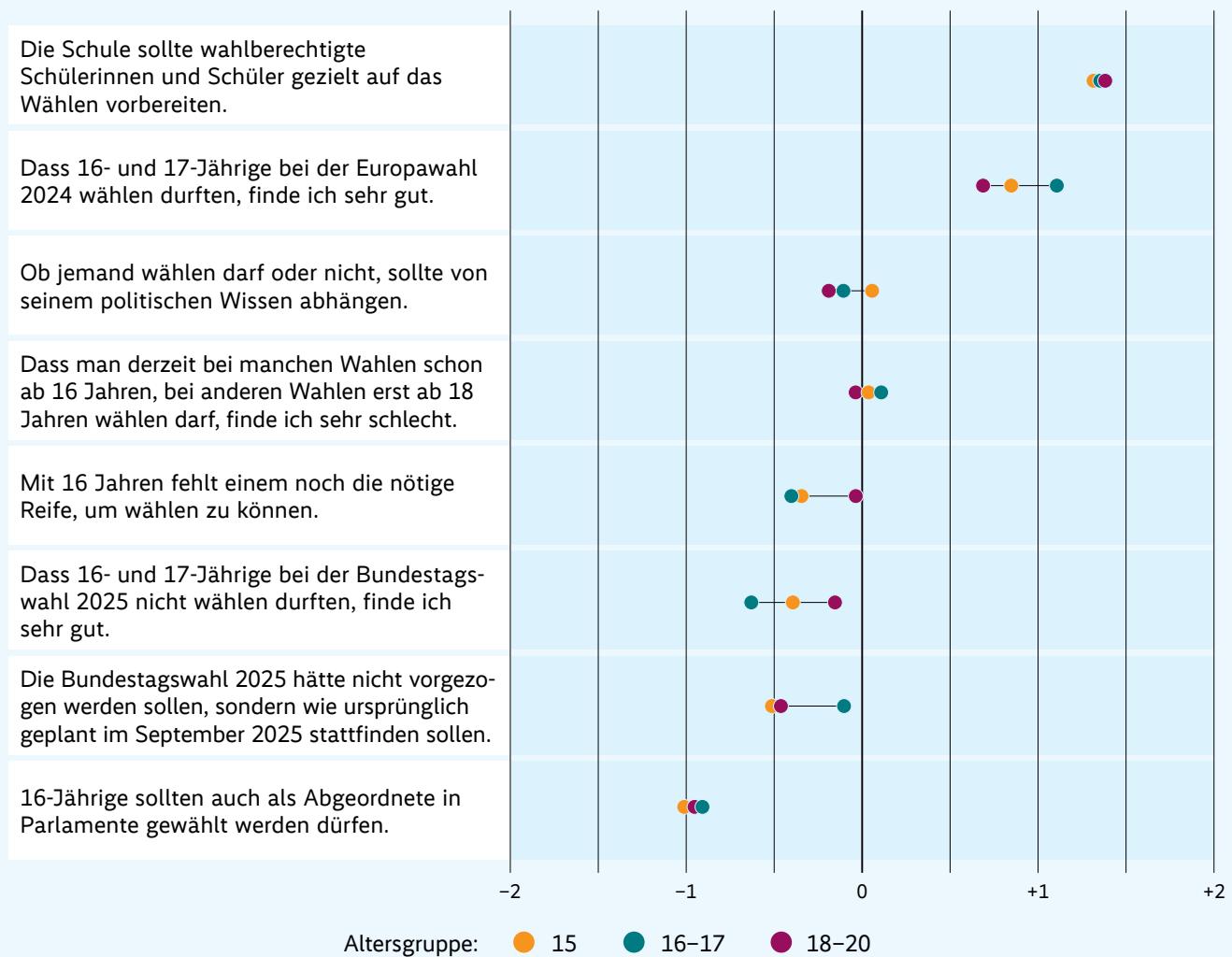
Schüler gezielt auf das Wählen vorbereiten“ – und dies über alle Altersgruppen (wie auch weitere Teilgruppen) hinweg in praktisch gleichem Maße. Dies ist per se bemerkenswert und trifft sich zudem mit Argumenten aus der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur (Franklin 2004). Eine der großen Chancen, die auch in wissenschaftlichen Debatten rund um die Absenkung des Wahlalters gesehen wird, ist die Möglichkeit, junge Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft gerade über die Schule früher an Politik und insbesondere Wahlen und das Wählen heranzuführen. Das spiegelt sich hier in den Antworten der Befragten wider.

Weiterhin wird deutlich, dass zumindest bei jungen Menschen ein abgesenktes Wahlalter (am Beispiel der Europawahl) breit unterstützt wird, was die Befunde, die für die direkte Frage nach dem Wunschwahlalter resultierten, stützt. Umgekehrt wird die Tatsache, dass bei Bundestagswahlen immer noch ein Wahlalter ab 18 Jahren gilt, kritisch gesehen. In beiden Fällen zeigen sich dabei altersspezifische Unterschiede, die wir bereits kennen: Unterstützung für ein niedrigeres Wahlalter kommt vor allem von den 16- und 17-Jährigen, weniger von den 18- bis 20-Jährigen. Letztere bemängeln auch in stärkerem Maße als andere eine vermeintlich fehlende Reife bei 16-Jährigen.

Zwei weitere Aussagen – nämlich „Dass man derzeit bei manchen Wahlen schon ab 16 Jahren, bei anderen Wahlen erst ab 18 Jahren wählen darf, finde ich sehr schlecht“ so-

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter nach Altersgruppen

(Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen rund um das Wahlalter. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht.“ Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „Stimme überhaupt nicht zu“ (-2) und „Stimme voll und ganz zu“ (+2); Antwortkategorie „Weiß nicht“ hier ausgeschlossen.

wie „Ob jemand wählen darf oder nicht, sollte von seinem politischen Wissen abhängen“ – lösen im Mittel nur mäßige Reaktionen bei den befragten jungen Menschen aus. Sie finden entsprechend weder klare Zustimmung noch Ablehnung. Dabei liegen Befunde vor, dass gerade der Flickenteppich des Wahlalters, den wir aktuell in Deutschland haben, mit negativen Konsequenzen für die jungen Menschen verbunden ist, auch über die unmittelbaren Wahlkontakte hinaus. Dieser Punkt wird von den Betroffenen selbst aber nicht als zentral angesehen.

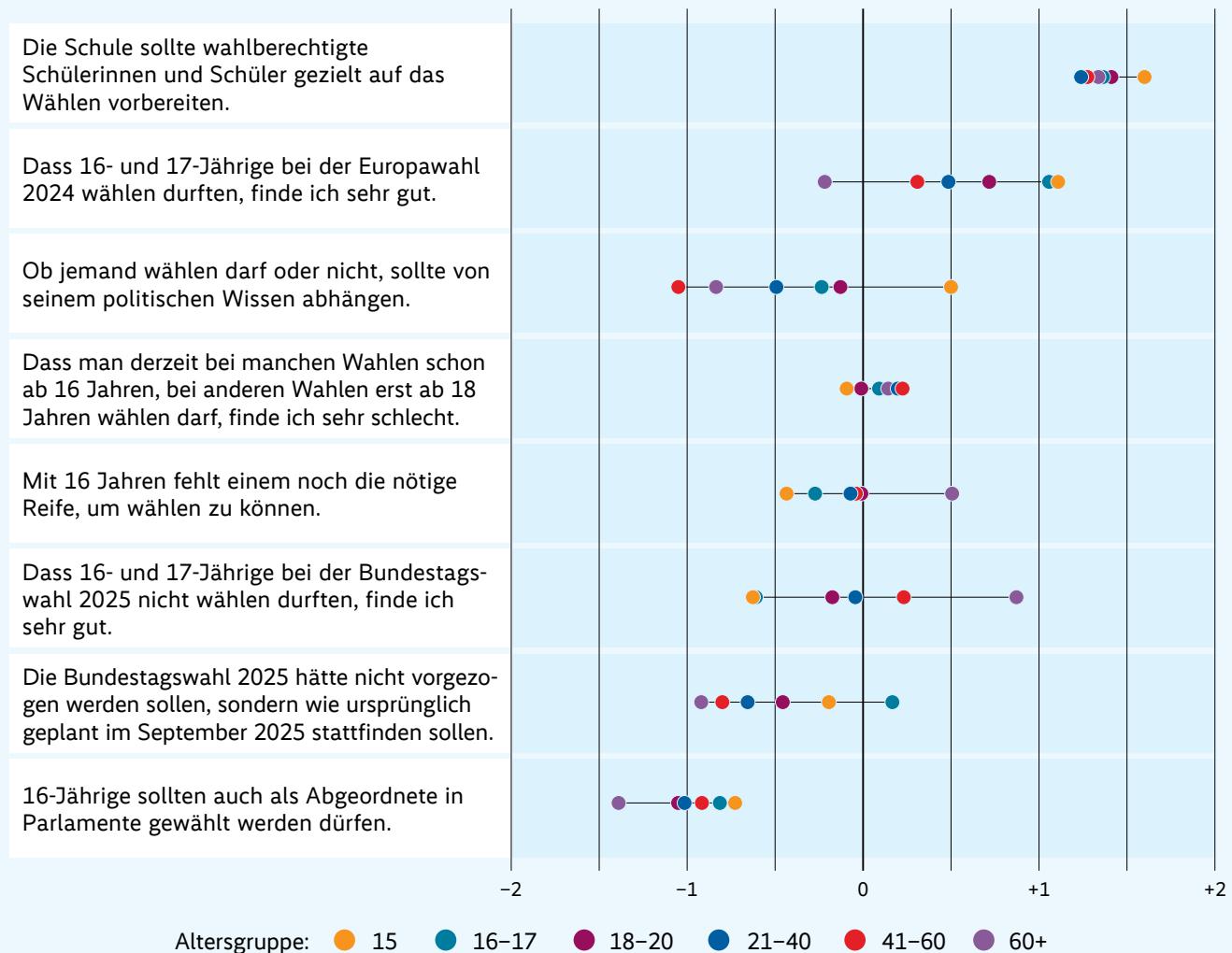
Die deutlichste Ablehnung findet die Aussage „16-Jährige sollten auch als Abgeordnete in Parlamente gewählt werden dürfen“. Reformvorschläge, die in diese Richtung ziehen und somit auch mögliche Änderungen der Altersgrenze beim passiven Wahlrecht in den Blick nehmen, werden

demnach von den Betroffenen selbst kaum unterstützt. Dabei ist dies in Baden-Württemberg zumindest auf kommunaler Ebene zwischenzeitlich möglich. Die Kraft des Faktischen fehlt hier offenkundig bislang; selbst für die Befragten aus Baden-Württemberg zeigen sich hier keine Unterschiede.

Schließlich sehen wir erneut ein bemerkenswertes Muster, wenn es um die Frage geht, ob die Bundestagswahl hätte vorgezogen werden sollen oder nicht. Insgesamt sind es hier die 16- und 17-Jährigen, die das Vorziehen besonders kritisch sehen. Aber hier können wir noch tiefer bohren und zeigen, dass gerade bei dieser Frage der vorgezogenen Neuwahl die eigene Betroffenheit eine zentrale Rolle spielt. Dass die Wahl nicht hätte vorgezogen werden sollen – dieser Meinung sind vor allem Befragte, die zwischen März

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter über alle Altersgruppen hinweg

Nur Berlin (Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Im Folgenden finden Sie einige Aussagen rund um das Wahlalter. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht.“ Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „Stimme überhaupt nicht zu“ (-2) und „Stimme voll und ganz zu“ (+2); Antwortkategorie „Weiß nicht“ hier ausgeschlossen.

und September 2007 geboren wurden. Das sind genau jene Befragten, die im September an der Bundestagswahl hätten teilnehmen dürfen, denen das aber beim vorgezogenen Termin der Bundestagswahl im Februar versagt blieb. Weder Befragte, die wenige Monate früher geboren wurden (und die damit auch schon im Februar wahlberechtigt waren), noch Befragte, die ein paar Monate später geboren wurden (und die damit weder im Februar noch im September hätten wählen dürfen), sehen das Vorziehen der Wahl ähnlich kritisch. Auch dieses Muster unterstreicht nochmals, dass junge Menschen sehr wohl um ihre (politische) Situation wissen und gerade der – unerwartete – Verlust des Wahlrechts sie nicht kalt lässt.

Abschließend wollen wir die Ergebnisse für junge Befragte nochmals ins Verhältnis zu den Ergebnissen, die über alle

Altersgruppen hinweg resultieren, setzen (was allerdings nur für Befragte aus Berlin möglich ist). Die entsprechenden Ergebnisse zeigt Abbildung 6. Dieser Vergleich fördert differenzierte Muster zutage. Das gilt weniger für die prominente Rolle, die der Schule in der Vorbereitung auf Wählen und Wählen zugeschrieben wird – dies gilt für Jung und Alt in gleichem Maße. Auch dass die Vorbehalte gegenüber einer Absenkung des Wahlgewalters mit dem eigenen Alter zunehmen, haben wir bereits gesehen und bestätigt sich hier erneut. Das Muster erstreckt sich auf alle weiteren einschlägigen Fragen, also sowohl bezogen auf die Europawahl mit „Wählen ab 16“ als auch die Bundestagswahl mit „Wählen ab 18“ wie auch die Frage, ob 16-Jährige bei Wahlen kandidieren sollten oder nicht. Auch sehen gerade Menschen 60+ nicht die nötige Reife bei 16- und 17-Jährigen.

Allerdings gibt es zu diesen Befunden auch einen bemerkenswerten Kontrast. Wenn wir nämlich nach der Bewertung eines „bedingten Wahlrechts“ fragen („Ob jemand wählen darf oder nicht, sollte von seinem politischen Wissen abhängen“), so können gerade 15-Jährige, aber auch insgesamt junge Menschen, dieser Idee eines bedingten Wahlrechts durchaus etwas abgewinnen. Dagegen findet die Aussage bei Menschen über 40 nur sehr geringe Zustimmung. Diese Gruppe möchte also ein unbedingtes Wahlrecht – wenn auch erst ab einem Alter von 18 Jahren.

3.3 Zwischenfazit

Festzuhalten bleibt somit an dieser Stelle: Das Wählen hat – auch – für junge Menschen einen hohen Wert, gerade wenn es um Bundestagswahlen geht. Wahlberechtigte junge Menschen haben sich gefreut, im Februar 2025 an der Wahl teilnehmen zu dürfen. Umgekehrt finden wir bei Nicht-Wahlberechtigten teils erheblichen Ärger darüber, dass sie außen vor bleiben mussten. Weiterhin hat sich gezeigt: Gerade die besonderen Umstände der Bundestagswahl 2025 haben diesbezüglich Spuren hinterlassen. Bei jungen Menschen, die beim regulären Wahltermin im September hätten wählen dürfen, beim vorgezogenen Wahltermin im Februar aber noch nicht alt genug waren, ist der Ärger besonders groß. Sie finden auch (im Gegensatz zu anderen Gruppen), dass das Vorziehen der Wahl – das sie letztlich ihre Wahlberechtigung gekostet hat – keine gute Idee war.

Ein erweiterter Blick auf das Wahlalter und damit verbundene Aspekte zeigt zudem, dass gerade bei 16- und 17-Jährigen die Unterstützung für ein auch bei Bundestagswahlen abgesenktes Wahlalter nochmals zugenommen hat. Bei Menschen, die selbst 18 Jahre alt oder älter sind, fällt die Unterstützung für ein niedrigeres Wahlalter hingegen eher gering aus. Gering ist in allen Gruppen auch die Unterstützung für eine Absenkung des passiven Wahlalters. Einig sind sich die Befragten dahingehend, dass die Schule junge Menschen auf Wahlen und Wählen vorbereiten sollte. Diese Forderung findet flächendeckend in allen hier betrachteten Gruppen sehr hohe Zustimmung.

4.

„Das habe ich auf TikTok gesehen“: Informationsumgebungen junger Menschen

Sowohl die Frage nach der Rolle der Schule als auch die Frage nach (und das Infragestellen) der Reife junger Menschen haben schon implizit den Aspekt berührt, was und wie viel junge Menschen eigentlich über Politik, Wahlen und Wählen wissen und ob sie in ausreichendem Maße mit politischen Informationen versorgt werden. Gerade im Kontext der Wahlen der jüngeren Vergangenheit spielte die Frage des Informationsverhaltens eine zentrale Rolle. Social Media und insbesondere TikTok wurden als zentrale Informationsquellen junger Menschen identifiziert, dabei medial häufig als defizitär dargestellt und letztlich für das besondere (überraschende?) Wahlverhalten junger Menschen

verantwortlich gemacht. Inwieweit und auf wen das tatsächlich zutrifft, wollen wir in diesem Kapitel in den Blick nehmen: Welche Informationsquellen nutzen junge Menschen rund um die Bundestagswahl, gerade auch bezogen auf soziale Netzwerkplattformen? Wer nutzt was? Und wie politisch ist das Ganze überhaupt?

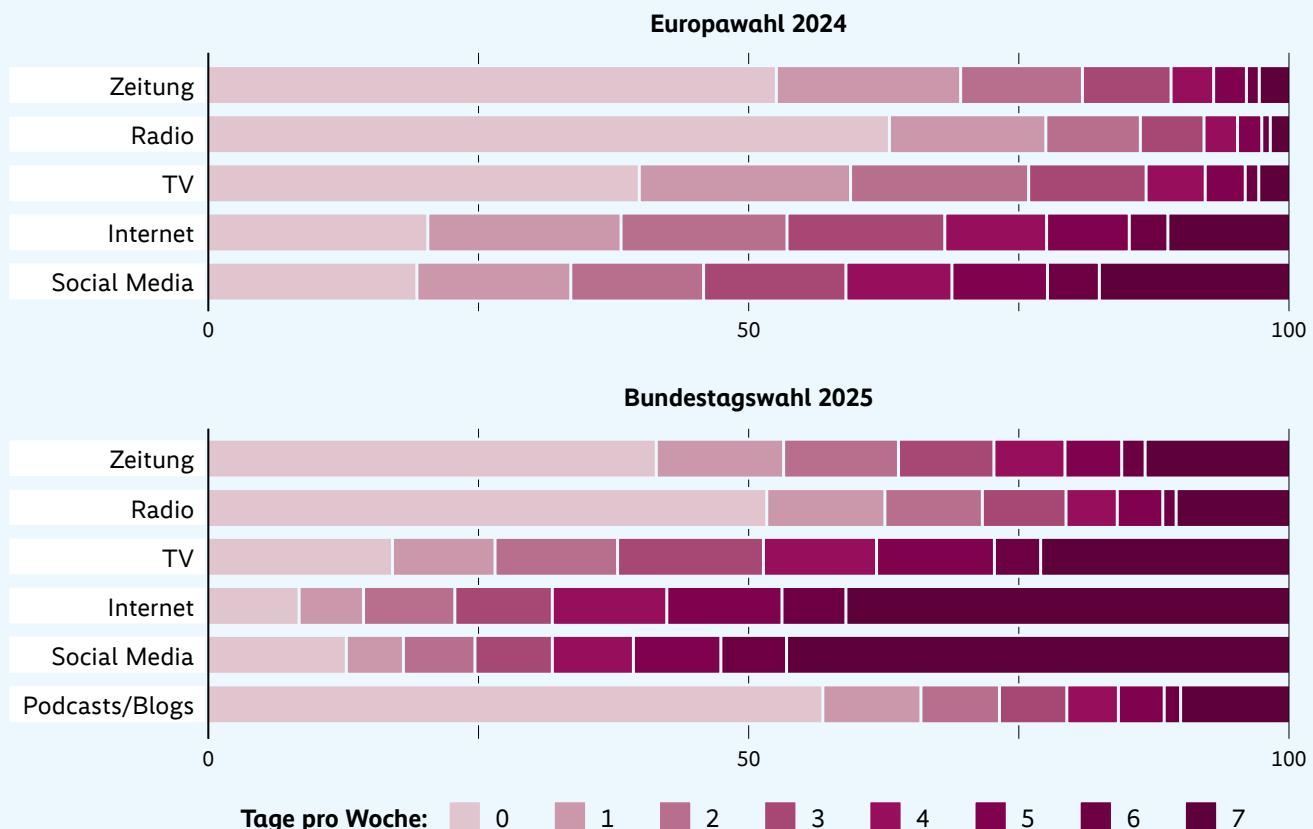
4.1 Informationsquellen im Vergleich

Im ersten Zugriff wollen wir mit wahlübergreifendem Blick betrachten, welche Informationskanäle – also Fernsehen,

Abb. 7

Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich

Verteilung auf einzelne Antwortkategorien (Tage pro Woche, in Prozent)

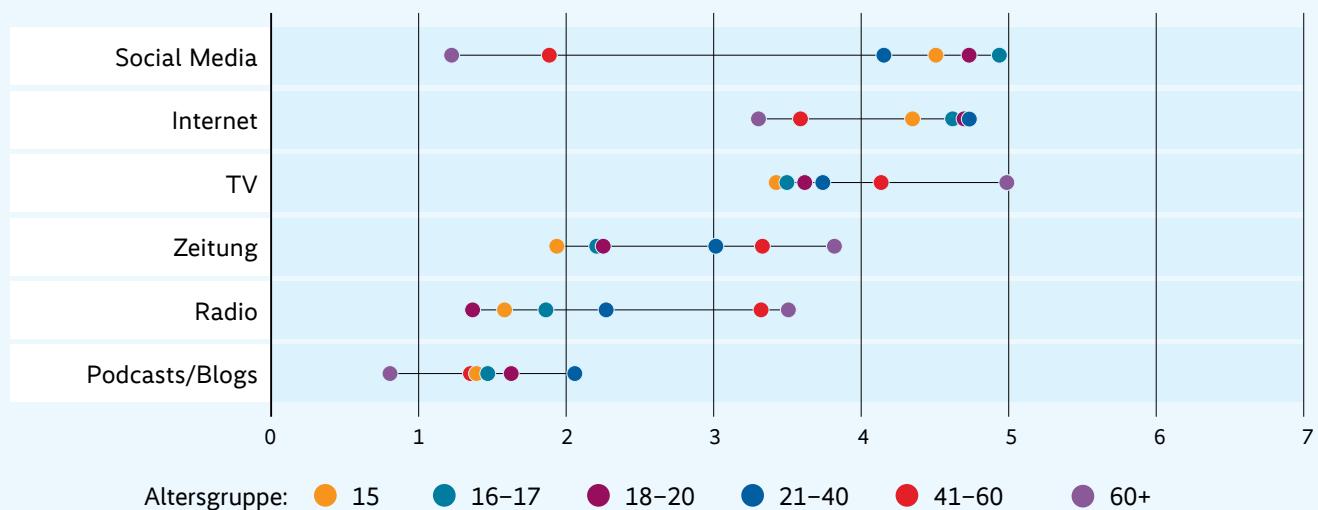


Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „An wie vielen Tagen in der vergangenen Woche/in der letzten Woche vor der Bundestagswahl haben Sie sich über folgende Informationsquellen über den Wahlkampf und die Parteien zur Europawahl/zur Bundestagswahl informiert?“

Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg

Nur Berlin (Mittelwerte, Skala: Tage pro Woche)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 7.

Zeitungen, Radio, digitale Medien – junge Menschen überhaupt nutzen und darüber mit politischen Informationen in Kontakt kommen. Abbildung 7 zeigt die entsprechenden Antwortverteilungen (erfasst in Tagen pro Woche) für die verschiedenen abgefragten Kanäle. Dass Radio und Zeitungen bei jungen Menschen nicht sehr gefragte Informationsquellen sind, Internet und Social Media dagegen schon, dürfte wenig überraschen. Bemerkenswert sind allerdings die Verschiebungen, die wir zwischen den Ergebnissen für das Europawahljahr 2024 und das Bundestagswahljahr 2025 finden. Über alle Kanäle hinweg zeigen sich 2025 deutlich höhere Nutzungsrationen. Sie schlagen sich insbesondere in einem höheren Anteil an Befragten, die die Maximalkategorie – sieben Tagen pro Woche – nennen, nieder. Das führt etwa bezogen auf das Fernsehen dazu, dass der Anteil politischer Fernsehnutzung „an sieben Tagen pro Woche“ rund um die Bundestagswahl höher ausfällt als „an keinem Tag pro Woche“. Das sah im vergangenen Jahr im Kontext der Europawahl noch gänzlich anders aus, wie aus der Abbildung ebenfalls hervorgeht. Die Ergebnisse für 2025 deuten darauf hin, dass der „Mediendruck“ – wie viel Politik gibt es überhaupt im Programm? – eine entscheidende Rolle spielt. Und dieser Druck ist eben in einem Bundestagswahljahr um ein Vielfaches höher als in einem Europawahljahr, mit entsprechenden Konsequenzen für die Informationslandschaft und die Reichweite von Informationen.

Dieses Muster zeigt sich ebenfalls für digitale Medien. So-wohl die Versorgung allgemein via Internet als auch speziell über Social Media ist 2025 deutlich umfänglicher als noch 2024. Fast 50 Prozent berichten im Nachgang zur

Bundestagswahl von täglicher (politischer) Informationsversorgung via Social Media; 2024 waren es gerade einmal rund 15 Prozent. Damit wird nochmals deutlich, dass sich über die Reichweite dieser Informationskanäle nur bedingt pauschal urteilen lässt, da der Kontext eine entscheidende Rolle spielt: Wie viel Politik gibt es jeweils auf den Kanälen?

Auch die letzte Teilgrafik in Abbildung 7 gilt es zu beachten. Mitunter werden Blogs und vor allem Podcasts als neue Massenmedien junger Menschen dargestellt. Dem ist aber nicht so. Der Anteil der Befragten, die Blogs und Podcasts nie nutzen (und dies selbst in einem offenkundig sehr politischen Umfeld wie der Bundestagswahl 2025), liegt sogar höher als der analoge Anteil für Zeitungen und Radio. Letztlich ist es sogar der höchste Anteil an Nichtnutzung, der insgesamt über die hier betrachteten Quellen hinweg zu verzeichnen ist!

Weitergehende Analysen zeigen, dass die eben skizzierten Muster auch in Teilgruppen junger Menschen – nach Alter, Bildung, Geschlecht, Wohnkontext – sehr ähnlich ausfallen. Fundamentale Unterschiede zeigen sich erst, wenn wir die Betrachtung für die Berliner Teilstudie auf die Bevölkerung bis 80 Jahre ausweiten (Abbildung 8). Die geringsten Unterschiede über alle Altersgruppen hinweg finden sich noch für das Fernsehen und global das Internet, wobei gerade bei Letzterem natürlich offenbleibt, welche digitalen Angebote die Befragten nutzen. Dem guten alten Fernsehen gelingt es demnach am ehesten, rund um eine Bundestagswahl breit in die Bevölkerung hineinzureichen.

Massive Unterschiede sehen wir bei den anderen Informationsquellen. Bei Zeitungen und Radio verzeichnen wir eine mit dem Alter deutlich ansteigende politische Nutzung (beim Radio noch dazu mit einem großen Sprung ab einem Alter von 40). Umgekehrt bleibt die Reichweite von Social Media in diese älteren Gruppen hinein bescheiden, während sich bei Menschen bis 40 Jahre eine Nutzung an vier bis fünf Tagen pro Woche (im Mittel) zeigt. Blogs/Podcasts erreichen in keiner Gruppe wirklich eine flächendeckend hohe Reichweite; am ehesten noch in der Gruppe der 21- bis 40-Jährigen (allerdings auch dort nur mit einem mittleren Wert von zwei Tagen pro Woche).

Bei alldem gilt es zu bedenken, dass die verschiedenen bislang verwendeten Kategorien – Fernsehen, Internet, Social Media – in sich höchst heterogen sind. Mindestens mit Blick auf Social Media wollen wir dies im nächsten Schritt ein wenig auffächern und auf die Ebene einzelner Plattformen wechseln, was Nutzung, aber auch politischen Content dort betrifft.

4.2 Social-Media-Plattformen

4.2.1 Reichweite der Plattformen

Um die Relevanz, aber auch die potenzielle Wirkung sozialer Netzwerkplattformen im Bundestagswahlkampf 2025 einschätzen zu können, gerade auch im Vergleich zur Euro-

pawahl 2024, gehen wir in mehreren Schritten vor. Zunächst gilt es im Sinne einer notwendigen Bedingung zu betrachten, wer überhaupt welche Plattformen nutzt, ehe wir im nächsten Schritt fragen, inwieweit (junge) Menschen auf den von ihnen genutzten Plattformen mit politischen Inhalten in Kontakt kommen. Schließlich nehmen wir im letzten Schritt eine parteipolitische Dimension in den Blick: Welchen Parteien begegnen junge Menschen dort eigentlich und in welcher Art und Weise?

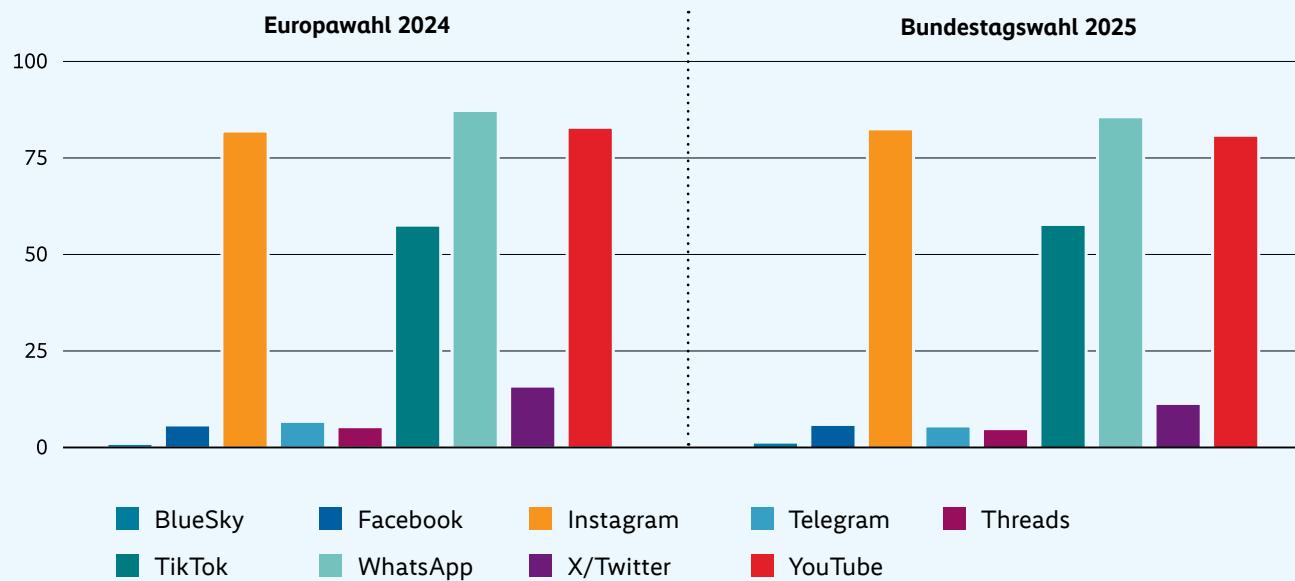
Schauen wir also auf die Nutzungsmuster sozialer Netzwerkplattformen – und zwar im ersten Schritt gänzlich unabhängig von der Frage, ob eine etwaige Nutzung politisch ist oder nicht. Abbildung 9 zeigt die entsprechenden Befunde zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich zur Europawahl 2024. Allerdings fördert dieser Vergleich kaum merkbare Unterschiede zutage. Einzig für die Nutzung von X/Twitter sehen wir eine rückläufige Tendenz, wenn auch auf insgesamt niedrigem Niveau – die Plattform war und ist letztlich eine Nischenplattform, von der sich nun einige Nutzer:innen abgewendet haben. Zumindest für die hier im Fokus stehende junge Zielgruppe gilt auch für BlueSky, Facebook, Telegram und Threads: Sie spielen kaum eine Rolle. Es dominieren WhatsApp, Instagram, YouTube und – mit etwas Abstand – TikTok. Das war 2024 so und gilt 2025 weiter.

Angesichts der Debatte rund um TikTok wollen wir an dieser Stelle die Nutzungsmuster in bestimmten Teilgruppen

Abb. 9

Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich

(Anteilswerte, in Prozent)

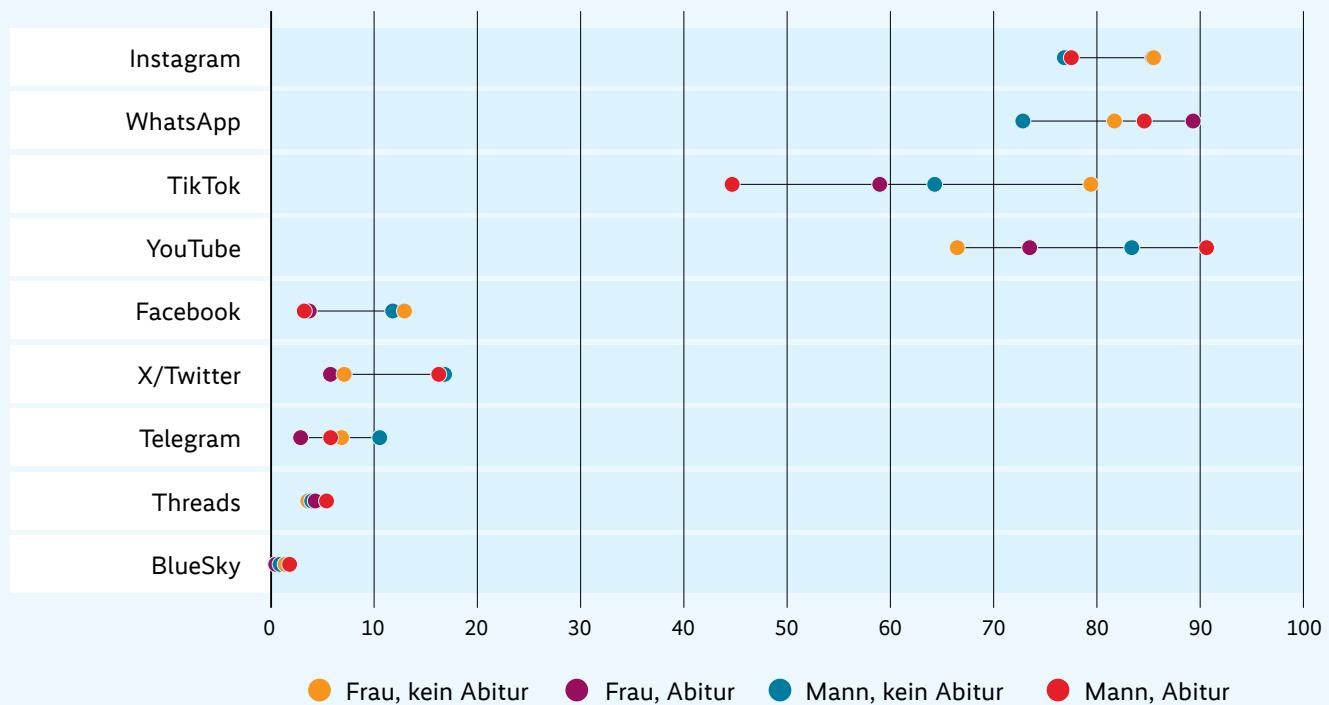


Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Nun wüssten wir gerne von Ihnen, welche der folgenden sozialen Medien Sie gelegentlich oder regelmäßig nutzen. Bitte kreuzen Sie alle an, die Sie gelegentlich oder regelmäßig nutzen.“

Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 nach Geschlecht und formaler Bildung

(Anteilswerte, in Prozent)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 9.

betrachten. Abbildung 10 zeigt die Nutzung der verschiedenen Plattformen (bei 15- bis 20-Jährigen) getrennt nach formaler Bildung und Geschlecht. Tatsächlich zeigen sich für beide Merkmale – gerade auch in ihrer gemeinsamen Betrachtung – teils gravierende Unterschiede. Die größte Spannweite sehen wir bei TikTok. Frauen, die das Abitur weder haben noch anstreben, nutzen das Netzwerk besonders häufig; mit einem Abstand folgt dann die analoge Gruppe junger Männer. Die geringste Nutzung (mit knapp unter 50 Prozent) findet sich bei jungen Männern mit formal hoher Bildung. Dagegen liegt diese Gruppe bei YouTube ganz vorne, gefolgt von jungen Männern, die kein Abitur haben oder anstreben. Frauen dagegen sind YouTube weniger zugeneigt. Männlich dominiert ist auch X/Twitter. Bei Facebook, Telegram und WhatsApp sehen wir weniger Geschlechter-, sondern eher Bildungsunterschiede, wenn auch nicht in gleicher Richtung: Bei WhatsApp ist die Nutzung bei jungen Menschen mit formal hoher Bildung stärker, bei Facebook und Telegram zeigt sich der Bildungsunterschied in umgekehrter Richtung. Bei Instagram sehen wir einen Gendergap (allerdings ohne Bildungseffekte): Frauen nutzen diese Plattform (noch) häufiger als Männer.

Die Muster fallen also sehr unterschiedlich aus – durchaus typisch für sich wechselseitig verstärkende Netzwerke. Festzuhalten bleibt aber mit Blick auf TikTok dessen Reich-

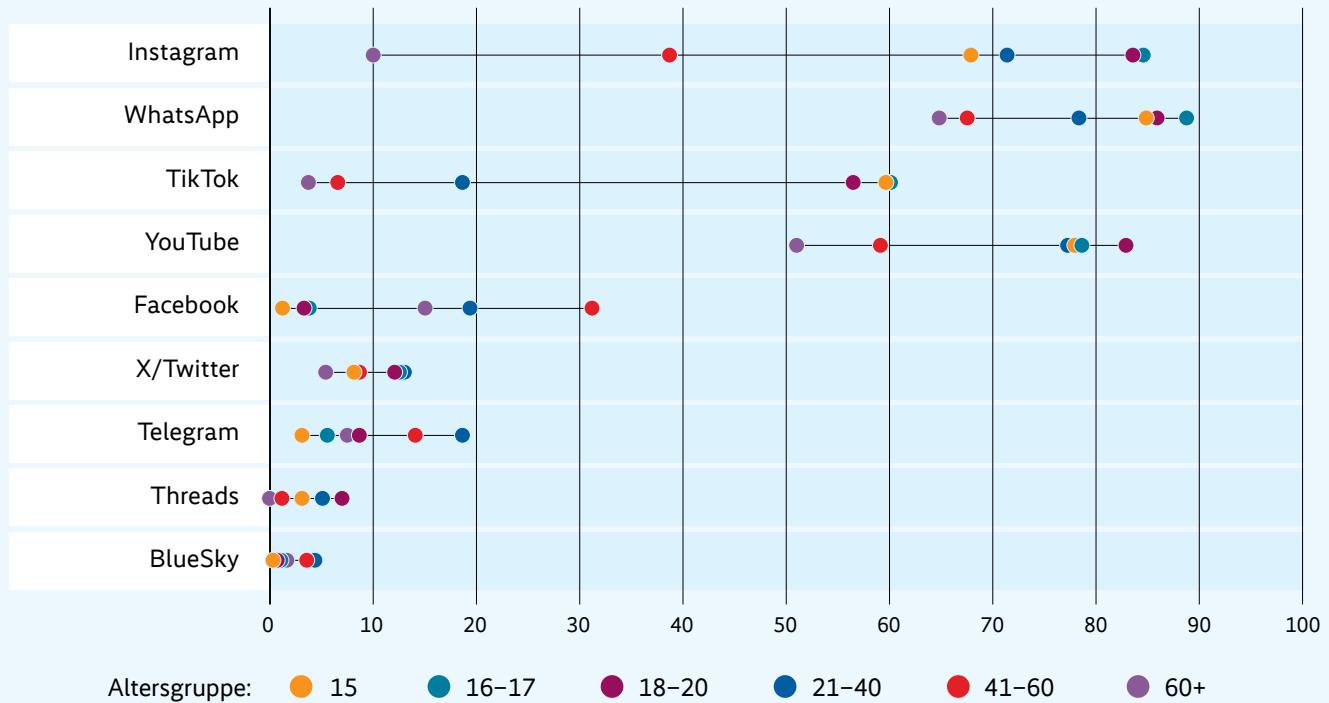
weite gerade in Kreise junger Menschen hinein, die kein Abitur haben oder anstreben. Dieses Muster findet sich sonst nur bei Facebook, allerdings auf einem weitaus niedrigeren Niveau.

Alterseffekte haben wir bislang außen vor gelassen. Wir wollen uns diesen im letzten Schritt nähern, indem wir auf die Berliner Teilstichprobe zurückgreifen und somit das ganze Altersspektrum betrachten können – verbunden mit dem Hinweis, dass die dort für junge Menschen zwischen 15 und 20 Jahren resultierenden Muster sehr ähnlich zu den Ergebnissen sind, die für diese Gruppe auch jenseits von Berlin resultieren (Abbildung 11).

In der Tendenz sieht man – gerade bei den großen Plattformen –, dass die Jüngeren die stärksten Nutzer:innen sind. Bei TikTok ist diese Lücke besonders markant: Hier liegen schon die 18- bis 20-Jährigen mit ihrer Nutzungsrate leicht hinter den noch jüngeren 15- bis 17-Jährigen. Danach tut sich eine riesige Lücke zu den 21- bis 40-Jährigen auf. Für noch ältere Berliner:innen spielt TikTok praktisch keine Rolle. Die digitale TikTok-Welt ist derzeit noch generational getrennt. Bei Instagram sieht das Ganze ähnlich aus, wenn auch etwas weniger pointiert. Zudem liegen die 15-Jährigen hier deutlich hinter den 16- bis 20- und sogar hinter den 21- bis 40-Jährigen. Zwar ist der für 15-Jährige resul-

Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg

Nur Berlin (Anteilswerte, in Prozent)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 9.

tierende Anteilswert für Instagram trotzdem noch höher als bei TikTok, aber der Zug der Zeit fährt bei den Jüngsten offenbar in Richtung TikTok. Auch WhatsApp wird von den Jüngsten stärker genutzt als von Älteren, die bei WhatsApp aber weniger weit zurückliegen. Ähnlich ist es bei YouTube. Hier fällt zusätzlich auf, dass die 18- bis 20-Jährigen sichtbar vor den Jüngeren liegen. Die anderen Netzwerke spielen für junge Menschen in der Breite praktisch keine Rolle. Daher sei nur erwähnt, dass gerade bei Facebook (und auch Telegram) eine besonders starke Nutzung bei „Middle Agern“ zu verzeichnen ist.

4.2.2 Politikgehalt der Plattformen

In der bisherigen Betrachtung spielte Politik keine Rolle; es ging im Sinne einer notwendigen Bedingung ausschließlich um die Nutzung der Plattformen. Politische Wirkung können die Plattformen aber nur entfalten, wenn dort auch politische Inhalte präsent sind.

Tatsächlich zeigen sich auch in dieser Hinsicht gravierende Unterschiede zwischen den verschiedenen Plattformen. Im

Lichte der Ergebnisse aus dem vorherigen Teilkapitel konzentrieren wir uns hier im ersten Schritt auf Instagram, TikTok, WhatsApp, YouTube und – weil es in Deutschland stets als sehr „politisches“ Netzwerk galt und gilt – X/Twitter: Wie häufig haben die Beiträge, die junge Menschen auf den von ihnen genutzten Plattformen sehen, einen Bezug zu Politiker:innen, Parteien oder politischen Themen zur Bundestagswahl bzw. zur Europawahl? So lautete im Kern die Frage, die wir in beiden Jugendstudien gestellt haben. Die in Abbildung 12 dargestellten Ergebnisse zeigen auf der einen Seite WhatsApp als eine Plattform, auf der politische Inhalte rar bis nicht existent sind.⁶ Bei YouTube und Instagram sehen wir im Vergleich dazu eine etwas stärkere Präsenz politischer Inhalte. Noch politischer ist X/Twitter – gleichwohl ist selbst diese gemeinhin als „politisch“ gelobte Plattform weniger politisch als TikTok. Es sind die Nutzer:innen von TikTok, die von der mit Abstand stärksten Präsenz politischer Inhalte berichten!

Darüber hinaus sehen wir deutliche Verschiebungen zwischen der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025: Bei YouTube verschiebt sich die am häufigsten genannte

⁶ Dabei darf man nicht vergessen, dass junge Menschen WhatsApp anders nutzen als Ältere, weil sie viel stärker auf „Kanäle“ und „Communities“ zurückgreifen. Damit ähnelt WhatsApp viel stärker einer Social-Media-Plattform und geht weit über einen reinen Messenger-Dienst hinaus – ohne dass damit aber der Politikgehalt ansteigen würde.

Kategorie von „nie“ (bei der Europawahl) zu „manchmal“ (bei der Bundestagswahl), bei Instagram von „manchmal“ zu „häufig“ und bei X/Twitter und TikTok sogar zu „sehr häufig“.

Die bisherige Betrachtung basiert dabei ausschließlich auf den Nutzer:innen der jeweiligen Plattformen. Das führt dazu, dass X/Twitter und TikTok in ähnlicher Weise als sehr politische Netzwerke erscheinen – dabei werden die beiden Netzwerke von jungen Menschen aber in höchst unterschiedlichem Ausmaß genutzt. Um die politische Bedeutung der verschiedenen Plattformen für eine Gruppe insgesamt einschätzen zu können, bedarf es einer integrierten Betrachtung von Reichweite und Häufigkeit politischer Beiträge. In Abbildung 13 sind für die genannten Plattformen jeweils zwei Mittelwerte für die Häufigkeit politischer Beiträge abgetragen – einmal bezogen ausschließlich auf die Nutzer:innen der jeweiligen Plattformen, einmal bezogen auf die Gruppe junger Menschen insgesamt. Den Nichtnutzer:innen der jeweiligen Plattformen wird dabei nachträglich ein Wert von null zugewiesen. Eigentlich wurden sie aufgrund ihrer Nichtnutzung einer Plattform gar nicht erst nach der dortigen Häufigkeit politischer Beiträge gefragt. Der Wert null steht aber dafür, dass eine befragte Person

„nie“ politische Beiträge dort sieht – und das ist für Nichtnutzer:innen ja auch der Fall.

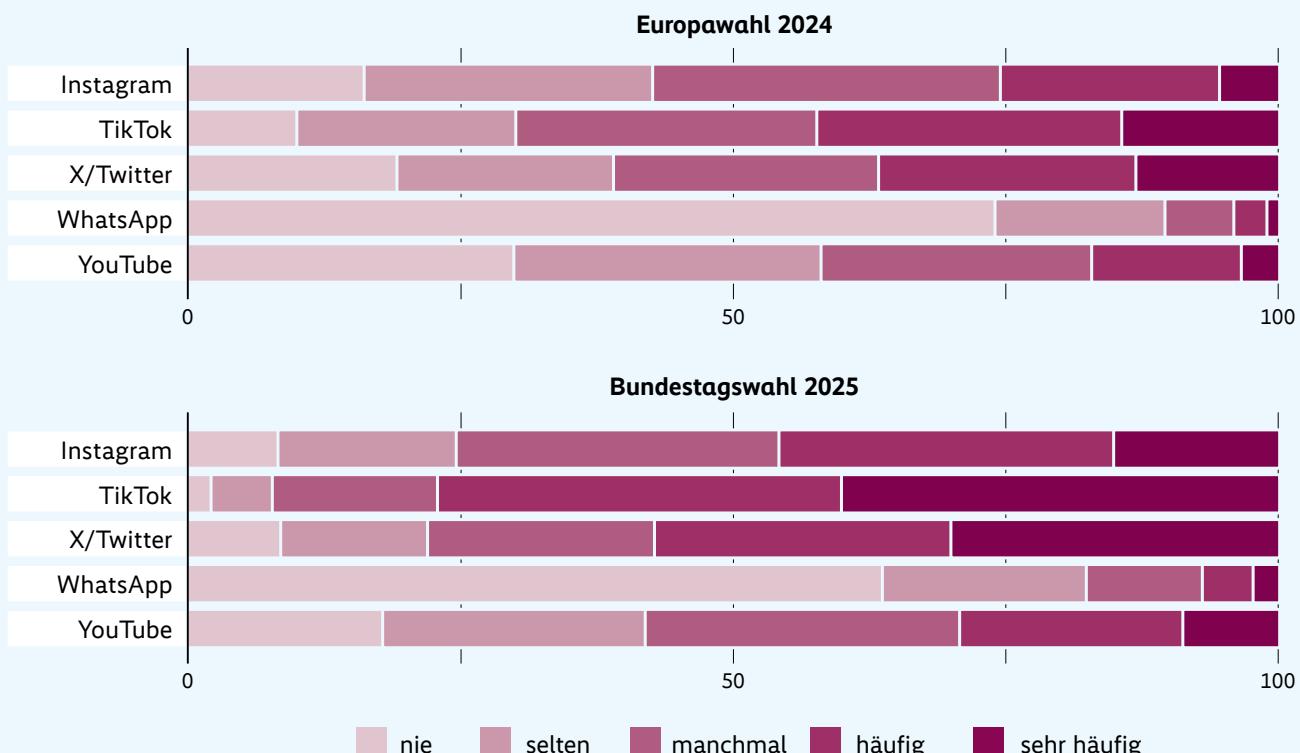
Der gravierendste Unterschied ergibt sich bei dieser Betrachtung – natürlich – für X/Twitter ob seiner geringen Reichweite. Die X-Nutzer:innen sehen zwar recht viel Politik in ihren jeweiligen Feeds. Da es aber nur wenige von ihnen gibt, ist die Relevanz des Kanals insgesamt gering. Für die betrachtete Gruppe junger Menschen insgesamt ist der resultierende Mittelwert somit sehr nah an der Kategorie „nie“. Auch für TikTok geht die Relevanz bei zusätzlicher Betrachtung der Reichweite stärker zurück als bei Instagram, YouTube und WhatsApp, weil die Reichweite im Vergleich noch etwas geringer ausfällt. In der Gesamtschau liegen Instagram und TikTok sehr nah beieinander an der Spitze: Instagram mit im Vergleich größerer Reichweite, TikTok mit im Vergleich höherem Politikgehalt. YouTube liegt auf Platz drei, WhatsApp weit abgeschlagen dahinter.

Wir haben oben gesehen, dass die Reichweite der einzelnen Plattformen in verschiedene Gruppen junger Menschen hinein unterschiedlich ist, weswegen wir dieses Teilkapitel mit einem Blick in diese Teilgruppen beschließen wollen. Im oberen Teil von Abbildung 14 werden 15-Jährige mit

Abb. 12

Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich

(Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)

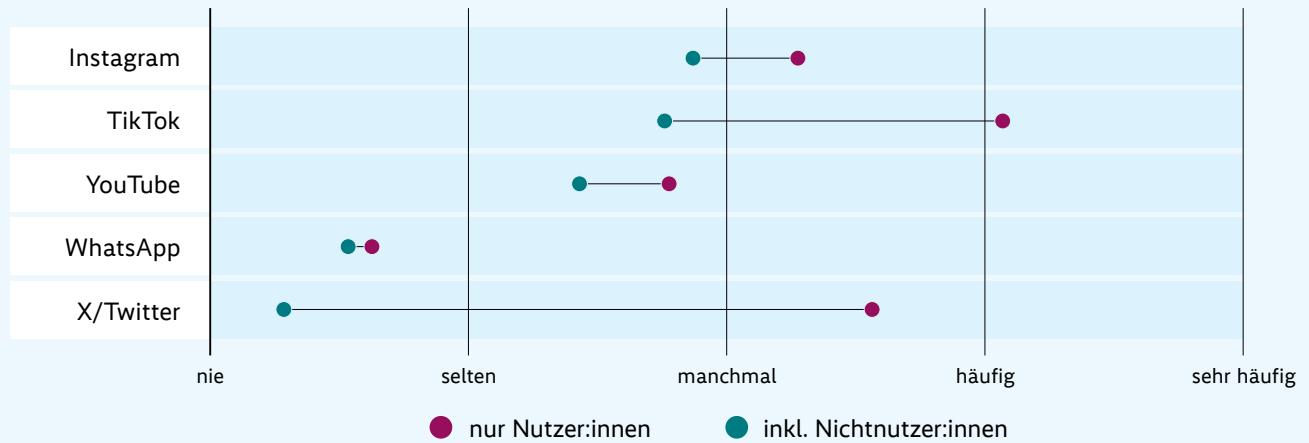


Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung; nur Befragte, die die jeweilige Plattform nutzen.

Frageformulierung: „Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche/in der letzten Woche vor der Bundestagswahl gesehen haben: Wie häufig hatten diese einen Bezug zu Politikerinnen und Politikern, Parteien oder politischen Themen zur Bundestagswahl/Europawahl?“

Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Bundestagswahl 2025

(Mittelwerte)

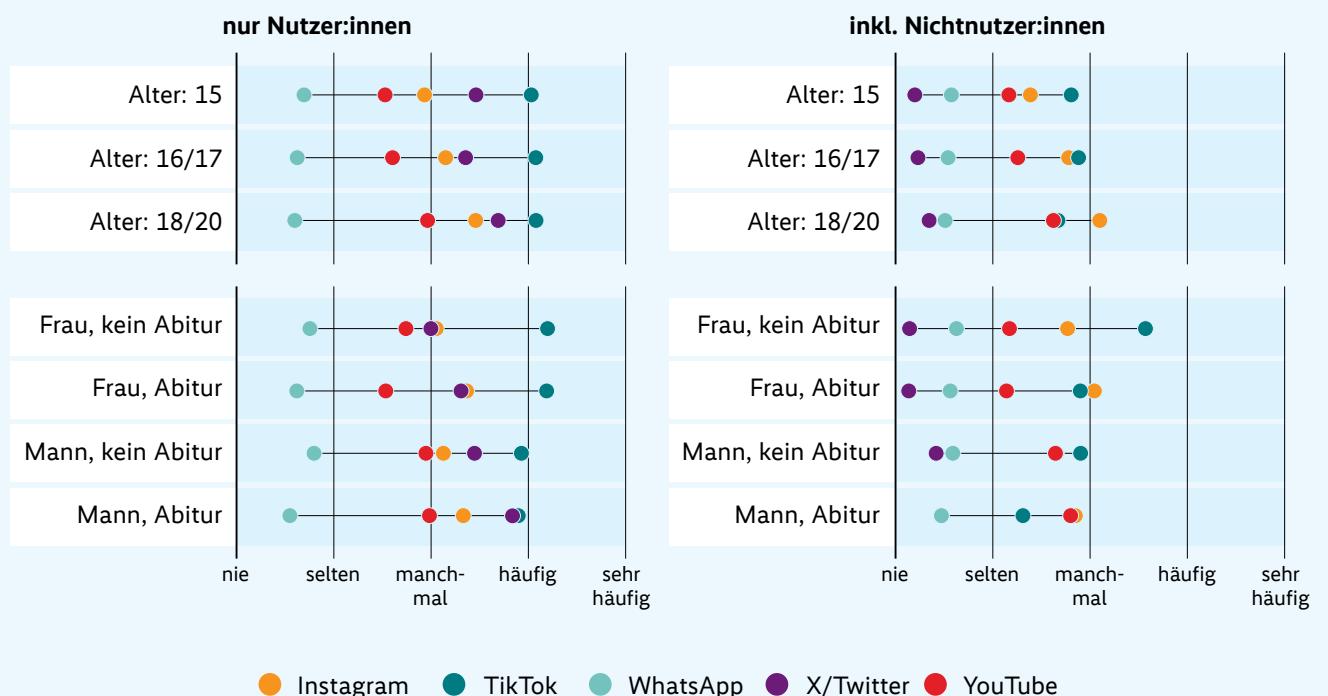


Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 12. Hinweis: Die in Grün dargestellten Mittelwerte ergeben sich, wenn man die Häufigkeit politischer Beiträge für Befragte, die die jeweilige Plattform nicht nutzen, auf „nie“ (0) setzt.

Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Bundestagswahl 2025 nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung

(Mittelwerte)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 12. Hinweis: Die Mittelwerte der rechten Grafiken ergeben sich, wenn man die Häufigkeit politischer Beiträge für Befragte, die die jeweilige Plattform nicht nutzen, auf „nie“ (0) setzt.

16- bis 17- sowie 18- bis 20-Jährigen zur Bundestagswahl 2025 verglichen. Dabei fördert der Blick nur auf die Nutzer:innen der verschiedenen Plattformen im linken Teil der Grafik interessante Unterschiede zutage. Gerade für Instagram und YouTube berichten die jeweiligen Nutzer:innen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren von mehr politischen Beiträgen als die jüngeren Nutzer:innen, was sich so bei den anderen Plattformen nicht zeigt. Ob dies auf Targeting-Bemühungen der Parteien (Wahlberechtigte!), ein unterschiedliches altersabhängiges Nutzungsverhalten oder aber einen Einfluss des Algorithmus hinweist, muss an dieser Stelle offenbleiben, da unsere Daten keine Möglichkeit bieten, dem zugrundeliegenden Mechanismus hinter diesem Muster nachzugehen.

Noch bemerkenswerter ist der Blick auf die rechte Seite der Abbildung, die die Ergebnisse bei integrierter Betrachtung von Reichweite und Häufigkeit politischer Beiträge zeigt. TikTok liegt dann nämlich bei den Jüngsten auf Platz eins, während bei den 18- bis 20-Jährigen Instagram aufgrund seiner (noch) größeren Reichweite an der Spitze steht.

Im unteren Teil der Abbildung schließlich werden die Ergebnisse – analog zur Betrachtung bei der Reichweite – simultan nach Geschlecht und Bildung differenziert betrachtet. Auf der linken Seite wird dabei erneut deutlich, dass es gewisse Unterschiede bei der Betrachtung von Nutzer:innen der Plattformen gibt, was den Politikgehalt der angezeigten Posts betrifft: Frauen sehen mehr Politik auf TikTok als Männer – umgekehrt werden gerade junge Männer mit formal hoher Bildung auf X/Twitter stärker mit Politik versorgt. Auch YouTube ist für Männer politischer als für Frauen.⁷

Bemerkenswerter sind erneut die Ergebnisse auf der rechten Seite, in die auch Nichtnutzer:innen einfließen. Dabei zeigt sich im Ergebnis: Für junge Frauen, die kein Abitur haben oder anstreben, resultiert bei TikTok der mit Abstand höchste Mittelwert, was den Politikgehalt ihrer Social-Media-Inhalte betrifft. Das gilt auch für die Gruppe junger Männer mit vergleichbarer formaler Bildung. Auch hier liegt TikTok vorne. Damit bestätigt sich das besondere Potenzial von TikTok, junge Menschen, die kein Abitur haben oder anstreben, zu erreichen und mit politischen Inhalten zu versorgen. Wenn man bedenkt, wie schwierig es ist, in diese Gruppen mit politischen Inhalten vorzudringen, ist dies ein bemerkenswertes Muster!

4.2.3 Parteipolitische Muster auf den Plattformen

Im dritten und letzten Schritt unserer Analyse der Relevanz von Social-Media-Plattformen im Wahlkampf 2025 wollen wir betrachten, ob es für junge Menschen auf den von ih-

nen genutzten Plattformen bestimmte parteipolitische Muster gibt. Wir wollen nachvollziehen, ob einzelne Parteien dort in besonderer Weise herausragen. Dazu können wir an unsere Analysen zur Europawahl 2024 anknüpfen, als wir alle Social-Media-Nutzer:innen gefragt haben, ob bestimmte Parteien in den jeweiligen Feeds besonders häufig vorkamen – gegebenenfalls gefolgt von der Nachfrage danach, um welche Partei es sich dabei handelte. In der neuen Auflage der Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025 haben wir zusätzlich gefragt, ob – und gegebenenfalls welche – Parteien besonders positiv erscheinen. Die Teilnehmenden wurden dabei entweder nach besonders häufig vorkommenden oder aber nach besonders positiv dargestellten Parteien gefragt, aber nicht nach beidem.⁸ Die Verteilung der Antworten auf beide Fragen zeigt Abbildung 15, links bezogen auf die Frage, ob es überhaupt hervorstechende Parteien gibt, rechts bezogen auf die Frage, um welche Partei – sofern es eine hervorstechende Partei gibt – es sich dabei handelt.

Tatsächlich gibt es aus Sicht der Befragten jeweils Parteien, die entweder besonders häufig (oben) oder besonders positiv (unten) in ihren sozialen Netzwerken vorkommen. Bezogen auf die Häufigkeit fällt zudem auf, dass diese Frage – trotz eines intensiveren Wahlkampfs aller Parteien rund um die Bundestagswahl im Vergleich zur Europawahl – zur Bundestagswahl noch häufiger mit „Ja“ beantwortet wird als im Vorjahr zur Europawahl: Knapp 80 Prozent der befragten jungen Menschen nehmen Parteien wahr, die besonders häufig auftauchen. Für die Frage nach einer positiven Darstellung fehlen Vergleichswerte zur Europawahl, weil wir diese Frage 2025 neu aufgenommen haben. Im Ergebnis sehen wir hier: Rund zwei Drittel der Befragten sehen Parteien, die besonders positiv dargestellt werden – also auch hier bemerkenswert viele, wenn auch etwas weniger als bei der Frage nach der Häufigkeit.

Daran schließt sich natürlich unmittelbar die Frage an: Welche Parteien sind es, die besonders häufig bzw. besonders positiv auf Social Media vertreten sind? Bemerkenswert ist diesbezüglich einerseits, auf wie wenige Parteien sich die Antworten letztlich konzentrieren, andererseits aber auch die Verschiebung, die sich zwischen 2024 und 2025 bezogen auf die Frage nach der Häufigkeit zeigt. 2024 dominierte klar die AfD: Zwei Drittel der Befragten nahmen die AfD besonders häufig in den Beiträgen auf ihren sozialen Netzwerkplattformen wahr. Keine andere Partei konnte ihr diesbezüglich auch nur annähernd Konkurrenz machen. 2025 dagegen liegen AfD und Linke mit jeweils rund 40 Prozent der Nennungen bezogen auf die Häufigkeit sehr nah beieinander. Wenn man anstelle der Häufigkeit danach fragt, welche Partei denn in besonders

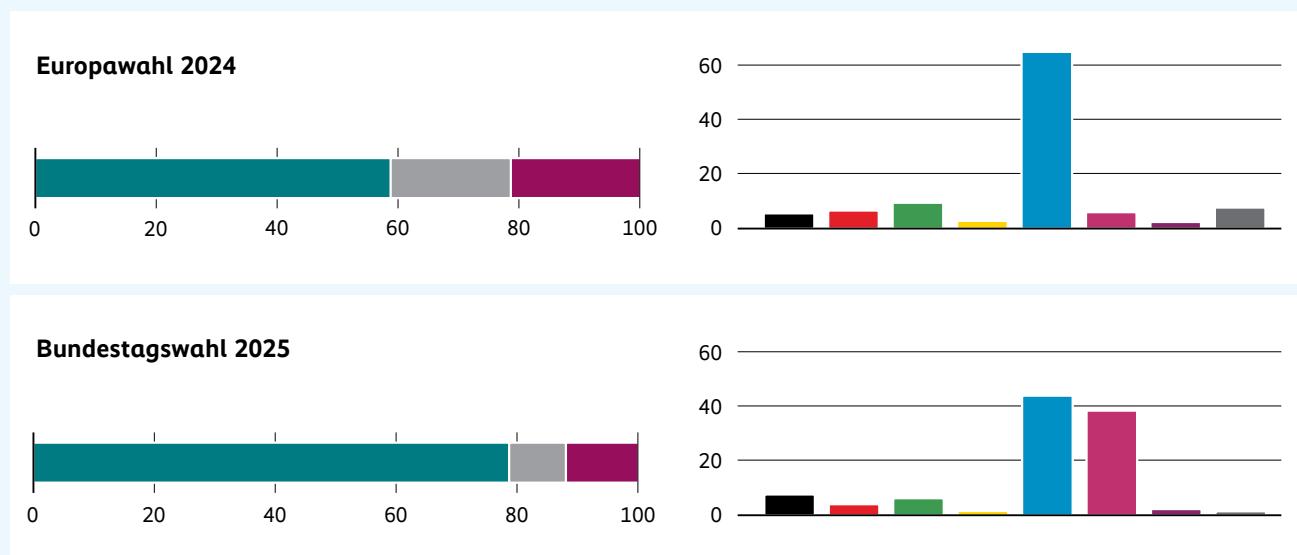
⁷ Das zeigt sich übrigens auch, wenn man für die Berliner Stichprobe das gesamte Altersspektrum betrachtet: X/Twitter ist demnach gerade bei Nutzer:innen zwischen 40 und 60 Jahren besonders politisch, Instagram und YouTube in der darunterliegenden Altersstufe.

⁸ In beiden Studien haben wir auch die Frage nach den konkreten Parteien in zweierlei Weise gestellt: In der ersten Variante haben wir nach der einen Partei, die besonders häufig oder besonders positiv auftaucht, gefragt. In der zweiten Variante haben wir die Möglichkeit von Mehrfachantworten zugelassen, sodass gegebenenfalls mehrere Parteien genannt werden konnten. Da die resultierenden Muster für beide Fragevarianten aber schon 2024 sehr ähnlich waren und sich dies auch 2025 bestätigt, beschränken wir uns hier auf die Frage nach der einen häufigsten oder am positivsten dargestellten Partei.

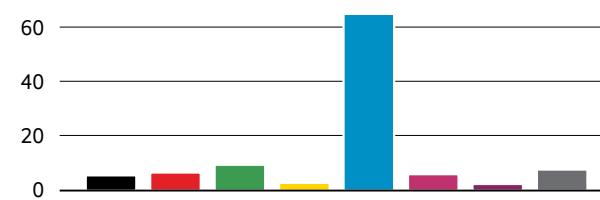
Parteipolitische Wahrnehmungen politischer Social-Media-Inhalte bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich

(Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)

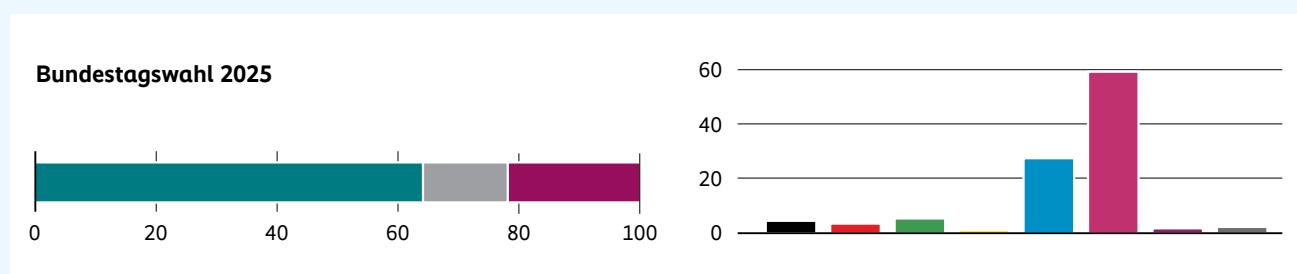
Gibt es besonders häufig vertretene Parteien?



Wenn ja, welche?



Gibt es besonders positiv dargestellte Parteien?



Wenn ja, welche?

■ Ja ■ Weiß nicht ■ Nein

■ Union ■ SPD ■ Grüne ■ FDP
■ AfD ■ Linke ■ BSW ■ andere

Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung, nur Befragte, die mindestens eine Social-Media-Plattform nutzen.

Frageformulierung: „Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der vergangenen Woche/in der letzten Woche vor der Europawahl/Bundestagswahl gesehen haben: Kamen dort bestimmte Parteien besonders häufig vor?“; [falls ja:] „Und welche Partei kam am häufigsten vor?“ bzw. „Wenn Sie einmal an die Beiträge denken, die Sie in Ihren sozialen Netzwerken in der letzten Woche vor der Bundestagswahl gesehen haben: Kamen dort bestimmte Parteien in besonders positiver Weise vor?“; [falls ja:] „Und welche Partei wurde dort besonders positiv dargestellt?“

positiver Weise auftaucht, liegt die Linke sogar mit rund 60 Prozent klar vorne – deutlich vor der AfD auf Platz zwei (mit rund 25 Prozent). Andere Parteien spielen kaum eine Rolle.

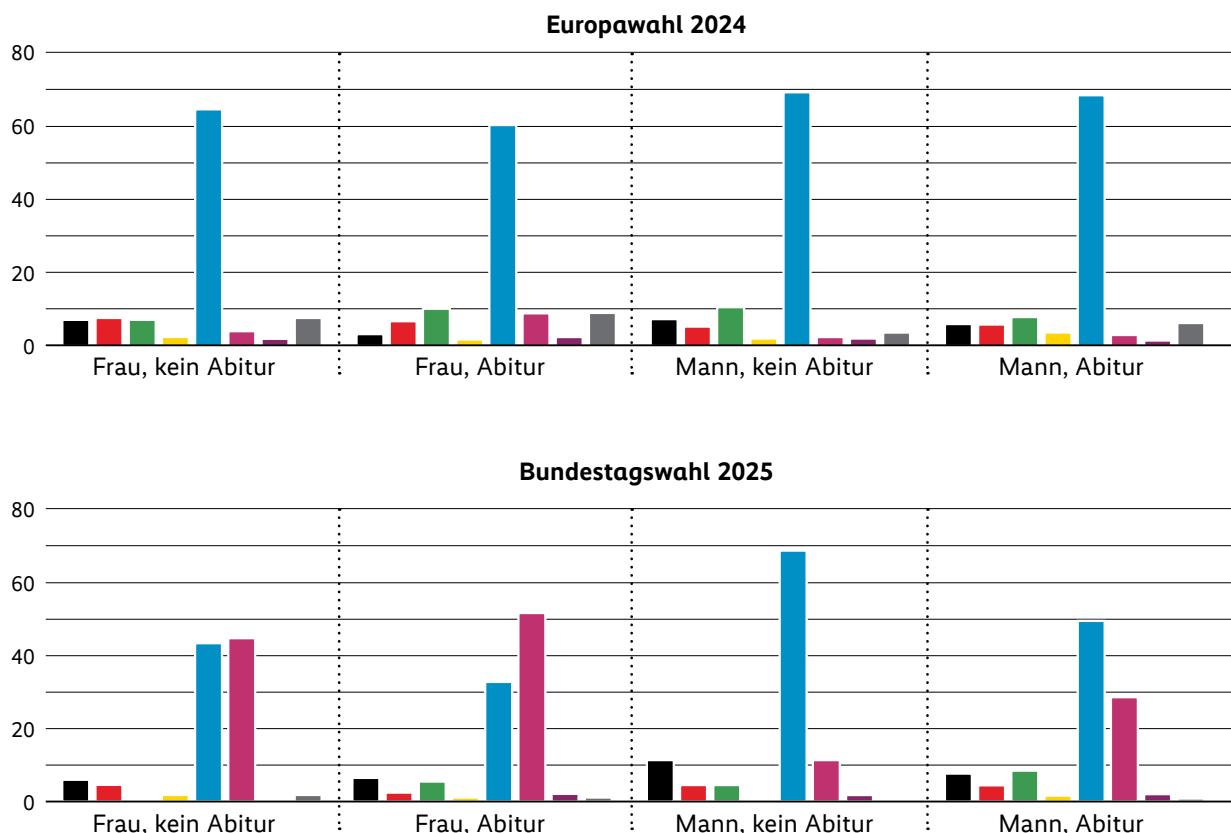
Die Verschiebungen innerhalb eines Jahres sind bemerkenswert, zeigen sie doch, dass auch auf den sozialen Netzwerkplattformen vieles möglich ist. Die Frage, ob der Aufstieg der Linken letztlich – wie häufig medial interpre-

tiert – mit „TikTok-Queen Heidi“, also der starken Präsenz von Heidi Reichennek, zu tun hatte, oder ob es dafür auch andere Gründe gibt, können wir mit den uns zur Verfügung stehenden Daten nicht beantworten. Dass es aber anderen Parteien nicht in gleichem Maße gelungen ist, 2025 als besonders präsent (und positiv) wahrgenommen zu werden, obwohl auch diese Parteien ihre Social-Media-Ausgaben und -Aktivitäten erheblich erhöht haben, spricht klar dafür, dass die Linke etwas „anders“ gemacht haben muss (und

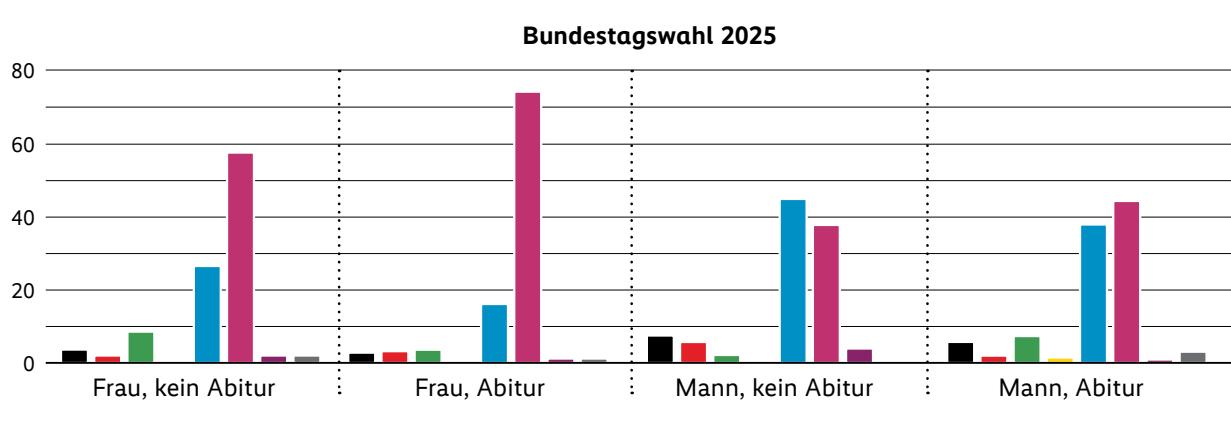
Parteipolitische Wahrnehmungen politischer Social-Media-Inhalte bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich nach Geschlecht und formaler Bildung

(Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)

Besonders häufig dargestellte Partei



Besonders positiv dargestellte Partei



■ Union ■ SPD ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Linke ■ BSW ■ andere

Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung, nur Befragte, die mindestens eine Social-Media-Plattform nutzen.
Frageformulierung: siehe Abbildung 15.

auch die AfD weiterhin etwas anders macht) als die anderen Parteien. Vieles ist möglich, auch in Social Media, aber es ist keineswegs ein Automatismus.

Abbildung 16 schließlich zeigt die Verteilung der genannten Parteien in Teilgruppen nach Geschlecht und formaler Bildung. Der Linken ist es demnach vor allem gelungen, in die Social-Media-Feeds junger Frauen vorzudringen. Dort ist die Partei besonders präsent, dort wird sie vor allem auch in besonders positiver Weise wahrgenommen. Die AfD taucht hingegen besonders häufig in den Social-Media-Feeds junger Männer auf. Sie wird von Männern auch häufiger als von Frauen in besonders positiver Weise wahrgenommen, auch wenn das Muster hier nicht ganz so eindeutig ist. Bezogen auf das Alter schließlich sei angemerkt (ohne die Ergebnisse separat auszuweisen), dass die AfD gerade bei 15-Jährigen besonders häufig wahrgenommen wird.

4.3 Zwischenfazit

Dass Informationsumgebungen dynamisch sind, gehört zu den Allgemeinplätzen unserer Zeit. Auch unsere Betrachtung der Informationsumgebungen junger Menschen rund um die Europawahl 2024 und die Bundestagswahl 2025 hat beachtliche Dynamiken gezeigt, allerdings nicht durchweg in erwarteter Weise. Auf der Ebene von Kanälen – Fernsehen, Radio, Print, digitale Medien – haben wir gesehen, dass der Wahlkontext – Europa- vs. Bundestagswahl – zu erheblichen Verschiebungen geführt hat. Für alle Kanäle, gerade auch klassische Medien wie das Fernsehen, hat sich eine viel intensivere Nutzung im Jahr 2025 rund um die Bundestagswahl gezeigt. Es sind keineswegs nur zeitlich gerichtete Entwicklungen („Online wird immer wichtiger!“), die wir beobachten können, sondern auch kontextuelle Umstände, die bei der medialen Informationsversorgung der Bürger:innen eine entscheidende Rolle spielen. Dieser Teil der Analyse hat auch gezeigt, dass Podcasts nicht die neuen Massenmedien sind.

Im zweiten Teil der Analyse standen Social-Media-Plattformen und deren politische Bedeutung im Fokus. Bei der reinen Plattformnutzung haben sich dabei kaum Verschiebungen zwischen 2024 und 2025 gezeigt: WhatsApp, Instagram, YouTube und – noch mit etwas Abstand – TikTok dominieren bei jungen Menschen; andere Netzwerke spielen kaum eine Rolle. TikTok ist aber auf dem Vormarsch – das sieht man gerade angesichts der höheren Nutzungsralten bei 15-Jährigen. Zudem gelingt es TikTok besser als anderen Plattformen, in Schichten ohne formal hohe Bildung vorzudringen.

Auch aus einer politischen Perspektive ragt TikTok mit einem sehr hohen Politikgehalt heraus. Der dortige Politikgehalt liegt sogar höher als der von Nutzer:innen wahrgenommene Politikgehalt von X/Twitter. Dabei galt X/Twitter immer als „politischste“ Plattform in Deutschland. TikTok verbindet also Reichweite (die wir ansonsten bei WhatsApp, YouTube und Instagram sehen) mit dem Politikgehalt

von X/Twitter – eine bemerkenswerte Kombination! Die Analysen haben zudem in Bezug auf den Politikgehalt der dortigen Beiträge Geschlechter- und/oder Bildungsunterschiede gezeigt. Im Falle von TikTok sind es vor allem Frauen, die kein Abitur haben oder anstreben, die von besonders vielen politischen Inhalten auf dieser Plattform berichten.

Der letzte Schritt der Analyse hat eine parteipolitische Perspektive ergänzt und auch hier eine aufschlussreiche Dynamik zutage gefördert: 2024 haben junge Menschen noch die AfD als absolut dominant (im Sinne von Sichtbarkeit) wahrgenommen; 2025 dagegen liegen AfD und Linke gemeinsam an der Spitze. Die Linke hat in kurzer Zeit deutlich aufholen können. Wenn nicht nach besonderer Häufigkeit, sondern nach besonders positiver Darstellung einzelner Parteien gefragt wird, liegt die Linke 2025 sogar deutlich vorne, gefolgt von der AfD. Vieles ist in sozialen Netzwerken also möglich – wobei ebenfalls deutlich wurde, dass andere Parteien weiterhin kaum eine Rolle spielen, obwohl auch sie ihre Bemühungen rund um die Bundestagswahl stark intensiviert haben.

5.

„Das sehe ich anders“: Thematische Positionen junger Menschen

Nach Paul Watzlawick ist es zwar – und wohl gerade in Wahlkampfzeiten – nicht möglich, nicht zu kommunizieren. Aber trotzdem ist Kommunikation nicht alles; letztlich braucht es Inhalte, die kommunikativ transportiert werden sollen. Auch in der Politik geht es in letzter Konsequenz um Inhalte. Entscheidungen zu Sachfragen, die verbindlich geregelt werden sollen, sind der Kern des Politischen.

In diesem Kapitel wollen wir uns daher den inhaltlichen Positionen, die junge Menschen vertreten, widmen. Wenn von „jungen Menschen“ die Rede ist, mitunter gar von einer „jungen Generation“, schwingt häufig eine gewisse Homogenitätsannahme mit, so als würden alle jungen Menschen das Gleiche wollen. Zugleich ist aber auch – und gerade was junge Menschen betrifft – häufig von einem wachsenden Gendergap die Rede, was zumindest auf markante Unterschiede zwischen Geschlechtern hindeutet. Welche inhaltlichen Präferenzen junge Menschen haben und wie ähnlich oder unähnlich sich diese Präferenzen innerhalb der Gruppe junger Menschen sind, diesen Fragen wollen wir uns nun widmen.

In Politik wie Politikwissenschaft können „Themen“ höchst Unterschiedliches bedeuten. Es kann um unterschiedliche Positionen gehen, aber ebenso um die Frage, welche Parteien als kompetent zur Lösung bestimmter drängender Probleme angesehen werden. Die Themen können sehr konkret sein („Bürgergeld“), aber ebenso kann man sich Themen maximal abstrakt nähern, etwa wenn zwischen „linken“ und „rechten“ Positionen unterschieden wird.

Um die thematischen Präferenzen junger Menschen in unseren Studien abzubilden, haben wir ihre Positionen auf verschiedenen Dimensionen erfasst. Dazu haben wir die jungen Menschen zunächst gefragt, wie links oder rechts sie sich selbst auf einer entsprechenden Links-Rechts-Skala verorten. Auf einer Abstraktionsstufe darunter haben wir nach den Positionen junger Menschen auf konkrete(re)n Politikfeldern gefragt, um ein noch differenzierteres Bild zu erhalten. Inwieweit unterstützen sie den Sozialstaat (und sind bereit, dafür auch mehr Steuern und Abgaben zu zahlen)? Wie halten sie es mit einem Mehr oder Weniger an Zuwanderung? Mehr oder weniger Gleichstellungsmaßnahmen (bezogen auf Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung)? Mehr oder weniger Europa? Wollen sie im Zweifelsfall eher Klimaschutz oder eher Wirtschaftswachstum? Insgesamt nehmen wir fünf verschiedene Politikfelder

sowie eine allgemeine Links-Rechts-Selbsteinstufung in den Blick.

Bei allen Fragen, die wir gestellt haben, konnten sich die Befragten auf elfstufigen Skalen einordnen. Für die folgende deskriptive Darstellung haben wir diese elfstufigen Skalen dabei so aufbereitet, dass in den Grafiken links jeweils die „linke“ Position steht, also mehr Sozialstaat, mehr Zuwanderung, mehr Gleichstellung, mehr Europa, Priorität für Klimaschutz (statt Wirtschaftswachstum). Zudem haben wir die elfstufigen Skalen zu fünf Positionen verdichtet: ganz links (1 und 2), eher links (3, 4 und 5), Mitte (6), eher rechts (7, 8 und 9), ganz rechts (10 und 11); für die Mittelwerte in Abbildung 18 werden dann wieder die ursprünglichen elfstufigen Skalen verwendet.

Abbildung 17 zeigt die resultierenden Antwortverteilungen für die befragten jungen Menschen insgesamt. Dabei gilt es allerdings im Kopf zu behalten, dass wir in unserer Stichprobe sehr viele junge Menschen aus Städten (und Stadtstaaten) haben. Für die bisherigen Analysen zu Wahlberechtigung und politischer Kommunikation hat dies die Ergebnisse kaum beeinflusst. An dieser Stelle aber spielt – wie wir noch sehen werden – die regionale Herkunft der Befragten (Großstadt oder nicht) eine Rolle, weswegen wir auch erstmals auf die oben schon eingeführten Kontrastgruppen zurückgreifen werden.

Die resultierenden Muster zeugen insgesamt von einer gewissen Linksorientierung unserer Befragten, ohne dass diese dominant wäre. Wir sehen, dass sich die Antworten auf alle Antwortkategorien verteilen. Und wir sehen gerade bei der Frage zum Sozialstaat (einschließlich der Frage nach der Bereitschaft, für mehr sozialstaatliche Leistungen auch gegebenenfalls mehr Steuern und Abgaben zu zahlen), dass sich hier sogar eine mehrheitlich „rechte“ Positionierung junger Menschen zeigt. Die stärkste Orientierung nach links gibt es – neben der allgemeinen Links-Rechts-Selbsteinschätzung – beim Klimaschutz und der Frage nach Europa. Die Fragen nach mehr oder weniger Zuwanderung sowie mehr oder weniger Gleichstellungsmaßnahmen nehmen eine mittlere Position ein.

Wenn wir allerdings die Ergebnisse in verschiedenen Teilgruppen junger Menschen betrachten, sortiert sich dieses Gesamtbild in anderer Art und Weise, wie Abbildung 18 zeigt. Vergleichsweise gering fallen dabei noch Altersunterschiede aus. Zwar zeigt sich tendenziell, dass sich 15-Jährige etwas weiter rechts einstufen als etwas ältere Befragte.

Insgesamt aber bleiben die Unterschiede an dieser Stelle, gerade auch im Vergleich zu den anderen Differenzierungen, in ihrer Größenordnung gering.⁹

Für alle anderen betrachteten Merkmale treten dagegen auffällige Unterschiede innerhalb der Gruppe junger Menschen zutage. So bestätigt sich ein erheblicher Gendergap. Besonders markant zeigt dieser sich bezogen auf Gleichstellungsmaßnahmen (die in unserer Frage nicht auf das Geschlecht, sondern auf Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung abzielen). Die mittleren Antworten von Frauen und Männern liegen hier um rund zwei Skaleneinheiten (bei einer elfstufigen Antwortskala) auseinander! Auch die Frage, ob Klimaschutz (Frauen) oder Wirtschaftswachstum (Männer) höher gewichtet werden soll, trennt die Geschlechter merklich. Zudem stufen sich Frauen auf der abstrakten Links-Rechts-Skala deutlich anders, nämlich linker, ein als Männer. Die mittleren Unterschiede liegen auch hier bei über einem Skaleneinheit. Etwas geringer fallen die Unterschiede beim Thema „Zuwanderung“ aus, kaum sichtbar sind sie beim Sozialstaat und der Frage der EU. Insgesamt sehen wir somit deutlich progressivere Positionen bei Frauen als bei Männern.

Auch wenn wir uns Bildungs- statt Geschlechterunterschiede anschauen, sehen wir „Gaps“. Hier vertreten junge Menschen, die das Abitur haben oder anstreben, linkere, progressivere Positionen als junge Menschen, bei denen das nicht der Fall ist. Allerdings zeigen sich diese Unterschiede in ihrer Größenordnung in anderer Weise, als das bei den Unterschieden nach Geschlecht der Fall war. Der Gendergap zeigte sich vor allem bei Gleichstellungs- und Klimaschutzfragen. Bildungsunterschiede sehen wir ebenfalls bei Gleichstellungs-, aber vor allem auch bei Zuwanderungs- und Sozialstaatsfragen. Dass formal höher gebildete junge Menschen den Sozialstaat in stärkerem Maße unterstützen als andere, ist dabei bemerkenswert. Jungen Menschen ohne formal hohe Bildung scheint der Glaube an den Sozialstaat ein Stück weit abhandengekommen zu sein. Zumindest votieren sie in geringerem Maße für „mehr sozialstaatliche Leistungen“ (und damit einhergehend auch mehr Steuern und Abgaben), obwohl sie doch potenziell davon profitieren könnten. Auch bei den anderen Themen zeigen sich robuste, wenn auch nicht ganz so starke Bildungsunterschiede.

Schließlich sehen wir auch merkliche Einflüsse des Wohnkontexts: Junge Menschen, die in Großstädten leben, zeigen durchweg linkere, progressivere Einstellungen als junge Menschen, die andernorts leben. Die Unterschiede erreichen zwar nicht ganz die Größenordnungen, die wir bezogen auf Geschlecht und formale Bildung in der Spalte gesehen haben, aber sie sind gleichwohl vorhanden. Vor allem bleiben sie auch bestehen, wenn wir die verschiedenen

Merkmale simultan betrachten, wie weitergehende Analysen zeigen. „Place matters“: Das haben jüngst viele politikwissenschaftliche Studien (siehe etwa Arzheimer/Beremann 2024) gezeigt – und das zeigt sich auch hier.

In der letzten Teilgrafik von Abbildung 18 werden schließlich zwei Kontrastgruppen gegenübergestellt: einerseits Frauen, die das Abitur haben oder anstreben und in einer Großstadt leben, andererseits Männer, auf die beides nicht zutrifft. Mit Ausnahme der EU-Dimension (für die beide Gruppen sich recht nah beieinander und links der Mitte positionieren) sehen wir bei allen anderen Dimensionen ein Muster, demgemäß sich diese Frauen links, diese Männer dagegen rechts einstufen. An einigen Stellen sind die zutage trenden Unterschiede dabei bemerkenswert groß, etwa bezogen auf Gleichstellungsmaßnahmen, Fragen von Zuwanderung oder auch der Frage nach der Priorität von Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum. Bei all diesen Fragen liegt ein tiefer Graben zwischen diesen beiden Kontrastgruppen. Da dieser seinen Ursprung in Geschlechts-, Bildungs- und räumlichen Unterschieden hat, dürfte er auch kurzfristig nicht leicht zu überbrücken sein.

Unsere Analyse thematischer Positionen hat gezeigt: Von einer „jungen Generation“ zu sprechen (und damit zu suggerieren, die Gruppe junger Menschen teile viele inhaltliche Positionen), ist empirisch schlicht falsch und zeichnet ein irreführendes Bild der Gruppe junger Menschen. Vielmehr sehen wir deutliche Geschlechts-, Bildungs- und Wohnkontextunterschiede. Betrachtet man zwei Kontrastgruppen – junge Frauen mit hoher Bildung in Großstädten vs. junge Männer ohne formal hohe Bildung außerhalb von Großstädten –, so zeigen sich für die erstgenannte Gruppe deutlich linkere, progressivere Positionen als für die Vergleichsgruppe, die sich eher rechts einstuft. Besonders groß sind die Unterschiede dabei bei den „kulturellen“ Themen: Gleichstellung, Zuwanderung, Klima vs. Wirtschaft.

⁹ Das bestätigt sich grundsätzlich auch für die Berliner Stichprobe, wenn man für diese die Altersspannweite auf die Gesamtbevölkerung ausweitet. Die altersgruppenspezifischen Mittelwerte liegen recht nah beieinander. Schaut man gleichwohl auf die resultierenden Unterschiede, so sind die 21- bis 40-Jährigen fast durchweg die progressivste Gruppe, während mit dem Alter die Positionen rechter werden. Recht groß fällt der Abstand der Menschen 60+ zu allen anderen Gruppen gerade bei den Themen Zuwanderung und Gleichstellung aus.

Thematische Positionen junger Menschen bei der Bundestagswahl 2025

(Verteilung auf einzelne Antwortkategorien, in Prozent)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierungen:

„In der Politik reden die Leute häufig von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 1 ‚links‘ und 11 ‚rechts‘ bedeutet?“

„Manche meinen, dass die staatlichen Maßnahmen zur Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen noch lange nicht weit genug gehen, andere meinen, dass diese heute schon viel zu weit gehen. Wie stehen Sie zu dieser Frage?“

„Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie ist Ihre Meinung dazu?“

„Manche wollen die europäische Einigung so vorantreiben, dass es bald eine gemeinsame europäische Regierung gibt, für andere geht die europäische Einigung schon jetzt viel zu weit. Wie ist Ihre Meinung dazu?“

„Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie zu dieser Frage?“

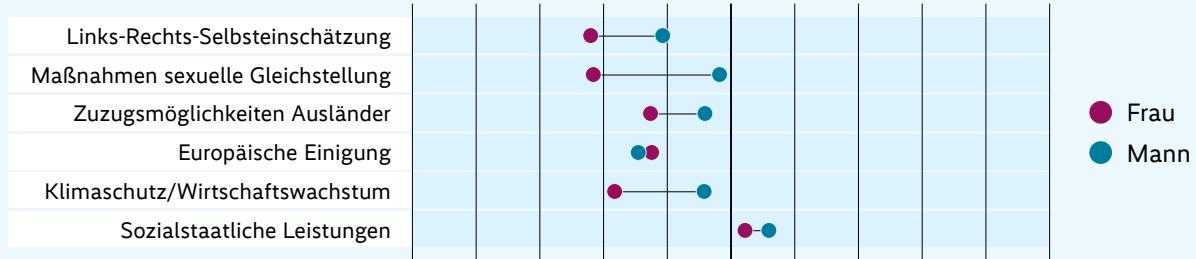
„Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie zu dieser Frage?“

Antworten jeweils auf elfstufigen Antwortskalen mit beschrifteten Endpolen. Für die obige Darstellung wurde die Sozialstaatsfrage umgedreht, sodass „mehr Sozialstaat“ links steht. Alle elfstufigen Skalen wurden auf fünf Punkte verdichtet (1/2; 3/4/5; 6; 7/8/9; 10/11).

Thematische Positionen junger Menschen nach Geschlecht, Alter, Wohnkontext und formaler Bildung bei der Bundestagswahl 2025

(Mittelwerte, Skala von -5 bis +5)

Geschlecht



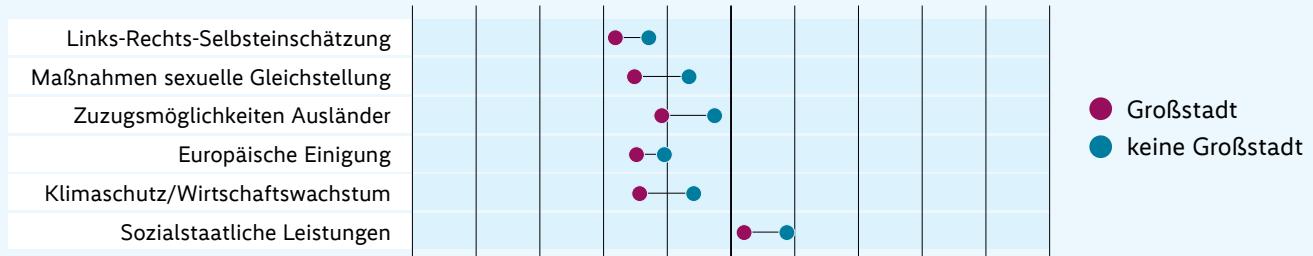
Frau
Mann

Alter



15
16–17
18–20

Wohnkontext



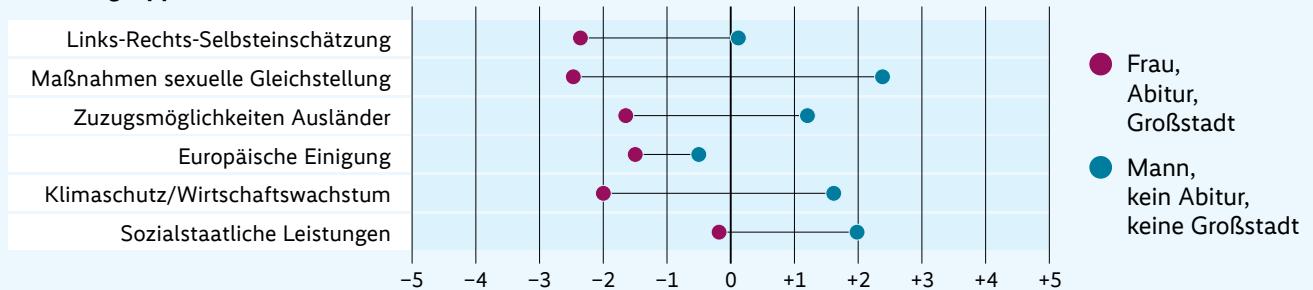
Großstadt
keine Großstadt

Formale Bildung



Abitur
kein Abitur

Kontrastgruppen



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 17 (einschließlich der Bedeutung der Endpunkte der Skalen), allerdings mit den ursprünglichen elfstufigen, nicht den verdichteten fünfstufigen Skalen (einschließlich der Bedeutung der Endpunkte der Skalen).

6.

„I am serious“: Wie junge Menschen zu ihren Wahlentscheidungen kommen

Im letzten Schritt unserer Analyse wollen wir uns schließlich den Wahlentscheidungen junger Menschen widmen. Die schlussendliche Parteiwahl junger Menschen kennen wir dabei aus der repräsentativen Wahlstatistik der Bundeswahlleiterin, die wir eingangs bereits erwähnt hatten, sehr genau. Die Linke hat demnach die größte Unterstützung aus der Gruppe junger Menschen erhalten, gefolgt von der AfD. Zudem zeigte die repräsentative Wahlstatistik – durchaus passend zu den Ergebnissen unseres letzten Kapitels hier – einen geschlechtsspezifischen Unterschied: Während bei jungen Frauen die Linke sogar mit deutlichem Abstand ganz vorne lag, war es bei jungen Männern die AfD (Bundeswahlleiterin 2025, siehe auch Faas 2025).

Wir wollen uns hier vor allem den Hintergründen der Wahlentscheidungen junger Menschen widmen. Dafür werfen wir erstens einen Blick auf den Prozess ihrer Wahlentscheidungen, betrachten aber zweitens ebenso, welche Parteien für welche jungen Menschen überhaupt infrage kommen. Für Letzteres können wir dabei an unsere Analysen zur Europawahl 2024 anknüpfen.

6.1 Der Prozess der Wahlentscheidung

Abbildung 19 zeigt die Zustimmung junger Menschen zu verschiedenen Aussagen rund um den Prozess der Wahlentscheidung – einmal bezogen auf die Europawahl 2024, einmal bezogen auf die Bundestagswahl 2025. An den allermeisten Stellen resultieren dabei sehr ähnliche Ergebnisse. Die höchsten Zustimmungswerte ergeben sich für die Zufriedenheit mit der eigenen Wahlentscheidung. Diese Zufriedenheit ist zwar nicht perfekt, aber im Mittel stimmen junge Menschen der Aussage „Ich bin mit meiner Wahlentscheidung sehr zufrieden“ klar zu und dies in beiden Wahlkontexten. Ebenfalls hohe Zustimmung findet die Aussage „Ich wollte vor allem darauf hinwirken, dass nach der Wahl in konkreten Problemfeldern eine bestimmte Politik gemacht wird“. Junge Menschen haben demnach vor allem Sachfragen im Kopf, wenn sie ihre Wahlentscheidungen treffen. Im Lichte des vorhergehenden Teilkapitels und der dort beschriebenen Heterogenität thematischer Präferenzen bedeutet das allerdings auch, dass junge Menschen im Ergebnis zu sehr unterschiedlichen Wahlentscheidungen kommen können.

Eine Aussage findet rund um beide Wahlen sehr starke Ablehnung: „Ich habe meine Wahlentscheidung nicht ganz so ernst genommen“. Vorwürfe in Richtung junger Menschen

(gerade auch an 16- und 17-Jährige, die schon bei der Europawahl 2024 wahlberechtigt waren), sie ließen beim Wählen den nötigen Ernst vermissen und würden eher aus Spaß bestimmte Parteien wählen, finden zumindest in der Wahrnehmung junger Menschen keinerlei Entsprechung.

Alle anderen Aussagen treffen eher auf mittlere Zustimmungsraten. Dies gilt für expressives Wählen („Ich wollte vor allem ausdrücken, wofür ich politisch stehe, egal was nach der Wahl konkret passiert“), strategisches Wählen („Ich wollte vor allem beeinflussen, welche Regierungskoalition sich nach der Wahl bildet“, nur nach der Bundestagswahl gefragt), personalisiertes Wählen („Bei meiner Wahlentscheidung habe ich vor allem an bestimmte Politikerinnen und Politiker gedacht“), egoistisches Wählen („Ich habe vor allem daran gedacht, was mir persönlich nützt oder schadet“) und Protestwählen („Ich wollte vor allem meine Unzufriedenheit mit der derzeitigen Politik zum Ausdruck bringen“). Bei den drei letztgenannten – personen-, eigen-nutz- und protestorientiertes Wählen – sehen wir gleichwohl (etwas) höhere Werte rund um die Bundestagswahl als bei der Europawahl. Gerade das Spitzengespann prägt eine Bundestagswahlkampagne viel stärker, als das bei Europawahlen der Fall ist – allen Bemühungen zum Trotz, auch Europawahlen zu personalisieren. Entsprechend sehen wir hier die größten Unterschiede zwischen den beiden Wahlen.

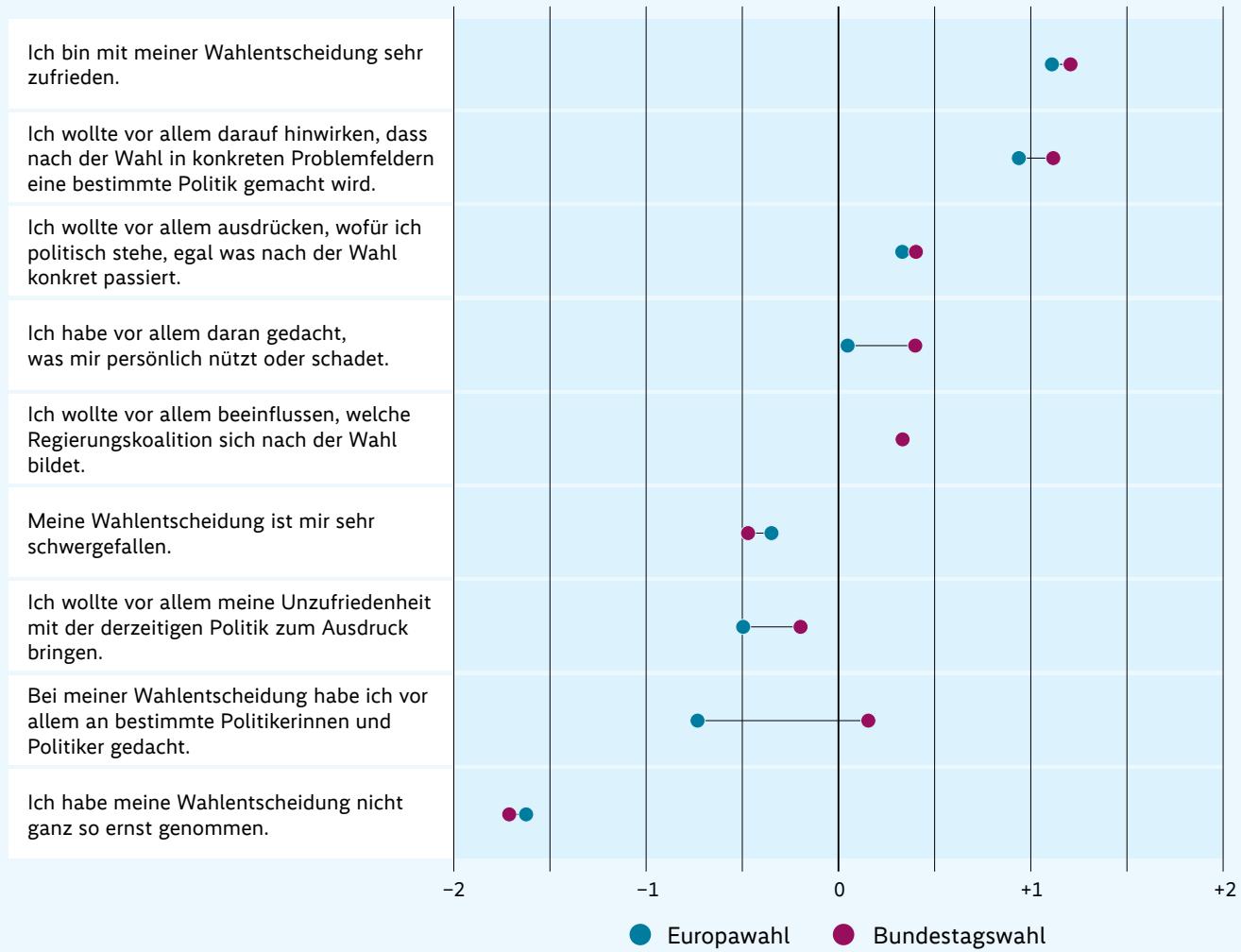
Trotz dieser Vielfalt an Motiven kommen die jungen Menschen mit ihren Wahlentscheidungen offenkundig gut klar, denn die Aussage „Meine Wahlentscheidung ist mir sehr schweregefallen“ wird im Mittel zurückgewiesen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dem Wahlverhalten jüngerer Menschen vonseiten älterer Menschen häufig mit gewissem Stirnrunzeln und Unverständnis begegnet wird, stellt sich natürlich die Frage, ob wir bezogen auf diese verschiedenen Motive Altersunterschiede sehen. Die Antwort auf diese Frage liefert auf Basis der Berliner Stichprobe Abbildung 20. Dabei fallen die altersbezogenen Unterschiede alles in allem sehr gering aus. Zufriedenheit mit der eigenen Wahlentscheidung findet sich ebenso für alle Altersgruppen wie eine hohe Sachfragenorientierung. Und alle Altersgruppen nehmen ihre Wahlentscheidung sehr ernst – hier finden sich sogar die geringsten Altersunterschiede überhaupt. Auch beim expressiven Wählen zeigen sich kaum Altersunterschiede.

Bei den weiteren Aussagen finden wir gewisse Unterschiede zwischen den Altersgruppen, allerdings in durchaus un-

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025

(Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Ihre Wahlentscheidung zu?“; Antworten auf fünfstufiger Skala zwischen „Stimme überhaupt nicht zu“ (-2) und „Stimme voll und ganz zu“ (+2); Antwortkategorie „Weiß nicht“ hier ausgeschlossen. Die Frage „Ich wollte vor allem beeinflussen, welche Regierungskoalition sich nach der Wahl bildet“ wurde nur im Kontext der Bundestagswahl gestellt.

terschiedlicher Art und Weise: Jungen Menschen fiel eigenen Angaben zufolge die Wahlentscheidung bei der Wahl 2025 noch etwas leichter als den anderen Gruppen. Beim strategischen Wählen sehen wir in der Tendenz die Trennlinie bei 40 Jahren: Unterhalb dieser Grenze wird weniger strategisch (koalitionsorientiert) gewählt als oberhalb von ihr; dafür spielt bei Menschen bis 40 (einschließlich der jüngsten Gruppe) der eigene Nutzen eine stärkere Rolle als bei Menschen über 40. Dagegen sind sich „Jung“ und „Alt“ (also die 18- bis 20-Jährigen einerseits, die über 60-Jährigen andererseits) ähnlicher als die mittleren Altersgruppen, wenn es um das (stärkere) Ausdrücken von Unzufriedenheit und ein etwas stärker personenorientiertes Wählen geht.

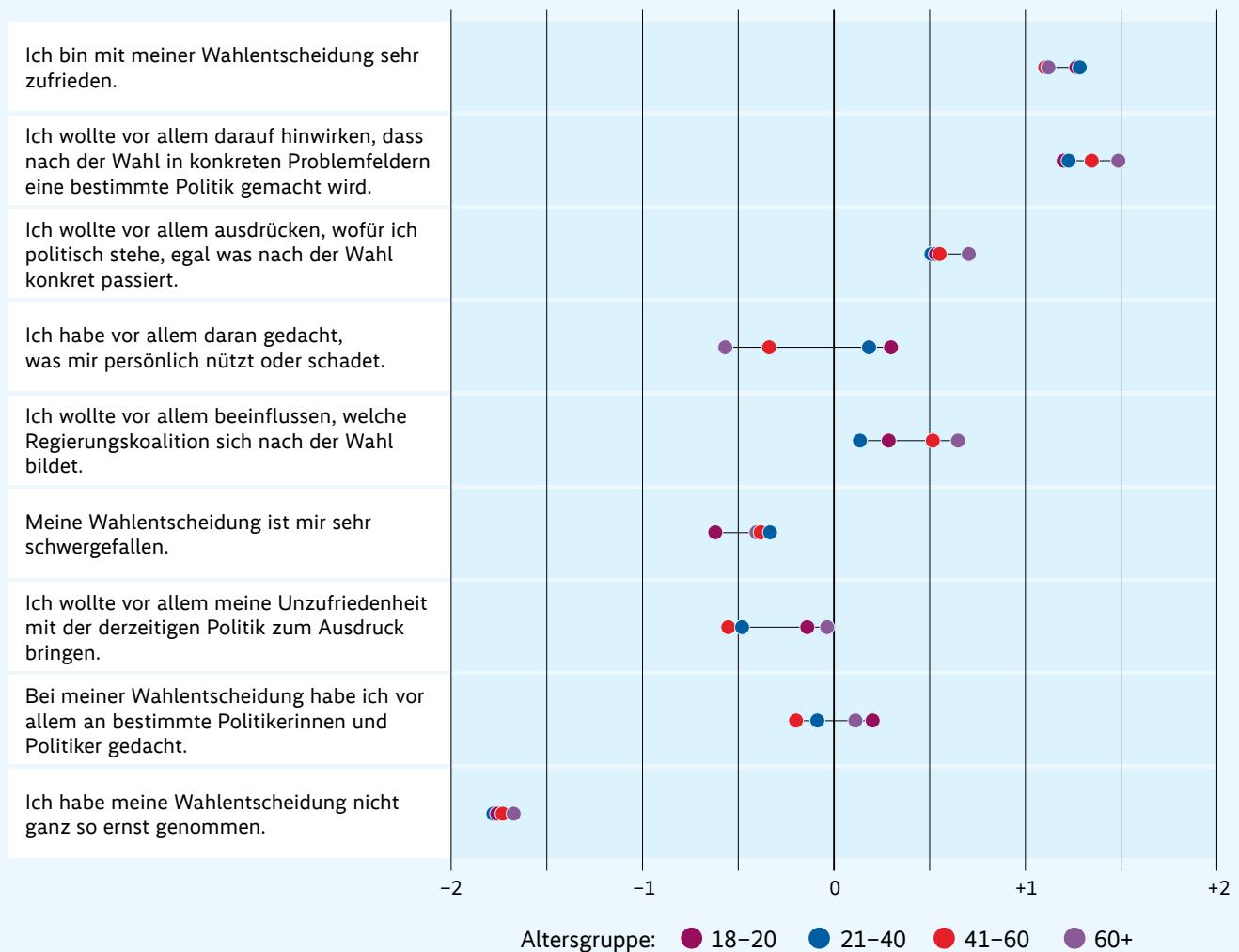
Auch wenn wir also einige Unterschiede, die mit dem Alter in Verbindung stehen, finden, so gilt es in jedem Fall festzuhalten: An keiner Stelle sehen wir Ergebnisse, die bei Erstwähler:innen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren für gänzlich andere Motivlagen sprechen, als dies bei anderen Gruppen der Fall ist. Mindestens eine Gruppe ist immer nah bei ihnen, an vielen Stellen finden sich gar keine merklichen Altersunterschiede. Bemerkenswert ist auch, dass eignutzorientiertes Wählen am stärksten mit dem Alter zusammenhängt. Es prägt in stärkerem Maße das Wahlverhalten von Menschen bis 40 Jahren, weniger von Menschen über 40 Jahren.¹⁰

¹⁰ Weitergehende Analysen zeigen, dass es auch innerhalb der Gruppe der 18- bis 20-Jährigen keine Unterschiede nach einzelnen Jahrgängen gibt. Wenn man für die Europawahl 2024 auch die 16- und 17-Jährigen einbezieht, so finden sich auch dort keine Unterschiede nach Altersjahrgängen. Die präsentierten Befunde lassen sich demnach auf diese Gruppe übertragen.

Abb. 20

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg

Nur Berlin (Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 19.

Abschließend wollen wir an dieser Stelle noch einen Blick auf Bildungsunterschiede werfen (Abbildung 21); auf die Differenzierung nach Geschlecht können wir dagegen in Ermangelung entsprechender Unterschiede verzichten. Ge-wisse Bildungsunterschiede treten bei fast allen Aussagen auf. An drei Stellen ist die Lücke besonders markant, nämlich bezogen auf Unzufriedenheit als Motiv, Eigennutz als Motiv sowie die empfundene Schwierigkeit der eigenen Wahlentscheidung. Junge Menschen, die das Abitur haben oder anstreben, wählen weniger protest- und eigennutzorientiert, aber das scheint das Wählen für sie insgesamt etwas schwieriger zu machen.

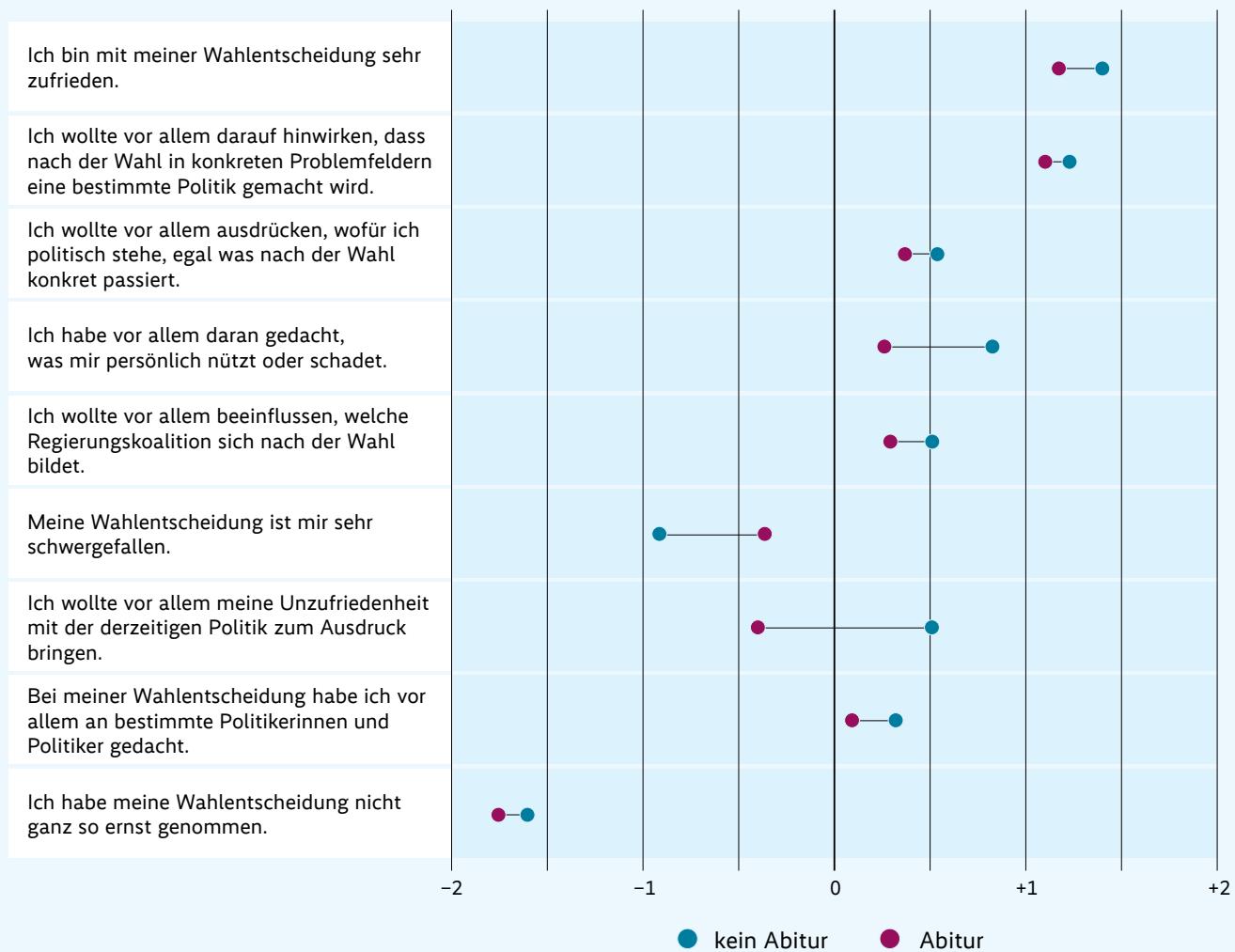
6.2 Optionen für die Wahlentscheidung

Schließen wollen wir mit der Betrachtung der Frage, welche Parteien für verschiedene Gruppen junger Menschen eine

Option sind, wenn es um ihre Wahlentscheidung geht. Dabei zielen wir an dieser Stelle nicht auf die tatsächlich gewählte Partei ab (dafür liegen bereits die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik vor, die für diesen Zweck viel präzisere Ergebnisse liefern, als wir das tun könnten). Wir wollen stattdessen eine Potenzialfrage nutzen: „Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen? Sie können mehrere Parteien auswählen.“ Diese Potenzialfrage hat einerseits den Vorteil, ein grundlegenderes Bild der Bindungen junger Menschen an verschiedene Parteien zu zeichnen. Andererseits können wir mit diesem Indikator auch nicht wahlberechtigte junge Menschen in der Analyse berücksichtigen. Die Ergebnisse im Überblick zeigt Abbildung 22 – in vergleichender Betrachtung der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025. Zudem werden die Ergebnisse einmal für alle befragten jungen Menschen (oben) sowie nur für Befragte aus Kommunen, die in beiden Wahljahren Teil der Studie waren (unten), gezeigt,

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Bundestagswahl 2025 nach formaler Bildung

(Mittelwerte, Skala von -2 bis +2)



Quelle: Jugendwahlstudie zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: siehe Abbildung 19.

um etwaige Verschiebungen zwischen den beiden Wahljahren noch robuster sichtbar machen zu können.

Zunächst einmal sehen wir bei beiden Wahlen hohe Werte für SPD und Grüne, eher geringe Werte dagegen für AfD und BSW. Dabei müssen wir – wie auch schon bei der Betrachtung der thematischen Positionen junger Menschen – die Struktur der Stichprobe im Blick behalten, in der überproportional viele Stadtstaaten und Städte enthalten sind. Bei den übrigen gezeigten Parteien fördert die Abbildung dagegen durchaus Verschiebungen zwischen den beiden Wahljahren zutage. Angesichts der Tatsache, dass wir hier auf eine potenzialorientierte Frage zurückgreifen, ist dies durchaus bemerkenswert!

Zunächst betrifft dies die Linke. Der Anteil junger Menschen in unserer Stichprobe, die sich vorstellen können, die Linke zu wählen, steigt von rund einem Drittel auf fast

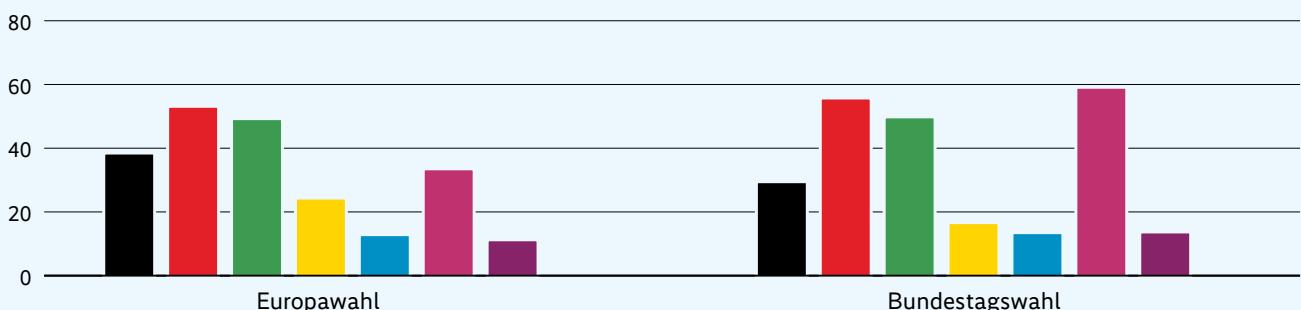
zwei Drittel und verdoppelt sich somit von der Europa- zur Bundestagswahl 2025. Die Union dagegen – obwohl Wahlsiegerin der Bundestagswahl 2025 – verliert an Zuspruch zwischen beiden Wahlen und das in einer Größenordnung von rund zehn Prozentpunkten. Verluste in ähnlicher Größenordnung sehen wir auch bei der FDP (die 2021 noch zu den am stärksten präferierten Parteien gerade bei jungen Männern zählte). Es ist also offenkundig für Parteien möglich, auch in kurzer Zeit bei jungen Menschen an Wählbarkeit zu gewinnen (das zeigen die massiven Zugewinne der Linken), aber auch zu verlieren (Union, FDP).

Gleichwohl ist an dieser Stelle ein Blick in Teilgruppen junger Menschen zwingend, da sich dort gravierende Unterschiede zeigen, die sich noch dazu wechselseitig verstärken. Gerade in den verwendeten Kontrastgruppen zeichnet sich erneut ein Bild getrennter Welten ab. Abbildung 23 zeigt die Ergebnisse. Mit Blick auf das Alter sehen wir be-

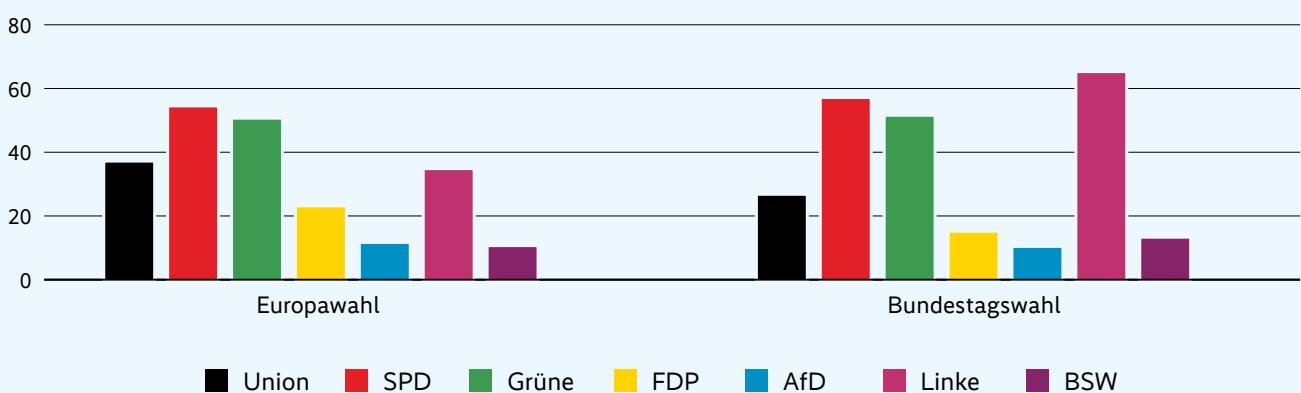
Wählbarkeit von Parteien bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich

(Anteilswerte, in Prozent)

Jeweils über alle einbezogenen Kommunen



Nur Kommunen, die in beiden Studien enthalten waren



Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025, eigene Darstellung.

Frageformulierung: „Welche der folgenden Parteien können Sie sich generell vorstellen, jemals zu wählen? Sie können mehrere Parteien auswählen.“

sonders deutliche Verschiebungen bei den 15-Jährigen: Bei ihnen ist der Anstieg der Wählbarkeit der Linken besonders rasant, während umgekehrt die Union am deutlichsten einbüßt. Absolut hat die Linke gleichwohl bei den 18- bis 20-Jährigen den größten Rückhalt. Rund um die Bundestagswahl sehen wir ein Bild, demzufolge Linke, SPD und Grüne als Block eher progressiver Parteien weit vorne liegen. Die Grünen genießen allerdings bei den Jüngsten etwas geringeren Rückhalt als bei den 18- bis 20-Jährigen.¹¹

Auch für das Geschlecht sehen wir merkliche Unterschiede bezüglich des Potenzials der verschiedenen Parteien, aber auch geschlechtsspezifische Verschiebungen zwischen den beiden Wahljahren. Bei jungen Frauen liegt die Linke bei der Bundestagswahl 2025 deutlich an der Spitze; sie ist für rund 70 Prozent der von uns befragten jungen Frauen

wählbar. Zugleich ist gerade bei den jungen Frauen auch der Rückgang bei der Union besonders markant. Bei den jungen Männern sind die Verschiebungen weniger gravierend – mit Ausnahme eines auch hier zu verzeichnenden deutlichen Anstiegs der Linken. An der Spitze liegt bei den jungen Männern, was die Wählbarkeit betrifft, die SPD. Groß sind die Lücken zwischen den Geschlechtern bei der AfD, die bei Männern deutlich stärkeren Rückhalt genießt als bei Frauen. Ähnliches gilt für die FDP und auch die Union, die 2025 bei jungen Frauen nur noch auf rund 20 Prozent Wählbarkeit kommt, während der Anteil bei den Männern fast doppelt so hoch liegt.

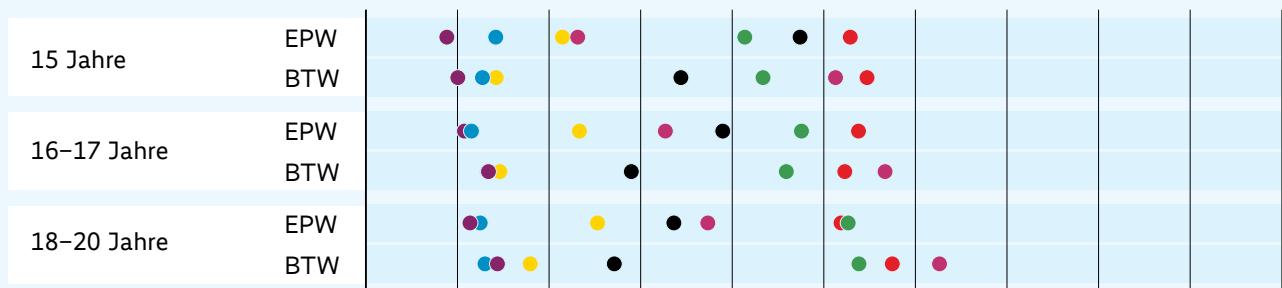
Auch Differenzierungen nach formaler Bildung fördern erhebliche Unterschiede zutage: Mit formal hoher Bildung – das sind junge Menschen, die das Abitur haben oder an-

¹¹ Wenn man für die Berliner Teilstichprobe sich die Wählbarkeit über alle Altersgruppen hinweg anschaut (und dabei natürlich im Kopf behalten muss, dass das Wahlverhalten in Berlin mitunter sehr anders aussieht als andernorts), so sehen wir dort eine Spitzenposition der Grünen bei den 21- bis 60-Jährigen, während die Union bei Menschen über 40 Jahren am besten abschneidet. Die SPD erzielt überall eine gewisse Wählbarkeit (was früheren Befunden durchaus entspricht, siehe Lichteblau/Wagner 2019, Wagner/Faas 2022).

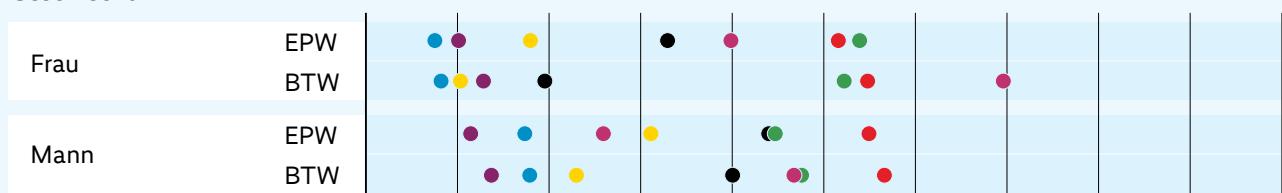
Abb. 23

Wählbarkeit von Parteien in gesellschaftlichen Teilgruppen bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich (Anteilswerte, in Prozent)

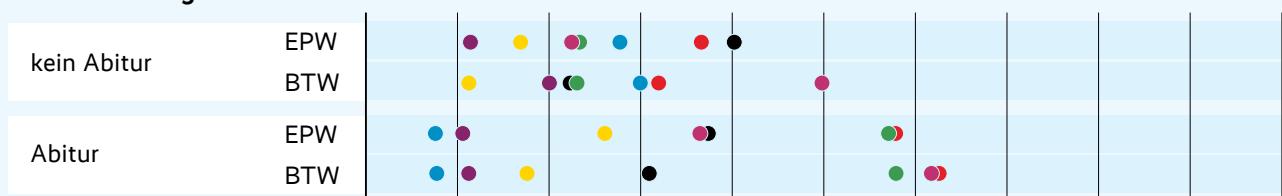
Alter



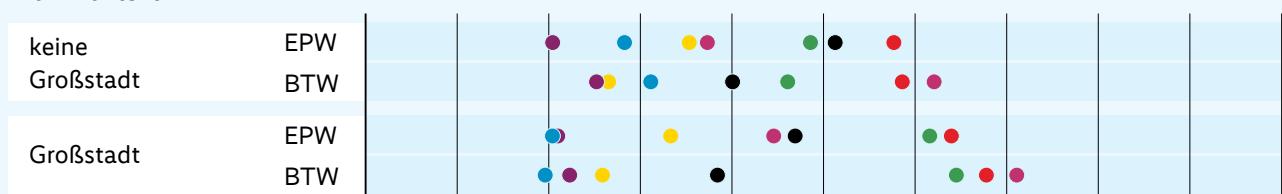
Geschlecht



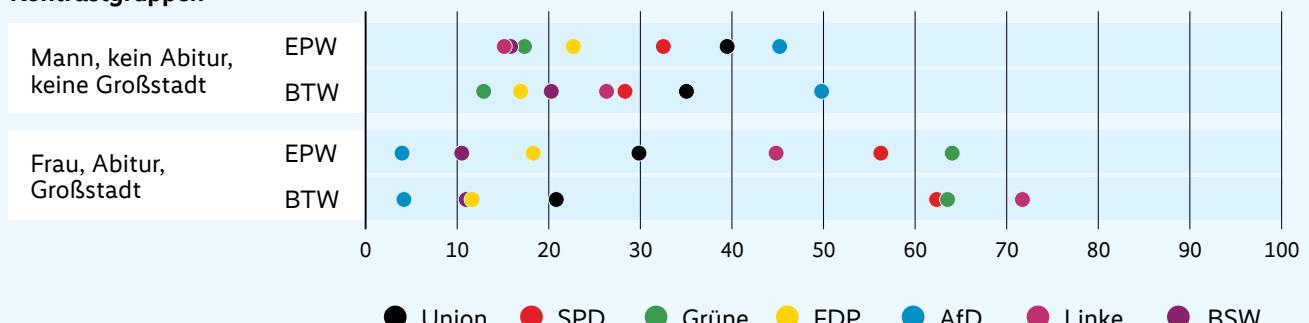
Formale Bildung



Wohnkontext



Kontrastgruppen



Quelle: Jugendwahlstudien zur Europawahl 2024 (EPW) und zur Bundestagswahl 2025 (BTW), eigene Darstellung.
Frageformulierung: Abbildung 22.

streben – geht deutlich weniger Unterstützung der AfD einher (diese bleibt bei Menschen mit formal hoher Bildung auf sehr niedrigem Niveau). Ähnliches gilt zumindest für die Bundestagswahl 2025 auch für das BSW. Dagegen schneiden die Mitte-Links-Parteien bei den formal Hochgebildeten sehr viel besser ab. Im Gegensatz dazu werden CDU, SPD und vor allem die Grünen bei Menschen, die kein Abitur haben oder anstreben, im Kontext der Bundestagswahl 2025 seltener als wählbar eingestuft. In diese sich offenkundig öffnende Lücke stößt die Linke, auch wenn sie in dieser Gruppe nicht ganz das Niveau erreicht, das sie bei Menschen mit formal hoher Bildung hat.

Schließlich sehen wir auch Unterschiede in Abhängigkeit davon, ob junge Menschen in einer Großstadt leben oder nicht. Jenseits von Großstädten tun sich vor allem die Grünen sehr schwer, während umgekehrt die AfD dort deutlich besser abschneidet. Auch SPD und Linke schneiden in Großstädten besser, die Union schlechter ab. Die Größenordnung bleibt jedoch hinter jener zurück, die wir bei AfD und Grünen sehen.

In allerletzter Konsequenz sehen wir innerhalb der Gruppe junger Menschen massive Unterschiede, wenn wir die beiden zuvor schon verwendeten Kontrastgruppen vergleichen: Bei jungen Frauen mit formal hoher Bildung, die in Großstädten leben, liegen Linke, Grüne und SPD weit vorne und sind für sehr viele Mitglieder dieser Gruppe wählbar. Für die drei Parteien liegt hier ein großes Potenzial. Diese sich überlagernden Potenziale bedeuten aber auch eine massive Konkurrenz zwischen SPD, Grünen und Linken. Alle anderen Parteien spielen in dieser Gruppe nur eine nachgeordnete Rolle, auch die Union kommt hier nur auf rund 20 Prozent Wählbarkeit.

In der Kontrastgruppe junger Männer ohne formal hohe Bildung außerhalb von Großstädten prägt keine Partei in gleichem Maße das Bild. Die Parteien kommen hier insgesamt weniger gut an. Gleichwohl zeigt sich, dass die AfD am besten abschneidet und sich ihr Abstand zu den anderen Parteien 2025 im Vergleich zu 2024 sogar noch vergrößert hat. Bemerkenswert ist, dass die Linke zwar auch hier Boden gutgemacht hat, aber gleichwohl weit von ihren in anderen Gruppen erkennbaren Spitzenwerten entfernt bleibt. Die geringste Wählbarkeit in dieser Gruppe erreichen 2025 die Grünen!

6.3 Zwischenfazit

Im Ergebnis wählen junge Menschen also anders – vom Prozess her betrachtet allerdings nicht. Auf diese Formel lassen sich die Ergebnisse dieses Teilkapitels verdichten. Unsere Ergebnisse zum Prozess der Wahlentscheidungen haben gezeigt, dass – auch – junge Menschen ihre Entscheidungen sehr ernst nehmen und wir an dieser Stelle keinerlei Unterschiede zu anderen, älteren Gruppen sehen. Eigenen Angaben zufolge denken junge Menschen vor allem an Problemlösungen, wenn sie ihre Wahlentscheidun-

gen treffen (wie ältere Menschen auch); andere Motivlagen sind auch präsent, aber weniger dominant. An keiner Stelle sehen wir bei dieser prozessorientierten Perspektive fundamentale Unterschiede zwischen jungen Menschen einerseits, älteren Wähler:innen andererseits.

Junge Menschen wählen trotzdem „anders“ im Ergebnis – auch das wurde sehr deutlich. Wir haben dabei in einer eher grundsätzlicheren Art und Weise betrachtet, welche Parteien für junge Menschen überhaupt bei ihren Wahlentscheidungen infrage kommen. Gleichwohl bestätigt auch dieser potenzialorientierte Indikator die Muster der repräsentativen Wahlstatistik. Gerade die Linke hat bei jungen Menschen binnen eines Jahres deutlich an Wählbarkeit gewinnen können. Darüber hinaus sehen wir auch an dieser Stelle große Unterschiede, wenn wir Differenzierungen innerhalb der Gruppe junger Menschen vornehmen. Bei jungen Frauen mit formal hoher Bildung, die in Großstädten leben, liegen Linke, Grüne und SPD weit vorne und sind für sehr viele Mitglieder dieser Gruppe wählbar. In der Kontrastgruppe junger Männer ohne formal hohe Bildung außerhalb von Großstädten hat die AfD die höchste Wählbarkeit. Die geringste Wählbarkeit in dieser Gruppe haben 2025 die Grünen.

7. Zusammenfassung

Die Bundestagswahl 2025 kam überraschend früh, für einige junge Menschen noch dazu mit überraschend negativen Konsequenzen. Einige von ihnen wären im September 2025 beim regulären Wahltermin wahlberechtigt gewesen, hatten aber im Februar 2025 noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet. Sie blieben somit außen vor – und das, obwohl sie 2024 bei der Europawahl noch wählen durften, weil damals zum ersten Mal bei einer bundesweiten Wahl in Deutschland ein auf 16 Jahre abgesenktes Wahlalter galt.

Auch jene jungen Menschen, die am 23. Februar 2025 wählen durften, haben für eine Überraschung gesorgt. Die Wahlentscheidungen, die sie mit ihrer Stimmabgabe getroffen haben, fielen für viele überraschend aus und sorgten für Aufsehen: Am häufigsten haben sie die Linke gewählt, am zweithäufigsten die AfD, wie die repräsentative Wahlstatistik der Bundeswahlleiterin (2025) zeigt.

Diese Überraschungsmomente rund um die Bundestagswahl 2025 bildeten die Ausgangspunkte unserer „Jugendstudie zur Bundestagswahl 2025“. Anknüpfend an unsere Studie „Jugend wählt“ (Faas et al. 2024), die wir anlässlich der Europawahl 2024 realisiert haben, wollten wir detaillierte Einblicke zu den Einstellungen, dem Informationsverhalten und dem politischen Verhalten junger Menschen gewinnen. Im Fokus dieses Berichts standen Wahlberechtigung und allgemeine Einstellungen rund um das Wahlalter, die Informationskontakte junger Menschen, ihre thematischen Positionen sowie schlussendlich der Prozess und das Ergebnis ihrer Wahlentscheidungen.

Letztlich haben rund 4.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren aus sechs Bundesländern – Berlin, Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz – an unserer Studie teilgenommen. Hinzu kommen rund 900 Menschen zwischen 21 und 79 Jahren aus Berlin, um zumindest an einer Stelle punktuelle Vergleichsmöglichkeit zwischen „jung“ und „alt“ zu schaffen.

Insgesamt bestätigt unsere Studie durchaus ein „abweichendes Wahlverhalten“ junger Menschen. Die Betrachtung der Entscheidungsprozesse junger Menschen hat allerdings gezeigt, dass es nicht die Eigenschaften der Prozesse selbst sind, die sich unterscheiden. So gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass junge Menschen ihre Entscheidungen weniger ernst nehmen oder von gänzlich anderen Motiven geleitet werden. Diesbezüglich sehen wir vielmehr große Ähnlichkeiten über alle Altersgruppen hinweg. Wir sehen auch,

dass diejenigen, die wählen durften, sich darüber sehr gefreut haben – ganz im Gegenteil zu jenen, die außen vor bleiben mussten. Geärgert haben sich insbesondere jene, die nur durch das Vorziehen der Wahl noch nicht daran teilnehmen konnten.

Große Unterschiede sehen wir an anderer Stelle: Die Informationskontakte sind gänzlich andere, gerade mit Blick auf Social Media. Und diesbezüglich zeigten unsere tiefergehenden Analysen, dass sich gerade TikTok durch eine besondere Kombination von hoher Reichweite und hohem Politikgehalt auszeichnet. Was parteipolitische Wahrnehmungen von Social-Media-Inhalten betrifft, konnten wir zudem eine besonders hohe Präsenz von AfD und Linken dort feststellen, bezogen auf die Linke noch dazu in besonders positiver Weise. Andere Parteien spielten hier bestenfalls eine Nebenrolle, obwohl ja auch sie ihre Social-Media-Aktivitäten zur Wahl 2025 deutlich intensiviert hatten.

Bei den thematischen Positionen konnten wir eine große Vielfalt feststellen. Dies gilt für Unterschiede im Vergleich verschiedener Themen untereinander, aber auch bezogen auf die thematischen Positionen verschiedener Teilgruppen junger Menschen. An vielen Stellen konnten wir in der Tendenz eher linke, progressive Positionen feststellen – allerdings gilt das nicht für Positionen zum Sozialstaat. Zudem zeigte der Vergleich zweier Kontrastgruppen, dass sich junge Frauen mit formal hoher Bildung, die in großstädtischen Kontexten leben, deutlich links einstufen, dass dies aber für junge Männer ohne formal hohe Bildung und aus nicht großstädtischen Kontexten nicht der Fall ist. Sie stufen sich eher rechts der Mitte ein. Hier liegt ein tiefer Graben zwischen diesen Gruppen, der seinen Ursprung in allen drei Merkmalen – Geschlecht, Bildung, Wohnkontext – hat. Entsprechend schwer wird es sein, diesen Graben kurzfristig zu überbrücken.

Insgesamt fördert unsere Studie keine Ergebnisse zutage, die Zweifel an der Wahlreife junger Menschen aufkommen lassen. Junge Menschen informieren sich auf anderen Wege, sie vertreten als Gruppe sehr vielfältige, verschiedene Positionen (weshalb man sie wohl auch nicht als „junge Generation“ bezeichnen sollte), und sie setzen ihre Kreuzchen durchaus an anderer Stelle als ältere Menschen. Das mag einem nicht gefallen, aber das rechtfertigt per se keine grundsätzliche Kritik an ihnen. An den Stellen, an denen entsprechende Vergleiche möglich und sinnvoll waren, galt das übrigens auch schon für 15-, 16- und 17-Jährige. Sie selbst würden auch durchaus gerne an Wahlen, gerade

Bundestagswahlen teilnehmen, wie wir ebenfalls zeigen konnten. Ob es aber dazu kommen wird, steht auf einem anderen Blatt. Was wir dabei auch sehen konnten: Unterstützung vonseiten älterer Wähler:innen – und dazu zählen auch schon 18- bis 20-Jährige – können sie jedenfalls eher nicht erwarten.

Anhang

Tab. 1

Liste der Städte und Gemeinden

	Europawahl 2024	Bundestags- wahl 2025		Europawahl 2024	Bundestags- wahl 2025
Andernach		x	Lüneburg	x	
Bad Iburg	x		Mainz	x	
Bergisch Gladbach	x		Mannheim*	x	x
Berlin*	x	x	Neubrandenburg		x
Bitburg		x	Neumünster	x	
Brandenburg an der Havel	x		Neuwied	x	
Braunschweig	x		Norderstedt	x	
Bremen*	x	x	Nürnberg	x	
Bremerhaven*	x	x	Oldenburg	x	
Bruchmühlbach-Miesau		x	Pasewalk		x
Daun		x	Plauen	x	
Eckernförde	x		Potsdam	x	
Eppelheim		x	Prenzlau	x	
Erfurt	x		Radeberg	x	
Esslingen am Neckar	x		Regensburg	x	
Freiburg im Breisgau		x	Rostock*	x	x
Gießen*	x		Saarbrücken	x	
Grimmen		x	Satow		x
Hamburg*	x	x	Schwerin		x
Heilbronn		x	Speyer		x
Kaiserslautern		x	Stralsund*	x	x
Karlsruhe*	x	x	Stuttgart		x
Kassel	x		Torgelow		x
Kiel	x		Trier		x
Koblenz		x	Wattenheim	x	
Langenlonsheim		x	Weimar	x	
Leubsdorf	x		Wilhelmshaven	x	
Ludwigshafen am Rhein	x		Worms	x	
Ludwigslust*	x	x	Zwickau	x	

Quelle: eigene Darstellung. Kommunen mit * waren in beiden Studien enthalten.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Freude über die eigene Wahlberechtigung	13	Abb. 15	Parteipolitische Wahrnehmungen politischer Social-Media-Inhalte bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich	27
Abb. 2	Ärger über die eigene Nicht-Wahlberechtigung	13	Abb. 16	Parteipolitische Wahrnehmungen politischer Social-Media-Inhalte bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich nach Geschlecht und formaler Bildung	28
Abb. 3	Gewünschtes Wahlalter bei Bundestagswahlen	14	Abb. 17	Thematische Positionen junger Menschen bei der Bundestagswahl 2025	32
Abb. 4	Gewünschtes Wahlalter bei Kommunal- und Bundestagswahlen	15	Abb. 18	Thematische Positionen junger Menschen nach Geschlecht, Alter, Wohnkontext und formaler Bildung bei der Bundestagswahl 2025	33
Abb. 5	Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter nach Altersgruppen	16	Abb. 19	Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025	35
Abb. 6	Zustimmung zu verschiedenen Aussagen rund um das Wahlalter über alle Altersgruppen hinweg	17	Abb. 20	Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg	36
Abb. 7	Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich	19	Abb. 21	Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zum Prozess der Wahlentscheidung im Kontext der Bundestagswahl 2025 nach formaler Bildung	37
Abb. 8	Nutzung verschiedener Informationskanäle im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg	20	Abb. 22	Wählbarkeit von Parteien bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich	38
Abb. 9	Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich	21	Abb. 23	Wählbarkeit von Parteien in gesellschaftlichen Teilgruppen bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich	39
Abb. 10	Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 nach Geschlecht und formaler Bildung	22	Tab. 1	Liste der Städte und Gemeinden	43
Abb. 11	Nutzung verschiedener Social-Media-Plattformen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 über alle Altersgruppen hinweg	23			
Abb. 12	Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 im Vergleich	24			
Abb. 13	Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Bundestagswahl 2025	25			
Abb. 14	Wahrgenommene Häufigkeit politischer Inhalte auf Social Media bei der Bundestagswahl 2025 nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung	25			

Literaturverzeichnis

Arzheimer, K.; Bernemann, T. (2024): „Place“ Does Matter for Populist Radical Right Sentiment, but How? Evidence from Germany, in: European Political Science Review 16, S. 167–186, <https://doi.org/10.1017/S1755773923000279> (1.10.2025).

BR (2025): TikTok-Wahlkampf: Die politischen Ränder gewinnen die Jugend, <https://www.br.de/nachrichten/netz-welt/tiktok-wahlkampf-zur-bundestagswahl-linke-und-afd-punkten-politische-raender-gewinnen-die-jugend,Udj4ei2> (1.10.2025).

Bundeswahlleiterin (2025): Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen, Wiesbaden, https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/63623bc5-20fc-449f-a032-7ecd508f04ad/btw25_heft4.pdf (1.10.2025).

Faas, T. (2025): Wie wählen junge Menschen? Erkenntnisse aus den Bundestagswahlen 1972 bis 2025, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36–37/2025, S. 16–25, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/jugend-2025/570141/wie-waehlen-junge-menschen/> (1.10.2025).

Faas, T.; Leininger, A. (2020): Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlganges, Otto Brenner Stiftung, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2020/waehlen-mit-16> (1.10.2025).

Faas, T.; Leininger, A. (2023): Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen, Otto Brenner Stiftung, https://www.otto-brenner-stiftung.de/file-admin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/02_Infoseiten/AP56/AP_56_Jugendwahlstudie_WEB.pdf (1.10.2025).

Faas, T.; Roßteutscher, S.; Schaefer, A. (2024): Jugend wählt: Perspektiven junger Menschen auf Wahlalter, politische Informationen und Parteien bei der Europawahl 2024, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21722.pdf> (1.10.2025).

Frankfurter Rundschau (2025): Wahlergebnisse zeigen klaren Trend: Jung wählt radikal – warum Linke und AfD so beliebt sind, <https://www.fr.de/politik/wahlergebnisse-zeigen-deutlichen-trend-jung-waehlt-radikal-warum-linke-und-afd-so-beliebt-sind-tiktok-social-media-zr-93590687.html> (1.10.2025).

Franklin, Mark N. (2004): Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945, Cambridge.

Leininger, A.; Schäfer, A.; Faas, T.; Roßteutscher, S. (2024): Coming of Voting Age: Evidence from a Natural Experiment on the Effects of Electoral Eligibility, in: Electoral Studies 88, 102751, <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2024.102751> (1.10.2025).

Leininger, A.; Sohnius, M.-L.; Faas, T.; Roßteutscher, S.; Schäfer, A. (2023): Temporary Disenfranchisement: Negative Side Effects of Lowering the Voting Age, in: American Political Science Review 117, S. 355–361, <https://doi.org/10.1017/S000305542200034X> (1.10.2025).

Lichtblau, J.; Wagner, A. (2019): Zweite Wahl mit Potenzial? Die Struktur des politischen Wähler_innenwettbewerbs von Union und SPD im Vergleich, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/15838.pdf> (1.10.2025).

Roßteutscher, S.; Faas, T.; Leininger, A.; Schäfer, A. (2022): Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds’ Political Interest and Turnout, in: German Politics 31, S. 483–510, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2117800> (1.10.2025).

Wagner, A.; Faas, T. (2022): Stabiles Potenzial – Schwankende Ausschöpfung: Auswertung der SPD-Wahlergebnisse 1998, 2017 und 2021, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/19534.pdf> (1.10.2025).

Welt (2025): Zwischen Angst und Algorithmen – Warum junge Wähler Extreme lieben, <https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/meinung/article255529678/AfD-und-Linke-Warum-junge-Waehler-Extreme-lieben.html> (1.10.2025).

Die Autor:innen

Thorsten Faas ist Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und leitet dort die Arbeitsstelle „Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland“.

Sigrid Roßteutscher ist Professorin für Politische Soziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Armin Schäfer ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

Weitere Veröffentlichungen

Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland – Demokriestützende Aspekte der Daseinsvorsorge
Analyse Juli 2025
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22242.pdf>

Analyse der Bundestagswahl 2025 – Eine harte Niederrlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie
Analyse Februar 2025
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf>

Swipe, like, vote – Analyse des Bundestagswahlkampfs 2025 auf TikTok
Analyse Mai 2025
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22081.pdf>

Die Polarisierung der Geschlechter – Der moderne Gender-Gap im Wahlverhalten bis 2025
Analyse April 2025
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22027.pdf>

Welche Träume bewegen Deutschland?
Analyse Januar 2025
<https://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=21738&ty=pdf>

Ein Bündnis für wen? Analyse zur potenziellen Wählerschaft des BSW
FES diskurs Dezember 2024
<https://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=21739&ty=pdf>

Jugend wählt – Perspektiven junger Menschen auf Wahlalter, politische Informationen und Parteien bei der Europawahl 2024
FES diskurs Dezember 2024
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21722.pdf>

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter:
www.fes.de/publikationen



Überraschende Wahl, überraschende Stimmen

Diese Studie beleuchtet die Einstellungen, das Informationsverhalten und die Parteipräferenzen junger Menschen im Kontext der Bundestagswahl 2025 – nachdem unter 18-Jährige, anders als noch bei der Europawahl 2024, nicht mitwählen durften. Die Ergebnisse zeigen: Politik erreicht Jugendliche über viele Kanäle – Social Media spielt dabei eine Schlüsselrolle, doch auch klassische Medien bleiben einflussreich. Auffällig sind die großen Unterschiede innerhalb der jungen Generation: Bildung, Geschlecht und Wohnort prägen die politische Orientierung und das Wahlverhalten weit stärker, als das undifferenzierte öffentliche Bild von der „Jugend“ vermuten lässt.